

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 2.50 M., bei Platzvorschrift 3.— M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— M., Reklame-Kolonelle 10.— M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die preussische Regierungskrise. Aus der Vorgeschichte des Rücktritts.

Berlin, 3. November. (Eigene Drahtmeldung.) Ueber die Vorgänge, die zum Sturz des Ministeriums Stegerwald führten, erfahren die P. V. N.: Akt sei die Krise geworden nicht in erster Linie durch den Gegensatz der Sozialdemokratie und Stegerwald, sondern weil in der Frage der Kabinettsbildung keine Einigkeit zwischen Stegerwald und den Demokraten zustande kommen konnte. Die Demokraten hätten sich damit abgefunden, daß sie das Innenministerium wieder an Severing abtreten mußten, aber sie bestanden darauf, Dominicus auch im neuen Kabinett zu haben, womöglich als Kultusminister. Diesen Schritt wollte Stegerwald nicht mitmachen und darüber sei es zu dem Beschluß der demokratischen Fraktion gekommen.

Im Zentrum scheint man etwas verstimmt zu sein. Die Fraktion ist durch die Gesamtdemission des Kabinetts zweifellos übertrastet worden. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß die Zentrumskräfte heute beschließen wird, an ihrer bisherigen Stellungnahme in der Koalitionsfrage festzuhalten, d. h. nur eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei mitzumachen. Im gegenwärtigen Augenblick der Spannung zwischen der Volkspartei und der Sozialdemokratie hat jedoch eine solche Koalition nur geringe Aussicht auf Verwirklichung.

Die Demokraten wenden sich gegen die Behauptung, daß sie aus persönlichen Gründen das Kabinett Stegerwald gestürzt hätten. Von parlamentarischer Seite wird dem Berliner Tagblatt geschrieben: „Die Verbreiterung der Regierung war eine gebieterische Forderung angesichts der veränderten Sachlage im Reich und der Schwierigkeiten des kommenden Winters. Ministerpräsident Stegerwald wollte die Entwicklung nach einem von ihm eigenmächtig vertretenen persönlichen Plan bestimmen, aber leider unterschätzte er es dabei, vorher sich persönlich mit den meistbeteiligten Ministern einmal vertraulich und rückhaltlos auszusprechen. Er versuchte immer nur auf dem Umwege eines sozialdemokratischen Druckes auf die Demokraten einzuwirken. Der Mangel an Offenheit und Vertrauen bei Herrn Stegerwald hat gewiß vielfach verstimmt, ausschlaggebend ist er jedoch für die demokratischen Entschlüsse in keiner Weise gewesen.“

### Noch keine Lösung.

Berlin, 3. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die preussische Regierungskrise ist noch ungeklärt. Es haben gestern noch keine Besprechungen der Parteien untereinander stattgefunden. Heute vormittag wird die sozialdemokratische Fraktion und das Zentrum zu Beratungen zusammentreten.

### Bedenken der Demokraten.

Berlin, 3. November. (Eigene Drahtmeldung.) In der demokratischen Partei scheint man doch nicht allgemein mit der starken Anlehnung an die Deutsche Volkspartei zufrieden zu sein. Auf dem Berliner Parteitag wurden verschiedene Einwände gegen die von der demokratischen Reichstagsfraktion befolgte Politik gemacht insbesondere wurde hervorgehoben, daß die Partei zu viel taktische und zu wenig grundsätzliche Politik getrieben habe und daß sie den Gedanken von der Notwendigkeit der breiten Koalition von den Sozialdemokraten bis zur Volkspartei in einer Weise zum Ausdruck gebracht und befolgt habe, die die Selbstständigkeit der Partei gegenüber der Deutschen Volkspartei gefährde.

### Der Kampf im Berliner Gastwirtsgewerbe.

Ein Ultimatum der Berliner Gewerkschaftskommission.  
Berlin, 3. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die gestrige Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung beschäftigte sich mit der Bewegung im Gastwirtsgewerbe. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 2. November 1921 tagende Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission billigt die Maßnahmen, die der Ausschuss und die Vorstandskonferenz im Interesse der Gastwirtsangehörigen getroffen haben. Nach dem Bericht, der heute über die Verhandlungen mit den Berliner Gastwirten und dem Reichsarbeitsministerium gegeben worden ist, ist zu hoffen, daß der Konflikt in drei Tagen beigelegt wird. Sollte diese Hoffnung wieder zuschanden werden, ist die Plenarversammlung entschlossen, auch das äußerste gewerkschaftliche Mittel, den Generalstreik zur Anwendung zu bringen. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung wird ermächtigt, falls nicht innerhalb von drei Tagen eine Verständigung erzielt ist, sofort die erforderlichen Schritte zur Durchführung des Generalstreiks zu tun.“

### Die Kriegspolitik der S.P.D.

München, 3. November. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die Rechtssozialisten während des Krieges jede revolutionäre Erhebung der Arbeiter scharf sabotiert haben und ein abgekartetes Spiel mit den Regierungen betrieben, zeigt ein Artikel im Bayerischen Kurier, der die Bemühungen der bayerischen Regierung, die sie während des Krieges unternahm, um eine revolutionäre Erhebung zu verhindern, schildert. Es heißt in diesem Artikel wörtlich:

„Namentlich bestanden enge Beziehungen (der bayerischen Regierung) zu dem Abg. Auer (S.P.D.), der in allen Zweifelsfällen um Rat gefragt wurde und sich auch freiwillig zur Verfügung stellte, wie z. B. am 14. Juni 1918, wo er auf einen alarmierenden Bericht des Magistrats Nürnberg hin erklärte, er reise noch heute nach Nürnberg, um einerseits die Arbeiterschaft in Ordnung zu bringen, andererseits etwaigen Mißständen soweit als möglich abzuwehren. Da seine Partei in Nürnberg leider keinen Mann von durchdringendem Einfluß besitze, reise er selbst dorthin, aber es dürfe kein amtlicher Auftrag nach Nürnberg an den Magistrat oder andre Behörden ergehen, da dies seine Vermittlung nur zum Scheitern bringen und schädlich wirken würde. Denn es würde unter der Arbeiterschaft sofort die Meinung Platz greifen, daß es sich um eine zwischen der Regierung und ihm abgekartete Sache handle.“

## Arbeiter und Arbeiterinnen Männer und Frauen des schaffenden Volkes!

Die Konferenz der sächsischen Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die am 29. und 30. Oktober in Leipzig tagte, hat beschlossen, den

### 9. November durch Arbeitsruhe

zu feiern. Gewerkschaftskollegen und Kolleginnen! An euch liegt es, diesen Beschluß wirksam durchzuführen. Der 9. November ist der Tag des Sturzes eines Systems planmäßiger und rücksichtsloser Unterdrückung. Er ist deshalb der Ausgangspunkt einer freiheitlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Noch sind viele berechtigste Forderungen unerfüllt.

Die Feinde der Republik, die Feinde des Fortschritts sind zahlreich und hart. Gewaltig sind ihre Anstrengungen, die emporstrebenden Kräfte niederzuschlagen. Der politische Mord ist zu ihren Kampfmitteln geworden.

Anstatt Ausbau und Fortschritt der sozialen Einrichtungen und Gesetze, verfaulende Versuche, die schaffenden Stände unseres Volkes in das alte Joch zurückzuführen.

Der Achtstundentag, diese alte Kulturforderung der Arbeiterschaft, dies Wahrzeichen eines sozialen Staates, soll im Interesse der Ausbeuter zerbrochen werden.

Gegen diese Bestrebungen gilt es, am 9. November, dem Gedenktag der Revolution, die Stimme zu erheben.

Der 9. November ist der Tag des Fortschritts und soll es bleiben. Die würdigste Form seiner Feier ist die Arbeitsruhe.

Wir fordern die sächsischen Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hiermit auf, für strikte Durchführung des Beschlusses der Konferenz in Leipzig zu wirken.

### Für Erhaltung der demokratischen Republik für Verteidigung und Erweiterung der bisher errungenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte, gegen die Reaktion, für Fortschritt und Freiheit!

Demonstriert am 9. November durch

## Arbeitsruhe!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.  
Gewerkschaftsausschuss für Sachsen.

Die unterzeichneten Organisationen veranstalten am Mittwoch, dem 9. November, nachmittags 2 Uhr,

### 7 große öffentl. Versammlungen

Lokale werden noch bekanntgegeben.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Der 9. November und die Arbeiterklasse.

Redner stellen sämtliche unterzeichnete Organisationen.

Im Anschluß an die Versammlungen

### Demonstration auf dem Augustusplatz.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte, Beamte! Sorgt dafür, daß diese Veranstaltungen zu einer wuchtigen Kundgebung werden.

Gewerkschaftskartell Leipzig.

Hauptvorstand Groß-Leipzig der USPD.

Hauptvorstand Groß-Leipzig der SPD.

Hauptvorstand Groß-Leipzig der SPD.

## U. S. P. D. und die Regierung Wirth.

Von Arthur Crispian.

I.

Die deutsche Außenpolitik der Verständigung und der Wiedergutmachung ist zugleich eine innerpolitische Frage allerersten Ranges. Denn diese Politik bedingt innerpolitisch die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt und die Sicherung der auswärtigen Zahlungsverpflichtungen durch ausreichende Heranziehung des Besizes, insbesondere auf dem Wege der Erfassung der Goldwerte. Das ist wiederum zu erreichen nach Ueberwindung der reaktionären Sabotage in Handel, Industrie, Großgrundbesitz, Verwaltung, Justiz, Reichswehr und Postzeit. Die erste Regierung Wirth erlag dieser Sabotage, als sie ernsthaft daran gehen wollte, die innerpolitische Grundlage für ihre Außenpolitik zu schaffen.

Wie kam die erste Regierung Wirth zustande?

Wie sind die Aussichten der zweiten Regierung Wirth?

Die Regierung Fehrenbach-Simons hatte durch ihre widerspruchsvolle Politik ernsthafter Anläufe, Halbheiten und Unaufrichtigkeiten Deutschland in eine verzweifelte Situation gebracht. Diese Politik führte zum Londoner Ultimatum. Nach diesem, ihrem größten „Erfolg“, ließ die Regierung Fehrenbach-Simons davon. Ein heilloses Durcheinander. Die kurze Frist, die Deutschland durch das Ultimatum gegeben war, wurde, unter Ausschaltung des Reichstags, durch endlose Bemühungen um das Zustandekommen einer neuen Regierung verdrängt. Die Rechtssozialisten wollten in die neu zu bildende Regierung nicht ohne das Zentrum eintreten. Das Zentrum wollte nicht ohne die Demokraten in die Regierung hinein. Die Demokraten forderten von vornherein die Heranziehung der Deutschen Volkspartei. Die Rechtssozialisten fragten bei den Unabhängigen Sozialdemokraten an, ob sie bereit wären, gemeinsam mit ihnen und dem Zentrum eine Regierung zu bilden. Das geschah nur, um einen Druck auf die Demokraten und auf rechtsstehende Zentrumskräfte auszuüben, die sich bemühten, die Deutsche Volkspartei unter allen Umständen in die Regierung hineinzubekommen. Wie wenig ernst es den Rechtssozialisten mit ihrer Anfrage an die Unabhängigen Sozialdemokraten war, geht daraus hervor, daß die rechtssozialistische Reichstagsfraktion, ohne erst die Antwort der Unabhängigen Sozialdemokratie abzuwarten, mit 56 gegen 20 Stimmen beschloß, mit dem Zentrum eine Regierung zu bilden. Das Zentrum und die Demokraten waren von vornherein grundsätzlich gegen die Aufnahme der Unabhängigen Sozialdemokraten in die Regierung. Für die Unabhängigen Sozialdemokraten antworteten das Zentralkomitee und die Reichstagsfraktion einstimmig und ohne Stimmenthaltung:

„Zentralkomitee und Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie lehnen es ab, in eine Koalitionsregierung mit kapitalistischen Parteien einzutreten, sind dagegen zu einer Beteiligung an einem rein sozialistischen Kabinett unter noch näher zu vereinbarenden Bedingungen bereit. Ueber Hinzuziehung des USDB sowie der Ufa und auf freigewerkschaftlichem Boden stehenden Beamtenorganisationen sind wir bereit zu beraten.“

In der letzten Stunde kam dann die erste Regierung Wirth mit Ach und Krach zustande. Die Unabhängigen Sozialdemokraten erklärten sich bereit, die Regierung Wirth streng sachlich nach ihren Taten zu beurteilen. Sie wollten dieser Regierung Gelegenheit geben, ihre Leistungen zu zeigen und durch Taten ihre Versprechungen einzulösen, insbesondere in den Bemühungen der Regierung, die aus der Annahme des Ultimatus erwachenden Verpflichtungen gewissenhaft zu erfüllen. Die Unabhängigen Sozialdemokratie war sich aber keinen Augenblick darüber im unklaren, daß auch die Regierung Wirth keine Regierung für die Arbeiterklasse sein konnte. Das ging deutlich hervor aus der Ablehnung des Stats am 6. Juni 1921 im Reichstag. Die Ablehnung des Stats wurde von dem Vertreter der unabhängigen Reichstagsfraktion mit folgender grundsätzlicher Erklärung begründet:

„Das Entscheidende aber ist für uns: auch die deutsche Republik ist ein kapitalistischer Klassenstaat, wenn auch unter einer neuen Firma, mit allen seinen Unterdrückungen, allen seinen Verfolgungen gegen jene Klasse, die als unterdrückte um ihre Befreiung ringt. Dieser Klassenstaat der Klassenkämpfe unvermeidlich macht, ist der Todfeind des Proletariats. Diesem System der kapitalistischen Klassenherrschaft bemissigen wir keine Mittel und deshalb werden wir den Stat ablehnen.“

Die erste Regierung Wirth ging nun an die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen. Sie bemühte sich, die verlangte Entwaflnung herbeizuführen. Die Entwaflnung der Reaktion in Deutschland konnte ebensowenig reiflos durchgeführt werden, wie die Auflösung der konterrevolutionären Verbände. Die Entwaflnung wurde zum guten Teil von den Orghelenten sabotiert durch Umgruppierungen, Reorganisationen und Neuverchiebungen von Waffen. Die Aburteilung der Kriegsverbrecher scheiterte an der Sabotage der reaktionären deutschen Justiz. Die erste Zahlung der Goldmilliarde rief die reaktionären Kapitalisten auf den Plan und die Devisenmanöver, die zu einem neuen steilen Sturz der deutschen Valuta führten, sind nicht zuletzt auch eine bewusste Sabotage der Politik der Wiedergutmachung durch die Schwerindustriellen und Finanzkapitalisten. Im Regierungsbüro selbst arbeiteten die Demokraten und die rechtsstehenden Zentrumskräfte immer eifriger für die Aufnahme der Deutschen Volkspartei, d. h.



der Führer des Groß- und Finanzkapitals in die Regierung, um den Schutz des Besitzes zu verstärken.

Es kam der Mord an Garbis, der Mord an Erzberger. Die Gefahr eines monarchistischen Putschs war akut geworden. Das Proletariat schloß sich zum Schutze der Republik zusammen. Unter dem Druck der Massen mußte der Ausnahmezustand in Ostpreußen, in Mitteldeutschland und endlich auch in Bayern aufgehoben werden. Rahr wurde gestürzt. Der Reichspräsident erließ eine Verordnung gegen die konterrevolutionären Monarchisten. Der Reichskanzler Wirth bekannte sich zum Proletariat. Eine wachsende Stimmung für die Erfassung der Goldwerte selbst in Kreisen der Regierungsparteien machte sich bemerkbar. Es wurde sogar viel von einem Gesetz zum Schutze der Republik gesprochen. Diese Dinge machten jedoch nacheinander alle bürgerlichen Parteien gegen das Proletariat mobil. Die Demokraten erklärten laut, daß sie keine nach links orientierte Politik mitmachen wollen. Aus dem Zentrum kamen Forderungen nach einer der Tradition des Zentrums entsprechenden Politik der Mitte. Die Beziehungen der Regierungsparteien zu der Deutschen Volkspartei wurden immer inniger. Wir erleben das Götlich der Rechtssozialisten. Nun waren alle Hindernisse für eine große Koalition beseitigt. Die Republik sollte mit Hilfe von Stresemann geschützt und die Goldwerte sollten mit Hilfe von Sinnes erfaßt werden.

In diese Situation kam die Entscheidung über Ober-Ostpreußen. Der Nationalismus wurde aufgeweckt. Die Demokraten, die Deutsche Volkspartei und reaktionäre Zentrumsleute wollten nicht in den Verdacht der nationalistischen Unzuverlässigkeit kommen und fanden nun erst recht nicht den Mut, die von Wirth eingeleitete Politik anzuerkennen oder gar zu unterstützen. Die Demokraten sprengten die Regierung Wirth. Bei den Rechtssozialisten war eine wachsende Opposition gegen Götlich vorhanden. Das stimmte die rechtssozialistische Führung bedenklich. Um ihre Opposition zu beschleunigen, die Massen zu verwirren und zu täuschen und die Unabhängige Sozialdemokratie als gefährdete Konkurrentin zu diskreditieren, richteten die Rechtssozialisten jene bekannte Anfrage an die Unabhängige Sozialdemokratie, ob sie bereit wäre, in eine Koalitionsregierung einzutreten. Die Rechtssozialisten erwarteten eine Antwort, die sie agitatorisch für ihre Politik gegen die Unabhängige Sozialdemokratie hätten ausnützen können und durch die der Beweis geliefert werden sollte, daß die Rechtssozialisten gar nicht anders konnten, als sich auch mit der Deutschen Volkspartei zu verbinden. Die Unabhängige Sozialdemokratie durchkreuzte das rechtssozialistische Manöver. Dabei wurden zugleich das Zentrum und die Demokraten als arbeitserfeindliche Parteien entlarvt.

Die Rechtssozialisten haben so wider Willen selbst herbeigeführt, daß nicht die USPD, sondern daß die Demokraten und das Zentrum und damit die ganze rechtssozialistische Koalitionspolitik kompromittiert wurde. Denn auf die Frage der Rechtssozialisten, ob die Demokraten grundsätzlich bereit sind, die Unabhängigen in die Koalition einzubeziehen, antworteten die Demokraten mit dem Hinweis auf das Programm der Unabhängigen Sozialdemokratie, in dem „die Herbeiführung der Räte-Republik auf gewaltsamem Wege“ gefordert werde. Gleichzeitig fragten die Demokraten: „Ist es der Sozialdemokratie bekannt, ob die Unabhängige Sozialdemokratische Partei bereit ist, Erklärungen dahin abzugeben, daß sie auf die Einführung der Räterepublik auf dem Wege der Gewalt verzichtet“ und „ob die Unabhängige Sozialdemokratische Partei bereit ist, an einer Koalition unter Einbeziehung der Deutschen Volkspartei teilzunehmen?“ Das Zentrum machte die Rechtssozialisten hinhaltet darauf aufmerksam, daß „bereits Verhandlungen über die Erweiterung der bestehenden Koalition durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei im Gange sind.“ Ferner erklärte es, die Rechtssozialisten hätten vor allem erst festzustellen, „ob die Unabhängige Sozialdemokratische Partei einer solchen Erweiterung der Koalition nach rechts zustimmt und ob sie bereit ist, auch ihrerseits die nötigen Voraussetzungen dazu zu schaffen.“ Die Rechtssozialisten hatten sich mit ihrem Frage- und Antwortspiel tödliche Verlegenheiten bereitet. Der Vorwärts gestand nach den Briefen der Demokraten und des Zentrums verweisend, daß diese Briefschreiber zu keinem positiven Ergebnis führen könne, und daß die Scherzfrage der Demokraten nach der Unabhängigen Räterepublik zwar sehr neckisch sei, vom Verhandlungsgegenstand aber weit abführe.

Die Fragen der Demokraten und des Zentrums waren weder neckisch, noch führten sie vom Verhandlungsgegenstand weit ab. Im Gegenteil, Demokraten und Zentrum gaben deutlich genug zu verstehen, daß die Unabhängige Sozialdemokratie nur dann Gnade in ihren Augen finden würde, wenn sie zuvor auf ihr Programm, also auf die Grundlage ihrer Betätigung als Partei des Klassenkampfes, verzichtete. Damit hat das Proletariat erfahren, welchen Preis die Rechtssozialisten gezahlt haben, um selbst vom „demokratischen“ Zentrum und von den „demokratischen“ Demokraten als der Bundesgenossen für würdig befunden zu werden. Nun begreift das Proletariat auch um so deutlicher, daß sich die Rechtssozialisten in Götlich ein neues Programm geben machten. Ein Programm, das der Bourgeoisie wohlgefälliger ist.

### Aus dem Weismannschen Spießlumpf.

Vor einigen Wochen erregte ein Altens-Diebstahl Aufsehen, der in raffiniertester Weise bei einem angebliehen Oberst von Freiberger ausgeführt worden ist. Dieser Freiberger hatte sich selbst als Vertreter des gegen die Bolschewisten kämpfenden Generals Semenuoff ausgegeben und stand in offiziellem Verkehr mit der deutschen Regierung, die er nach seiner eigenen Äußerung über die Fortschritte des Bolschewismus im laufenden zu halten hatte.

Selbstverständlich schob die gesamte bürgerliche Presse den bei Freiberger durchgeführten Einbruch sofort auf die Kommunisten, da nur diese Interesse an dem erbeuteten Altensmaterial haben könnten. Inzwischen hat nun der Diebstahl eine äußerst überraschende Aufklärung gefunden. Herr Oberst von Freiberger, der sich übrigens selbst vom zaristischen Leutnant zum Oberst befördert und in den Adelsstand erhoben hat, soll nämlich auch Spießdienste für Pöle und die Entente leisten. Die Regierung hatte darob Verdacht geschöpft und einen Spieß von der Orgelei mit der Auslandspolizei beauftragt. Dieser sich Oskar nennende Orgeleispieß machte sich kurz entschlossen an die kommunistische Partei heran und gewann dort auch tatsächlich sofort einige Arbeiter für einen Einbruchdiebstahl bei Freiberger. Wahrscheinlich hätte man über diese Zusammenhänge in der Öffentlichkeit niemals etwas erfahren, wenn dem Spieß Oskar nach der gelungenen Ausführung des Altensdiebstahls bei Freiberger nicht ein kleines Mißgeschick unterlaufen wäre. Ueber dem Eis, die gestohlenen Altens in Sicherheit zu bringen, verlag er nämlich in einem bei der Ausführung der Tat benutzten Mikeltau seine eigene Altentafel. Diese wurde dann von dem Chauffeur auf dem Berliner Polizeipräsidium abgegeben. Ein anderer beim Polizeipräsidium ein- und ausgehender Spieß erkannte sofort die Maske und denunzierte kurz-

hand den Spieß Oskar, der zunächst trotz seiner Berufung auf die Zugehörigkeit zur Orgelei zusammen mit den beiden ihm bei der Tat beihilflich gewesenen kommunistischen Arbeitern verhaftet wurde. Herangeholte Zeugen bestätigten die von Oskar gemachten Angaben und die Verlegenheit der Polizei wird noch größer, als Zeugenerkenntnisse auch zur Aufdeckung von Beziehungen führten, welche Oskar gleichzeitig zu einer Nachrichtenorganisation der Rechtsparteien unterhielt.

Nun ist es plötzlich um die ganze Angelegenheit sehr still geworden. Und das ist begreiflich. Denn weder der herabste Pseudooberst, noch die Polizei, noch die Regierung haben ein Interesse, diese vor die Öffentlichkeit gezogen zu sehen. Die beiden verhafteten kommunistischen Arbeiter wurden aus der Haft entlassen und auch Oskar, der sich unter dem Namen Langner in die kommunistische Partei eingeschlichen hatte, wurde gegen 5000 Mark Kaution auf freien Fuß gesetzt.

Die Berliner Note Fahne meint hierzu: „Und wenn es zum Verfahren kommt, dann werden wir sicher die kommunistischen Arbeiter auf der Anklagebank erblicken; den Orgeleimann Oskar aber nicht, so wenig wie die Liebesmörder, so wenig wie Herr Rapp usw.“

Diese Vermutung ist leider nur zu gut begründet, aber angebracht noch wäre es, wenn sich die Note Fahne einmal ernstlich die Frage zu beantworten versuchte, was überhaupt den Weismannschen Spießern ermöglicht, sich in den Kreisen der kommunistischen Partei einen Anhang zu verschaffen und sich die notwendigen Komplizen für die Bepfehlung eigener Agenten gerade aus der kommunistischen Partei zu holen.

### „Vor dem Bürgerkrieg in Halle“.

In Halle soll am kommenden Sonntag v. Lettow-Vorbeck eine Gastrolle geben, die zu gleicher Zeit eine Heerchau der Halleser Halenkreuzer werden soll. Die sozialistische Presse und die Arbeiterorganisationen haben gegen den Ansturm der Halenkreuzer Stellung genommen. Ueber die Vorbereitungen der Halenkreuzer aber geht der Kreuzzeitung unter dieser Spitzmarke das folgende charakteristische Schreiben aus Halle zu:

„Nachdem die Aufhebung des Verbots der kommunistischen Zeitung Der Klassenkampf durch die Gewaltandrohung der Kommunisten erzwungen worden ist, darf die gesamte sozialistische Presse Halles nunmehr ungehindert zu Gewalttätigkeiten gegen die rechtsgerichtete Bevölkerung und zum Ungehorsam gegen erlassene Verordnungen auftrufen, ohne daß ihr von dem sozialistischen Zensor und Polizeidirektor Böhl auch nur ein Haar getrimmt wird. Insbesondere darf sie ihre Anhänger zur Verübung von Gewalttätigkeiten an dem General v. Lettow-Vorbeck aufzufahren, der am kommenden Sonntag, dem 6. November, in Halle zu sprechen gedenkt. Es wird offen aufgefodert, den General hier in Halle ebenso zu mißhandeln, wie es jüngst in Leipzig geschah, ohne daß die Polizeibehörde dagegen einschreitet. Da für den kommenden Sonntag von nationaler Seite Abwehrmaßnahmen ins Auge gefaßt sind (Aufstellung des Stahlhelmbundes und des deutschösterreichischen Waffenringes), so wird leider mit blutigen Ereignissen zu rechnen sein.“

Der Stahlhelmbund und der deutschösterreichische Waffenring macht daher in aller Form mobil, um nach außen hin zu dokumentieren, was in seinen Sätzen ohnehin als Ziel bezeichnet wurde. Die halleschen Orgeleule glauben erneut Oberwaller gewonnen zu haben und denken daher, sich eine derartige Provokation der halleschen Arbeiterschaft leisten zu können.

Uebrigens geht es in dem Umkreis von Halle, insbesondere in dem Mansfelder Bezirk, wieder lebhafter zu. Nicht die Mansfelder Arbeiter boten dazu die Veranlassung, sondern die Beauftragten Hörlings in der Uniform der Schutzleute. Vor wenigen Tagen wurde plötzlich die Schupo in Eisleben mobil gemacht, die gesamten Zugänge der Stadt abgesperrt, die umliegenden Ortschaften eingehender überwacht und in Eisleben selbst wurden Hausdurchsuchungen abgehalten, angeblich um Waffen zu suchen und um den Plan für eine neue, angeblich bevorstehende kommunistische Putschaktion zu entdecken. Verhaftet wurden eine Anzahl Kommunisten zum Teil recht zweifelhafter Qualität. Auch der Unterbezirkssekretär der SPD wurde in Haft genommen. Waffen wurden zwar nicht gefunden, dafür aber wurde der gesamte Schriftwechsel, dessen man habhaft werden konnte, beschlagnahmt, nur fand man dabei nicht den so sehnlichst erwünschten Plan einer neuen Putschaktion, der eben lebendig in den Köpfen der Mansfelder Orgeleule entstanden war.

### „Zum Kappisten-Skandal.“

26 Fragen an die Regierung.

Genosse Rosenfeld hat an die Reichsregierung 26 Fragen gerichtet:

Am 27. Oktober 1921, vormittags 9 Uhr, sollte endlich vor dem Reichsgericht der Hauptverhandlungstermin in der Strafsache gegen die Kappisten Jagow, Wangenheim und Schiele wegen des vor nunmehr 1½ Jahren begangenen Hochverrats stattfinden. Der Termin ist aber wieder aufgehoben worden. Ich frage: 1. Auf welchen Antrag? 2. Wie war der Antrag begründet? 3. Wer hat die Aufhebung des Termins angeordnet? 4. Aus welchen Gründen? 5. Unter welchem Vorwand? 6. Hat der Oberreichsanwalt die Aufhebung zugestimmt? 7. Hat der Oberreichsanwalt nach Instruktionen des Reichsjustizministers gehandelt? 8. Hat der Reichsjustizminister angeordnet, daß alle Maßnahmen der Oberreichsanwaltschaft in den Prozessen gegen die Kappisten und in der Frage der Aufhebung des am 27. d. M. anstehenden Termins völlig freie Hand gelassen? 9. Wird ein neuer Termin in gegen Jagow, Wangenheim und Schiele anberaumt werden? 10. Wann? 11. Wird der neue Termin alsdann wieder aufgehoben werden? 12. Welche Beamten sind dafür verantwortlich, daß die Verschleppungsmandate der Jagow, Wangenheim und Schiele Erfolg hatten und der Hauptverhandlungstermin aufgehoben wurde? 13. Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung zu ergreifen, um diese Beamten zur Verantwortung zu ziehen? 14. Aus welchem Grunde ist nach Andauerung des Termins gegen Jagow und Genossen auf denselben Tag und auf dieselbe Stunde vor demselben Gericht auch ein Termin gegen den Kommunisten Ewert anberaumt worden? 15. Was beabsichtigt die Sache gegen Ewert solange verhandelt zu lassen, bis für die Verhandlung des Prozesses Jagow und Genossen keine Zeit blieb? 16. Wie äußert sich über die letzte Frage der Oberreichsanwalt und wie der Vorsitzende des Gerichtshofes? 17. Haben die Kappisten Bauer, Ehrhardt, Pabst und Schnitzer freies Geleit beantragt? 18. Wann? 19. Mit welcher Begründung? 20. Weiß die Reichsregierung, wo diese vier Kappisten sich befinden? 21. Ist ihnen freies Geleit gewährt und sind die Haftbefehle aufgehoben worden? 22. Wann? 23. Unter welchen Bedingungen? 24. Weiß die Reichsregierung, daß sämtliche Richter des Reichsgerichts die zur Entscheidung der gegen die Kappisten schwebenden Hochverratsprozesse berufen sind, deutschnationaler Gesinnung sind? 25. Wie gedenkt die Reichsregierung dafür zu sorgen, daß die Hochverratsprozesse gegen die Kappisten endlich durchgeführt werden?

### „Kriegsflügen auf Kommando.“

Bekannt ist, daß die Kriegsberichterstattung der deutschen Blätter nur das melden durften, was ihnen durch die Beauftragten der obersten Heeresleitung diktiert wurde. Von eigenen Beobachtungen war bei den Berichten keine Rede, dagegen gab es Berichtsersteller, die auf eigene Faust noch das Blaue vom Himmel herunterliefen. Der schlimmste davon war der berüchtigte Scheuermann. Beim deutschen Heer in Nordfrankreich war das Sprichwort im Schwange: „Er fliegt wie Scheuermann!“ Jetzt wird nun ein Telegramm im Wortlaut bekannt, das der berüchtigte Major Nicolai, oberster Regisseur des von Lubendorff getriebenen Kriegsschwinds, im März 1917 losgelassen hat. Es lautet:

„Major Nicolai drahtet: Erster Quartiermeister (das war Lubendorff) hat meinem Vortrag zugestimmt, daß es zweckmäßig sei, deutsche Kriegsberichterstattung nach Gegend Nonon, Rone und Sommegebiet zu entsenden, damit sie für deutsche Presse berichten, nicht, was sie sehen, sondern was von Heeresgruppe und Armeekorpskommando zu veröffentlichten für zweckmäßig erachtet wird. Besonders über Truppe, Bevölkerung und geregeltes Leben trotz andauernder Kampfhandlungen. Es müssen Zwecktelegramme werden. Nehme an, daß Ablichter verständlich, andernfalls erwarte Rückfrage. Wenn Heeresgruppe einverstanden, bitte Kriegsberichterstattung heranzuziehen und Oberkommando zu überweisen.“

Scharfe Zeitung und Zensur erforderlich. In Zweifelsfällen sind Telegramme zur Prüfung über mich zu leiten. Antwort, ob Maßnahme stattfindet. — Bemerkte dazu: 1. Heeresgruppe einverstanden. 2. Wenn Hof. einverstanden, erbitte umgehende Mitteilung. 3. Etwaige Rückfragen sofort an mich leiten. 4. Zweifelhafte Telegramme von dort an Chef IIIb unmittelbar leiten. 5. Letzte Frage werde ich nach Eingang der Stellungnahme beantworten. 6. Erbitte Mitteilung von Gesichtspunkten, was Hof. zu veröffentlichen wünscht. Obliga Cambrai Nr. 857 (11.18 vorm.)“

Das Beschämendste bei der Sache ist übrigens nicht, daß die Nicolai und Lubendorff solche Weisungen kosteten, sondern daß sich Kriegsberichterstattung fanden, die Lügen an die Zeitungen beschickten und schrieben, und daß die Zeitungen diese Lügen veröffentlichten.

### „Privatwirtschaftliche Grundzüge“ im Eisenbahnbetrieb.

WTB. meldet aus Berlin: Unter dem Vorsitz des Reichsministers Groener trat hier der Sachverständigenbeirat des Reichsverkehrsministeriums zu einer Besprechung der Lage der Reichseisenbahnen zusammen. Auf der Tagesordnung stand die Frage, die in letzter Zeit durch mehrere Presseartikel auch die breite Öffentlichkeit beschäftigt hat, ob die Ueberführung der Reichseisenbahnen in Privatbetrieb eine Befundung der finanziellen Lage der Reichseisenbahnen herbeizuführen geeignet wäre. Diefelbe Frage war bereits vor drei Wochen in der Präsidentenkonferenz in München erörtert worden. Nachdem schon auf dieser Konferenz gegen den Privatbetrieb allgemein eine ablehnende Haltung angenommen war, ist auch in der heutigen Sitzung des Sachverständigenbeirats von keiner Seite die Ueberführung der Reichseisenbahnen in Privatbetriebe in irgendeiner Form empfohlen worden. Die ganz überwiegende Mehrheit war auch der Auffassung, daß eine Uebertragung der Verwaltung an eine privatrechtliche Gesellschaft, selbst unter Wahrung des Eigentumsrechts des Reiches, nicht zweckmäßig sei. Dagegen wurde eine weitläufige Durchdringung des Staatsbetriebes mit kaufmännischem Geist und mögliche Anwendung privatwirtschaftlicher Grundzüge innerhalb des Staatsbetriebes empfohlen. Der Beirat billigte die Ansicht des Ministers, bei Gelegenheit der Einbringung des Eisenbahnfinanzgesetzes eine Reihe von Anwendungsmöglichkeiten privatwirtschaftlicher Grundzüge durchzuführen. Dieses Eisenbahnfinanzgesetz soll nach den Wünschen des Ministers noch in dieser Tagung des Reichstages zur Verabschiedung gelangen.

Man wird die angelegentlich Anwendung der privatwirtschaftlichen Grundzüge sehr kritisch betrachten müssen. Nach dem, was bisher darüber bekanntgeworden ist, werden sie darauf hinauslaufen, den Betrieb auf Kosten der Arbeiter und Beamten rentabler zu gestalten.

### Oberreichsanwalt berichtigt.

Berlin, 20. Oktober. „Im Anschluß an die Bekanntgabe eines Beschlusses des Reichsgerichts vom 17. d. M., durch den vier im Kapp-Prozess Beschuldigten, nämlich dem Obersten Bauer, Korvettenkapitän Ehrhardt, Major Pabst und dem Schriftsteller Schnitzer freies Geleit bewilligt worden war, ist in der Presse die Behauptung verbreitet worden, die genannten Beschuldigten hätten zwar vor über einem halben Jahr ihre Bereitwilligkeit erklärt, sich unter gewissen Garantien dem Reichsgericht zu stellen, dieses Angebot aber jetzt nicht erneuert, so daß die Entscheidung des Reichsgerichts auf das alte seinerzeit unbeachtet gebliebene Erbieten der Beschuldigten zurückgreife. Diese Darstellung ist unrichtig. Vielmehr hat der Verteidiger der Beschuldigten am 14. Oktober d. J. den Antrag auf Vernehmung der Beschuldigten mit der Untersuchungshaft gestellt. Lediglich über diesen Antrag hat das Reichsgericht am 17. Oktober d. J. entschieden. Da die Beschuldigten bei diesem Beschluß ihnen auferlegten Verpflichtung, sich ungesäumt dem Untersuchungsrichter in Leipzig zu stellen, nicht nachgekommen sind, hat das Reichsgericht durch Beschluß vom 24. Oktober d. J. die Bewilligung des sicheren Geleits zurückgenommen.“

Die Blamage des obersten deutschen Gerichts wird immer größer, das zeigt auch die neue Verächtlichmachung mit aller Deutlichkeit wieder.

### Gegen die Kriegsheke in der Tschechoslowakei

Die gesamte Tschecho-Slowakei erstarrt in Waffen. 300 000 Mann wurden mobil gemacht, um den Exkaiser Karl aus Ungarn zu verjagen. Karl und Jita befinden sich längst in der Sicherheit der Alliierten, so daß eine unmittelbare Gefahr für die kleine Entente, deren Führer die Tschecho-Slowakei ist, nicht besteht. Trotzdem werden die Kriegstreibereien fortgesetzt, man glaubt, das Vorgehen gegen Ungarn popularisieren zu können, indem man, wie bereits in Deutschland den Zarismus, das freilich nicht zu unterschätzende Schreckgespenst des Horthy-Imperialismus an alle Wände malt. Die kleine deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschecho-Slowakei hat gegen den Kriegsputschismus der tschechischen Regierung Stellung genommen.

Wiederholt war in ihren Reihen der Gedanke aufgetaucht, die Parole zum Nichteintrücken auszugeben, aber in Anbetracht der Unmöglichkeit, Massenaktionen in diesem Augenblick durchzuführen, sollen gelassen werden. Auch die erheblich stärkere tschechische kommunistische Partei lehnte die Ausgabe einer solchen Parole ab.

Am vergangenen Sonntag hat die der Wiener Arbeitsgemeinschaft angeschlossene deutsche sozialdemokratische Partei der Tschecho-



Nowakel in den Kreisen Eger, Karlsbad, Teplich, Aussig, Tetscher usw. große Protestversammlungen gegen den Krieg abgehalten und überall die Aufhebung der Mobilisierung und die sofortige Außerkräftsetzung des Kriegsdienstleistungsgesetzes gefordert. Eine in allen diesen Versammlungen angenommene Resolution schließt:

Die deutsche Arbeiterklasse in der tschecho-slowakischen Republik ist bereit, mit allen politischen Kampfmitteln an der Befreiung der arbeitseindlichen Herrschaft in Ungarn mitzuwirken, will aber den Frieden und wird ihre Aktionen zur Erhaltung des Friedens energisch fortsetzen.

Das Bestreben der Bevölkerung in Graßlich, in Eger und anderen Orten, der Mobilisierung Schwierigkeiten zu bereiten, ist nicht zum wenigsten auf den Einfluß der deutschen Sozialdemokratie zurückzuführen. Der Haltung der deutschen Sozialdemokratie ist es wahrscheinlich auch zuzuschreiben, daß die Zensur in der Tschecho-Slowakei mit äußerster Strenge gehandhabt wird. Als Beweis dafür gesten folgende Meldung:

Berlin, 3. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die vier größten deutschen Blätter in der Tschecho-Slowakei veröffentlichten gestern an der Spitze folgende Kundgebung: Mit Rücksicht auf die derzeitigen Verhältnisse und auf die sehr geübte Handhabung der Zensur sehen sich die Redaktionen genötigt, bis auf weiteres von jeder Stellungnahme zu den politischen Ereignissen abzusehen.

### Blutige Zusammenstöße in Eger.

Plauen i. V., 3. November. (U.) Wie hier bekannt wird, kam es anlässlich von Pferdemonstrationen in Eger zu blutigen Ausschreitungen, denen 40 Tote und 80 Verwundete zum Opfer gefallen sein sollen. Die zur Pferdemonstration nach Eger getommene Prager kaiserliche Militärabteilung bezahlte die angeblichen Pferde anstatt mit Vergeltung mit Anweisungen auf die Steuerbehörde. Die Wäneren gerieten hierüber in große Aufregung und nahmen gegen das Militär Stellung, das kurzerhand auf sie feuerte. Die Verbreitung dieser Nachricht ist in Böhmen strengstens verboten.

### Die Absetzung der Habsburger.

Budapest, 2. November. In der heutigen Sitzung der Partei der kleinen Landwirte teilte Ministerpräsident Graf Bethlen mit, er werde morgen der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorlegen, der die Aufhebung der Herrscherrechte König Karls und der Thronfolge des Hauses Habsburg zum Inhalt hat. In dem Gesetzentwurf heißt es: Die Herrscherrechte König Karls werden aufgehoben. Die pragmatische Sanktion, die die Thronfolge des österreichischen Hauses regelt, hat ihre Wirksamkeit verloren. Hiermit ist das Recht der freien Königswahl wieder an die Nation zurückgegeben. Die Nation hält die Staatsform des Königtums unverändert aufrecht, verschleibt jedoch die Befugnis des Königtums auf spätere Zeiten und weist das Ministerium an, zu geeigneter Zeit entsprechende Vorschläge zu machen. Das Gesetz tritt am Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Budapest, 2. November. (Ang. Tel.-Korr.-Bureau.) In der heute vormittag unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten abgehaltenen interparteilichen Konferenz wurde der Entwurf der Vorlage zur Regelung der Königswahl einstimmig angenommen.

### Erledigung bis zum 7. November gefordert.

Paris, 2. November. Die Völkervereinigung hat heute Vormittag eine Note des tschecho-slowakischen Ministerpräsidenten Benesch zur Kenntnis genommen. Die Note stellt fest, wenn die ungarische Regierung die Absetzung aller Mitglieder der habsburgischen Dynastie erkläre, dadurch die Kleine Entente die gesuchten beruhigenden Versicherungen erhalte. Damit die Verleumdung der Budapest-Regierung, die Absetzung zu erklären, der Kleinen Entente die Möglichkeit gebe, ihre militärischen Vorbereitungen einzustellen, hat die Konferenz beschlossen, von der ungarischen Regierung zu verlangen, daß sie bis spätestens zum 7. November tatsächlich die Absetzung der Habsburger anspreche. Darauf beschäftigte sich die Völkervereinigung mit der Frage, in welcher Weise Karl von Habsburg zu internieren und insbesondere auch, wie er zu überwachen sei.

Paris, 2. November. Die ungarische Regierung hat der tschecho-slowakischen Regierung offiziell mitgeteilt, sie werde alle Vorschläge durchführen, die ihr von den Regierungen der Großmächte vorgelegt werden.

### Ein österreichischer Protest an die Entente.

Wien, 3. November. (U.) Die österreichische Regierung hat an die Ententemächte einen scharfen Protest gerichtet, in welchem gegen die fortgesetzten Vandalenüberfälle und gegen die Beunruhigung der burgenländischen Bevölkerung durch die Insurgenten Protest erhoben wird.

Wien, 3. November. (U.) Die Alliierten planen die Entsendung von 15 000 Mann Truppen in das Burgenland, um dort die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. — Die Volksabstimmung in Dobruwa soll unter denselben Voraussetzungen wie letznerzeit die Volksabstimmung in Rumänien durchgeführt werden.

### Polnisch-tschechisches Abkommen.

Prag, 3. November. (U.) Der polnische Minister des Auswärtigen Strzemiński ist hier eingetroffen, um ein politisches Abkommen mit der tschecho-slowakischen abzuhandeln. Der Gegenstand des Abkommens ist: 1. Die gegenseitige Neutralität für den Fall eines Angriffs durch eine benachbarte Macht; 2. Freizügigkeit der Munitionstransporte über die Grenzen; 3. Einsetzung einer gemischten Kommission zur Regelung der Frage der Wälder.

### Kongreß der französischen Sozialisten

Paris, 30. Oktober. (W. T. B.) Auf dem Sozialistenkongreß hat in der heutigen Vormittagsitzung der Abgeordnete Blum den Bericht der Kammerfraktion vorgetragen, der einstimmige Annahme fand. Die eschlo-slowakischen Delegierten protestierten gegen den Plan, die eschlo-slowakischen Eisenbahnen der französischen Ostbahn anzugliedern. Während der Sitzung erschienen als Vertreter der deutschen unabhängigen Sozialisten der Reichstagsabgeordnete Ledebour. Er wurde vom Präsidenten des Kongresses, Mageret, lebhaft begrüßt. Der Beifall der Versammlung beim Erscheinen des deutschen Reichstagsabgeordneten wurde vom Präsidenten als ein Zeichen der Entspannung der Geister bezeichnet, um zu einer vollkommenen Verbrüderung der Völker zu gelangen. — In der Nachmittagsitzung des Sozialistenkongresses kamen die ausländischen Vertreter zum Wort. Für die deutsche unabhängige Sozialistische Partei sprach Reichstagsabgeordneter Ledebour. Er erklärte, die Wiederherstellung der Internationale ohne Ausschluß irgendeiner sozialistischen Gruppe, sogar mit Einschluß der Kommunisten, die auch Arbeitervertreter seien, sei notwendig. Jedoch erklärte Ledebour es für erforderlich, daß jeder nationalen Partei ihre Unabhängigkeit in Fragen der Taktik belassen werde. Es sei von Wichtigkeit, daß alle ausländischen sozialistischen Parteien, insbesondere die französische, energisch gegen den Militarismus und den Imperialismus ihrer Regierungen vorgehen, damit sie den deutschen Sozialisten ihre Aufgabe im Kampf gegen den Chauvinismus, das Alibi und den Militarismus erleichtern. Dann sprach Longueuil über die internationale Politik der Partei. Er wandte sich gegen den Kommunismus und apostrophierte an die Einigkeit aller Sozialisten zum Zwecke eines gemeinsamen Vorgehens zugunsten des Proletariats. Auch der eschlo-slowakische Dele-

gierter Grumbach, der darauf das Wort ergriff, sagte den Kommunismus von Moskau an, der im Auslande nur durch die Korruption Unterstüßung finde. Grumbach bemühte sich an der Hand von Bruchstücken aus Reden der russischen Revolutionsführer den Bankrott des Kommunismus nachzuweisen.

Berlin, 1. November. (Eigene Drahtmeldung.) In der gestrigen Sitzung des Kongresses der französischen Sozialisten erklärte Renaudel, wie die Völkische Zeitung meldet, die Einigung der Sozialisten müsse in der Hauptsache von Deutschland ausgehen. Wenn die deutschen sozialistischen Parteien einig wären, könne die Internationale wieder hergestellt werden. Renaudel forderte Ledebour auf, für diese Einigkeit zu arbeiten. Er schlägt die Einsetzung einer Kommission vor, die die Vertreter der zweiten Internationale, der Wiener, und selbst der dritten Internationale, die mit der zweiten und der Wiener zusammengehen könnten, vereinen soll. Ledebour antwortet, daß die deutschen Unabhängigen zu Opfern bereit wären, um die Einigkeit wieder herzustellen, doch glaube er, daß auch das vom Wiener Kongreß geschaffene Werk nicht zu verachten sei. Dank dem Einvernehmen zwischen den Vertretern der deutschen und der französischen Arbeiterklasse seien die Reparationsprojekte ausgearbeitet worden, die zu dem Abkommen von Wiesbaden geführt hätten. Man dürfe somit nicht sagen, daß bei der gegenwärtigen Zersplitterung nichts erreicht werden könne.

Paris, 1. November. Der sozialistische Parteitag behandelte gestern die Frage der Taktik der Partei. Der Generalsekretär der Partei, Paul Faure, will keine Allianz mit den bürgerlichen Parteien, auch keine Allianz mit der äußersten Linken. Die Partei müsse bleiben, was sie sei und was sie seit der Spaltung gewesen sei. Der Redner sprach auch von der Wahlkampagne, durch die die Partei einen Teil ihrer Anhänger verlieren könne. Die Partei müsse sich das Recht vorbehalten, eine Koalition einzugehen, wenn die Wahlen vor der Tür stünden. Der Abgeordnete Blum warnte den Kongreß vor einer Ueberbürdung gefährlicher Entscheidungen. Er erludte, keine Entscheidung über die innere Politik der Partei anzunehmen. In der augenblicklichen Kammer sehe er nicht die notwendigen Elemente, um einen Block der Linken zu bilden.

Paris, 2. November. Gestern wurde unter dem Vorsitz von Paul Boncour die Debatte über die nationale Politik der Partei fortgesetzt. Es sprach u. a. der eschlo-slowakische Delegierte Weli, der heftig den nationalen Block angriff und zu seiner Bekämpfung ein Zusammengehen aller Linksparteien vorschlug. Renaudel verlangte, daß in das Parteiprogramm folgende Punkte aufgenommen werden: Sozialisierung, Herabsetzung der militärischen Dienstzeit auf sechs Monate, Aufstellung des Finanzprogramms auf der Grundlage der von den sozialistischen Abgeordneten im Parlament gemachten Vorschläge und Einrichtung der Einheitskasse. Endlich verlangte Renaudel eine ausgedehntere Volkserziehung mit einem wirtschaftlichen Arbeitsrat. Renaudel trat schließlich für den Block der Linken ein, aber er wünschte, daß kein Kartell mit Organisationen geschlossen werde, die in ihrer Mitte Erwählte des nationalen Blocks haben. Um dies zu vermeiden, schlägt er vor, das genaue Programm, das durchgeführt werden soll, als Grundlage für das Kartell dienen zu lassen.

In der letzten Sitzung erstatteten die drei eingesetzten Ausschüsse Bericht. Der erste Ausschuß beschäftigte sich mit der sozialen Gesetzgebung, der zweite mit der auswärtigen Politik und der dritte mit der inneren Politik. Bezüglich der Außenpolitik wurde eine Tagesordnung angenommen, das Bureau von Wien möge sich mit der Labour-Party in Verbindung setzen, um alle den Internationalen von Wien, London und Moskau angeschlossenen Organisationen aufzufordern, eine Einheitsfront des Proletariats herzustellen, um so die Gründung einer interparlamentarischen Gruppe ins Auge zu fassen zwecks gemeinsamen parlamentarischen Vorgehens. Zur Frage der inneren Politik lagen drei Tagesordnungen vor. Die erste bezieht sich auf die allgemeinen Grundzüge der Partei, die zweite auf die allgemeinen Handlungen und die dritte auf die Wahlpolitik. Erst ein späterer Kongreß solle die bei allgemeinen Wahlen zu befolgende Taktik festlegen; auf alle Fälle solle aber bei dem ersten Wahlkampf die Partei ihre Anstrengungen auf einen einzelnen Kandidaten verwenden und im zweiten Wahlkampf ihre Stimmen demjenigen Kandidaten geben, der dem Kandidaten der Reaktion am nächsten eine Niederlage beschreiben könne. Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

### Die Probe aufs Exempel.

Als Ende voriger Woche vor dem Untersuchungs-ausschuß des Landtages über den Märzputsch in Mitteldeutschland die haarsträubendsten Mißhandlungen der Gefangenen durch Mitglieder der Schutzpolizei festgestellt wurden, bezieht sich der Staatskommissar für öffentliche Sicherheit Weismann, dem Ausschuß zu versichern, man möge die Verfolgung der uniformierten Besten ruhig der Staatsanwaltschaft und den Gerichten überlassen. Er fügte hinzu, daß der Minister des Innern das Erforderliche bereits beim Justizministerium veranlaßt habe. Nun stand am Montag einer dieser Schutzpolizisten, der Wachtmeister Böhm, der den kommunistischen Amtsvorsteher Mosenhauer aus Osmünde auf dem Transport niederknallte, dieserhalb vor dem Schwurgericht in Halle. Und das Resultat? Der Böhm wurde freigesprochen, genau wie der Nordbuda Hauptmann v. Kessel letznerzeit von den Geschworenen freigesprochen wurde. Nicht weil er unschuldig ist, nicht weil er kein Mörder ist, sondern weil er einen Kommunisten gemordet hat und weil Morde an Kommunisten und an Arbeitern überhaupt den Geschworenen als eine verdienstliche Tat erscheint.

### Vor der Proklamation des Friedenszustandes mit Amerika.

Paris, 31. Oktober. Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Washington wird der Geschäftsträger der Vereinigten Staaten in Berlin, Drexel, das amerikanische Notifikationsdokument zum Friedensvertrage nächste Woche in Berlin übergeben und die Ratifikation des Vertrages in Empfang nehmen. Im Anschluß daran wird in den Vereinigten Staaten die Proklamation des Friedenszustandes erfolgen und die Ernennung von amerikanischen Konsuln in Deutschland bekannt gegeben werden. Die Konsuln würden wahrscheinlich ihre Tätigkeit noch vor Ernennung des amerikanischen Geschäftsträgers für Berlin aufnehmen.

### Die Zurückziehung der amerikanischen Beziehungen.

London, 1. November. Chamberlain erklärte im Unterhause, daß die amerikanische Regierung der britischen Regierung ihre Abbitte mitgeteilt habe, die Stärke des amerikanischen Besatzungsheeres am Rheine herabzusetzen. Chamberlain fügte hinzu, über die Frage, ob es notwendig werden würde, diese Truppen zu ziehen, sei bisher noch nichts entschieden worden.

### Eine Tagung der zweiten Internationale.

Berlin, 3. November. (Eigene Drahtmeldung.) Am 23. und 24. November tagt in Brüssel das Exekutivkomitee der zweiten Internationale, um die Frage der Hersteinung einer einheitlichen Internationale der Sozialisten aller Länder zu beraten.

### Der Kampf gegen den Hunger in Rußland.

Moskau, 29. Oktober. (DE.) Das Volkskommissariat für Verpflegung veröffentlicht den Plan der staatlichen Hungerfürsorge bis zum Juli 1922. Sie soll zunächst 375 000 Kinder und 125 000 Erwachsene umfassen und allmählich gesteigert werden, so daß später

500 000 Kinder und 1 750 000 Erwachsene versorgt werden. Dieationen betragen 100 Gramm Fleisch, 150 Gramm Brotgetreide und 280 Gramm Kartoffeln pro Person und Tag als Höchstnorm. Das Volkskommissariat erklärt, daß die geplante staatliche Versorgung nur einen geringen Teil der Not lindern werde, da die Zahl der absolut Nahrunglosen im März 1922 12 Millionen betragen werde. Die Mehrzahl der Hungernden bleibt auf ausländische und inländische Wohltätigkeit, auf Hilfsarbeiten usw. angewiesen. Am 1. Januar 1922 wird eine allrussische Hungerkonferenz in Moskau einberufen.

### Deutschland.

#### Spanische Attentäter in Berlin verhaftet.

Amlich wird mitgeteilt, daß in Berlin zwei spanische Staatsangehörige, die des Mordes an dem ehemaligen Ministerpräsidenten Eduardo Dato beschuldigt sind, verhaftet wurden: Luis Nicolau Forz und Lucia Juana Conception. Die Verhaftungen erfolgten am 20. Oktober, wurden aber von der Berliner Polizei geheimgehalten, da man weiteren Beteiligten auf die Spur zu kommen hoffte. Die Verhafteten gehören spanischen Subdilatistischen Kreisen an. Sie hielten sich nach der Morbtat in Barcelona, später in Paris auf. Von dort begaben sie sich nach Berlin, wo sie am 25. Oktober eintrafen. Die spanische Regierung wurde sofort unterrichtet. Die Verhaftung erfolgte in der Wohnung eines Kommunisten, der in Reußstr. wohnt. — Wie die Post. Ztg. hört, hat entgegen anders lautenden Meldungen die spanische Botschaft in Berlin bisher ein Begehren auf Auslieferung der Mörder Datos nicht gestellt. Ueber einen Antrag auf Auslieferung hätte das preussische Justizministerium zu entscheiden. Die Frage werde einer sehr sorgfältigen juristischen Prüfung bedürfen, da es sich um ein politisches Verbrechen handelt. — Der Rechtsbeistand der beiden Verhafteten hat gegen die Auslieferungsabsichten an die spanischen Behörden protestiert, da es sich bei dem Morde um eine politische Tat handle.

#### Arbeitsruhe in den Berliner Gemeindebetrieben am 9. November.

Berlin, 3. November. Die Funktionäre der Arbeiter in dem Gemeindebetriebe von Berlin haben in einer Vollversammlung beschlossen, in sämtlichen Gemeindebetrieben am 9. November die Arbeit ruhen zu lassen.

Der 9. November als Feiertag. Eine dem braunschweigischen Landtage zugegangene Regierungsvorlage fordert die Aushebung des 9. November als gesetzlichen Feiertag. An seine Stelle soll der 9. November als Feiertag treten.

Elternratswahlen in Thüringen. Bei den Elternratswahlen in Thüringen erhielt bei allgemein schwacher Beteiligung fast überall die christlich-unpolitische Liste, die für die Beibehaltung des Religionsunterrichts in der Schule eintritt, trotz der starken sozialdemokratischen Agitation die meisten Stimmen.

Verbot eines Stinnesblattes durch die Besatzungsbehörden. Nach Mitteilung der Oberpostdirektion in Düsseldorf ist die Deutsche Allgemeine Zeitung von den Besatzungsbehörden für das neubesezte Gebiet (Eifelköpfe Düsseldorf und Duisburg) vom 28. Oktober ab für 3 Monate verboten worden. Eine Begründung der neuen Unterdrückungsmaßnahme wurde bisher nicht gegeben.

### Der Stand der Valuta.

Es kosteten in Berlin	Markt		
	1.7.14	1.11.21	2.11.21
1 amerikanischer Dollar	4.12	181.31	191.55
1 englische Pfund Sterling	20.43	715.25	750.70
100 holländische Gulden	169.00	6218.75	6543.45
100 schwedische Kronen	112.50	4155.80	4355.80
100 Schweizer Franken	91.00	3340.65	3578.40
100 französische Franken	81.00	1341.15	1413.55
100 belgische Franken	91.00	1301.15	1373.80
100 italienische Lire	91.00	789.25	778.70
100 deutsche Reichsmark	85.00	7.98	7.98
100 tschecho-slowakische Kronen	—	169.80	183. —
100 ungarische Kronen	—	22.22	22.92

### Von Nah und Fern.

#### Stürme in der Nord- und Ostsee.

Hamburg, 1. November. Der gesamte ausgehende Schiffsverkehr ruht wieder wegen schwerer Südweststürme. Der auf der See liegende Dampfer Danala wurde von einem ausnehmenden englischen Dampfer angegriffen und erheblich beschädigt. Man befürchtet weitere Schiffsunfälle.

Rosenhagen, 2. November. Die Postkisten in Wiesbaden auf Gotland berichtet, daß von acht deutschen Reisefahrzeugen sieben am Dienstag infolge des heftigen Sturmes zurückkehrten. An der Küste von Gotland wurden fünf Winen angetrieben.

Die Hamburg, 2. November. Der Dampfer Seeschiffsdampfer Roland ist in schwerem Sturm verloren gegangen. Außer der aus 11 Mann bestehenden Besatzung befanden sich vier Mann einer Moorburger Abwehrkraft an Bord. Das Motorboot des Roland ist bei Quik angetrieben worden. Es ist niemand gerettet worden. — Der englische Dampfer Kioneros ist auf der Nordsee mit einem holländischen Fischereifahrzeug in Kollision geraten, wodurch das Fischereifahrzeug sank. Die aus 12 Mann bestehende Besatzung wurde gerettet.

Wittelsmohren. Ein vor der Emsmündung kreuzender holländischer Postdampfer mit zehn Mann Besatzung ist verschollen. Zum Dampferunglück auf dem Wannsee.

Berlin, 2. November. Infolge des Sturmischen Wetters ist es auch heute nicht gelungen, das auf dem Wannsee gesunkene Motorboot „Storow“ zu heben. Die Taucharbeiten gestalteten sich ebenfalls äußerst schwierig. Versuchen sind in der Kajüte nicht aufgeben worden; die noch vermischten Toten rufen vermutlich auf dem Grunde des Wannsees.

#### Explosion einer Granate.

Stuttgart, 3. Nov. (U.) Auf dem Lagerplatz der All.-Eisenhandlung Falk-Widder in Cannstadt explodierte eine Granate, die sich unter altem Eisen befand. Durch die Explosion sind drei Arbeiter getötet worden.

#### Radium-Diebstahl.

München, 2. November. In einem Anwesen in Schwabing wurde heute von zwei noch unermittelten Männern Radium im Werte von über einer halben Million Mark gestohlen. Eine der Präparate befand sich in einem 3,52 cm langen Silberrohr und hat die Nummer PTR 1282 und die Jahreszahl 1918. Das Präparat enthält 25,28 mg Radium-Element. Das zweite Präparat befand sich in einem 3,76 cm langen Glasrohr und trägt die Nummer PTR 1553 und die Jahreszahl 1921. Das Präparat enthält 26,76 mg Radium-Element. Man vermutet, daß sich die Täter nach Berlin oder Frankfurt a. M. gewandt haben.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Walter Freitag in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseraten Teil:

Friedrich Viller, Borsdorf-Leipzig.

Druck u. Verlag Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft Leipzig



**Hühneraugen**  
Hornhaut, Schwiele, Warzen  
besetzt das drückend empfindliche mißliche Gewebe  
**Kukirol**  
Schachtel M. 3,50 in Apotheken, Drogerien erhältlich.

König-Salomo-Apothek, Grimmaische Str. 17.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.



# Öffentliche Wählerversammlungen

**L.-Gohlis.** Neuer Gasthof, Gohliser Straße. Donnerstag, den 3. November, abends 7 Uhr: **Schulforderungen des Proletariats in den Gemeinden.** Referent: Dr. Kurt Löwenstein, Berlin.

**L.-Thonberg.** Gasthof, Reichenhainer Straße (für Südostbezirk). Freitag, den 4. November, abends 7 1/2 Uhr: **Was uns vorliegt.** Referentin: Frau Toni Haddenbrock aus Remscheid.

**L.-Lindenu.** Goldner Adler, Angerstraße. Sonnabend, den 5. November, abends 7 1/2 Uhr: **Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen und ihre Bedeutung für die Volksschulen.** Referent: Stadtverordneter W. Freytag.

**Lieberkowitz.** Gasthof zum Gambinus. Sonnabend, den 5. November, abends 7 1/2 Uhr: **Die Aufgaben der U.S.P.-Gemeindevorsteher.** Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Dennhardt.

Kopf- und Handarbeiter von Leipzig! Erkennt die Bedeutung dieser Wahl! Kommt in die Versammlungen, um unsere Wege und Ziele kennen zu lernen.

U. S. P. D. Groß-Leipzig.

# USPD. Groß-Leipzig

**Böhlitz-Ehrenberg.** Heute Donnerstag, 3. Nov., **Frauenversammlung** in der Großen Ecke, Anfang 7 1/2 Uhr. Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Thiel über: Die Tätigkeit der U.S.P.-Frauen im Gemeindeparslament. 2. Ausprache dazu. 3. Verschiedenes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

**Wahren.** Freitag, den 4. November, abends 7 1/2 Uhr. **Mitglieder-Versammlung** im Bierens-Schlößchen (bei Lehmde). Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die Geschichte eines Dorfes. Referent: Herr Lehrer Kohlmann. 2. Diskussion hieran. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches Besuch erwartet D. V.

**Freireligiöse Gemeinde, Nord-Bezirk.** Freitag, den 4. Nov., abends 7 1/2 Uhr. **Öffentliche Versammlung.** Zweck und Ziel der Gemeinde. Referent: Genosse Willde. — Freie Ansprache.

# Kirchenaustritt!

Freitag, den 4. November, abends 7 1/2 Uhr, findet im großen Saale des Lehrervereinshauses, Kramerstraße, Nähe Rühlplatz, eine öffentliche

# Frauen-Versammlung

statt. Tagesordnung: **Die Frau und die Kirche und die Quellen unserer Kraft.** Referent: Genossin C. Voge, Dresden. Nachdem freie Aussprache. Eintr. frei. **Montag, den 7. November, öffentliche Mitglieder-Versammlung** im Restaurant Appelboom, Berliner Straße. — Zahlreiches Besuch erwartet **Zentralverband proletarischer Frauenker.** Ortsgruppe Alt-Leipzig. Der Vorstand.

# Verband der Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten Deutschlands, Ortsgr. Leipzig.

Freitag, den 4. November 1921, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 9 **General-Versammlung.** Berichte und Neuwahlen.

# Familien-Nachrichten

Nach schwerem mit großer Geduld ertragenem Leiden verschied schnell und unerwartet in der Nacht vom 1. zum 2. Nov. unsere liebe treuernde Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau **Luise Darnstädt geb. Keil** im 52. Lebensjahre. Dies zeigen schmerzgefüllt an L.-Lindenu, Neuterstr. 36, II. **Die trauernden Hinterbliebenen.** Die Einäscherung findet Sonnabend, den 5. Nov., nachm. 7 1/2 Uhr, im Krematorium statt. Von Blumenpenden bitten wir abzusehen.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben unvergesslichen teuren Entschlafenen **Friedr. Kurt Admus** sagen wir allen Verwandten und Bekannten, welche uns durch Beileid, Blumen- und Geldpenden geehrt haben, unseren herzlichsten Dank. Besonderen Dank Herrn Pastor Richter für seine tröstlichen Worte. Ferner Dank der Direktion und dem gesamten Personal der Leipziger Tricotagenfabrik, sowie der Arbeiterkassette der Waldmühlentabrik F. Händel'scher L.-Rodau, Verbleiben Dank dem Vorstand der Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Deutschen Wagenbauer, Filiale Lindenu, sowie der gesamten Ortsverwaltung und deren Mitglidern. Weiteren Dank dem Sparverein Eintracht sowie seinen lieben Jugendfreunden und den geehrten Hausbewohnern der GutsMuths- und Merleburger Straße für das ehrenvolle Geleit zur letzten Ruhe. Dies alles war uns ein Trost bei dem allzufrühen Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen. L.-Lindenu, am Begräbnistage. **Frau verw. Elsa Admus und Vater Familie Franz Admus und Angehörige.**

Dankagung. Für die vielen aufrichtigen Beweise der Liebe und Anteilnahme bei dem viel zu frühen Hinscheiden meines liebevollen teuren Gatten, unseres guten Vaters, Sohnes, Bruders, Schwiegerohnes und Schwagers, des Schriftstellers **Karl Lorenz** spreche ich hierdurch meinen tiefgefühlten Dank aus. Insbesondere gilt dieser dem Ehe der Fa. Thalader & Schöffer sowie seinen Arbeitskollegen und Stammtischfreunden für die ehrenden Worte am Sarge, ferner Dank allen für die reichen Blumenpenden und anderen Aufmerksamkeiten. Dank auch Herrn Prediger Dr. Rippenberger für seine tröstlichen, zu Herzen gehenden Worte. In tiefstem Weh L.-Stötteritz, Glatenstr. 29, III., 1. Nov. 1921 **Anna Lorenz geb. Dietrich** sowie alle Hinterbliebenen.

Zurückgekehrt vom Grabe meiner lieben unvergesslichen Gattin, unserer guten Tante **Friederike Hienitzsch geb. Müller** sind uns so viele Beweise der Liebe entgegen gebracht worden, daß es nicht möglich ist, jedem einzelnen zu danken. Wir sprechen daher auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank aus. Paunsdorf, den 1. November 1921. **Karl Hienitzsch** nebst trauernden Hinterbliebenen.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer geliebten **Anna Erdmann** sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. Besonderen Dank für die reiche Blumenpende und das Geleit zur letzten Ruhe den lieben Hausbewohnern, Mitarbeitern, Mitarbeiterinnen und Beamten der Fa Hugo Schneider Paunsdorf. Paunsdorf, am Begräbnistage. In tiefer Trauer **Pauline verw. Erdmann** nebst Hinterbliebenen.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben unvergesslichen Mutter **Sophie Ida Lippoldt geb. Reden** sagen wir allen denen, die uns so hilfreich zur Seite standen, unseren besten Dank. Besonderen Dank für Blumen und Geleit sowie Herrn Pastor Pöschel für die tröstlichen Worte am Grabe. **Die trauernden Hinterbliebenen.**

**Engelsdorf.** Sonnabend, den 5. November, abends 8 Uhr, im Gasthof **Öffentliche Einwohner-Versammlung** Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiterklasse. Referent: Genosse Rudolf Kühn.

Das Beste vom Besten in **la hay. Schmelz-Margarine** Pfund M. 25.— Großverbraucher und Weiberverkäufer Sonderpreise. **Kud. Pfaff, Städt. Markthalle, Erdgeschoss 46. 1\***

**Zahn-Praxis G. Leo** Grimmische Str. 27 Erstklass. Ausführung Schonende Behandlung Billige Preise. Tel. 9830.\*

# Kleiner Anzeiger

Nähmasch. sucht Rappe, Hühnerberger Str. 11, T. 1321, Kbnst.\*  
Schräuterhalt. Nähmaschine läuft Dow. Schuster, Guit., Wilhelmstr. 19, D. 1.  
**Zigarren-Widelpressen** sofort zu kaufen gesucht Schilina, Wilmers Weg 10.

**Alt. Gold u. alt. Silber** Platin, Uhren, Ketten, Ringe kauft Max Israel, Uhrm., Promenadenstr. 5, Bad.\*

Abgespielte, zerbrochene **Schallplatten** kauft stets zu höchsten Preisen **Musikhaus Merkur** Veterastr. 17, Hof.\*

**Schellack** kauft **W. Göhl, Co., Brieft. 33, Tel. 51091.**

**Schafwolle** kauft und zahlt höchste Tagespreise **H. Grünes, Leipzig** Plauensche Str. 5, pt.

**Schafwolle** gew. u. ungew., kauft **Soelo Einkauf-Zentrale** Jakobstr. 6.

Alle Sorten **Häute und Felle** namentlich Ziegen, Hasen, Kanin kauft wie früher **Schade, Fellhandlung** Herberitz 9, Hof, Quergeb.

**Ziegen-, Kanin-, Hasen-Felle** kauft **Soelo Einkauf-Zentrale** Jakobstr. 6. 1\*

kauft **Rosenzweig** Hallsche Straße 12.

# Achtung!

Harzer, Stiffe, Fische, Otter, Biesel, Dänen, Hasen, Rebe, Hirsche, Kanin u. alle anderen 1\* Sorten Felle kauft **J. Zimmer, Leipzig, Berliner Straße 30.**

**Ziegen-, Kanin- und alle anderen Felle** kauft Fell- u. Rauchwaren-Haus **S. Wahrenberg** Uferstraße 3.

**Roh-Felle** und **Wildwaren** spez. **Ziegen Kanin Hasen** kauft zu höchsten Tagespr. **H. Grünes, Leipz.** Plauensche Str. 5, pt. Tagespreis-Tabelle im Lager einzusehen. 1\*

**Licht-Spiele** Halnstr. 19, Tel. 3187

Ab heute Donnerstag Erstaufführung des vielgelesenen Courths-Mahler-Romans **Was tat ich Dir?**

Saktilges **Sitten-Drama** nach dem gleichnamigen Roman von Hedwig Courths-Mahler

In den **Hauptrollen:** Dagmar Hansen, Charlotte Cosder, Werner Funk, Olaf Storm

10 Akte **Großes Sitten-Doppel-Programm** 10 Akte

Der erste Film der beliebten Violette Napierska der Serie 1921/22 **Die Kette der Schuld**

Sitten- und Gesellschafts-Drama in 5 Akten

Die Darsteller bürgen f. einen großen Erfolg

In der Hauptrolle: **Violette Napierska** Henry Peter-Arnolds, Fritz Greiner, Viktor Gehring

Einlaß 3 1/2, Anfang 4 Uhr

**Königs-Pavillon** 11 Akte Promenadenstrasse 8

Zum letzten Mal! **Das gelbe Haus** (Die Prostitution) Sittenbild in 1 Vorspiel und 6 Akten

Ab morgen Freitag! **„Die Nixe“** Das Abenteuer einer Mondnacht 6 Akte und **Das goldene Netz** 5 Akt.

Neumarkt 21 **Kasino-Lichtspiele** Heute zum letzten Male **Das Haus in der Weichselgasse 9** und Das Verbrechen von Houndsditsch

Ab Freitag, den 4. November: **Der Todessturz vom Watzmann** 5 Akte **Die Nächte des Ruperts Scharbach** 5 Akte Einlaß 4 Uhr



Wetterbeobachtungen (Zoologischer Garten) in Leipzig.

Table with columns for time (2. Nov. nachm. 2 U., 2. Nov. abends 9 U., 3. Nov. früh 7 Uhr), wind direction (Windrichtung), wind force (Windstärke), temperature (Temperatur), and other weather details.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 3. November.

Parteilangelegenheiten.

Alt-Leipzig, Westen II, Freitag, den 4. November, abends 7 1/2 Uhr, Funktionärssitzung bei Appenfelder, Boniatowskystraße.

Neuschönefeld, Betriebsobstule, Sportgenossen, Parteimitglieder und Funktionäre, die sich an der Wahlarbeit beteiligen wollen, treffen sich Sonnabend, den 5. November, abends 7 1/2 Uhr, im Sophienkloster.

Deutscher V. Stilling, Die Bibliothek ist von heute ab Sonntags von 11 bis 12 Uhr und Donnerstags von 1/2 7 bis 8 Uhr geöffnet.

Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte! Am Freitag, dem 4. November, abends 7 Uhr, im Volkshaus (großer Saal): Versammlung. Wichtige Tagesordnung.

Gewerkschaftsoorkundel! Am Freitag, dem 4. November, abends 7 1/2 Uhr, vor der Funktionärsversammlung, findet im Volkshaus, Zimmer 9, eine Konferenz statt.

Arbeitsnachweisleiter! Sitzung am Freitag, dem 4. November, nachmittags 3 Uhr, im Hotel Victoria, Kleines Reklamationszimmer.

Die USP. schlägt die Armen!

In der Stadtverordnetenversammlung vom 2. November zeigte sich wieder einmal, daß die Unabhängige Sozialdemokratie die Interessen der wirtschaftlich Schwachen erfolgreich schützt.

Zu der beabsichtigten Erhöhung der Gas- und Wasserpreise lag folgender Dringlichkeitsantrag der USP.

Das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, die vom Verwaltungsrat der Technischen Werke beschlossene Erhöhung des Gaspreises von 1,74 Mfl. auf 2 Mfl. und des Wasserpreises von 63 auf 77 Pfg. für den Kubikmeter wieder aufzuheben.

Der Rat nehmend hatte im vergangenen Jahre das Kollegium seine Zustimmung zur sogenannten Kohlenklausel gegeben, die dem Verwaltungsrat der Technischen Werke das Recht gibt, bei den rückwärts steigenden Kohlenpreisen die Gaspreise automatisch zu erhöhen.

Nun hat sich aber bei Abschluß des abgelaufenen Geschäftsjahres herausgestellt, daß infolge dieser Maßregel ein Bruttogewinn von 52 Millionen Mark erzielt wurde.

Genosse Teichgräber erklärte im Auftrage unserer Fraktion mit allem Nachdruck, daß es unverantwortlich sei, bei der Verteuerung aller Bedürfnisse, und vor allem der Heizmittel, der Bevölkerung in dem bevorstehenden Winter eine solche Preissteigerung zuzumuten.

Die Ausführungen Teichgräbers brachten den Demokraten Welter so in Harnisch, daß er von einer Ausschöpfung des Publikums sprach.

Der Mittelständler Heinze sprach sich für Abschaffung der Kohlenklausel aus. Auch ihm waren Teichgräbers Ausführungen auf die Nerven gefallen.

Stadtbaurat Paul malte schwarz in schwarz. Die neue Teuerungswelle würde so riesige Belastungen bringen, daß sich trotz der Steigerung des Verkaufspreises im nächsten Jahre ein ungeheurer Fehlbetrag von über 12 Millionen Mark ergeben würde.

Genosse Teichgräber konnte ihn aber mit seinen eigenen Waffen schlagen. Er wies ihm nach, daß er in einem Bericht an den Ausschuß selbst zugegeben habe, daß auch im laufenden Jahre der Geschäftserfolg kein ungünstiger sei.

Auch Hagen unterstützte den Antrag der USP. durch wirksame Ausführungen, während der Demokrat Professor Dr. Herz erst nach langem Weh und Ach mit vielen Vorbehalten und Verwahrungen erklärte, daß er dem Antrage zustimmen werde.

Erleichterung zu schaffen. Diese ausgeglichene Haushaltspolitik wird das Haupt der Demokraten aber nicht zu verheißener Instände sein.

Ein schwarzer Tag der Deutschnationalen und Mittelständler.

Die Feinde der städtischen Regierarbeiten und der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln durch die Stadt unternehmen gestern wieder ihre bekannten Utatzen, doch sie erlitten dabei hintereinander schmerzhafte Niederlagen.

Stadtvorordnetenvorsteher Genosse Seger verlas bei dem Punkt „Eingänge“ die Antwort der Kreishauptmannschaft. Er meinte, diese hätte sich Abweisung und Begründung sehr leicht gemacht.

Genosse Liebmann erhob zunächst Einspruch gegen die Art der Herabsetzung des Stadtvorordnetenkongresses durch die Kreishauptmannschaft, die dem Rat die Antwort geschickt habe und die der Rat in einem Durchschlag den Stadtvorordneten unterbreite!

Wählerversammlungen

Donnerstag, den 3. November, abends 7 Uhr, im Neuen Gasthof, Gohlis, Gohliser Straße

„Die Schulforderungen des Proletariats in den Gemeinden“

Referent: Reichslagsabg. Dr. Kurt Löwenstein, Berlin.

Freitag, den 4. November, abends 7 1/2 Uhr, im Gasthof Thonberg, Reichenhainer Straße (für Südostbezirk)

„Was tut uns not“

Referentin: Frau Toni Kaddenbrock, Remscheid.

seien noch auf Grund überlebter Geleise in Amt und Würden, sie hätten sich auf die Seite des Rats gestellt und man könne sagen: Eine Krähe haßt der andern die Augen nicht aus.

Eingegangen war eine Eingabe der Elternräte der 11., 12., 13. Volksschule, in der um Abänderung der bestehenden Mißstände in diesen Volksschulen ersucht wurde.

Stadtvorordnetenvorsteher Genosse Seger machte den Vorschlag, in der nächsten Woche statt am Mittwoch am Freitag die Sitzung der Stadtvorordneten abzuhalten.

Zur Beratung gelangte eine Eingabe wegen Anerkennung des Wiererausschusses der vormaligen Hellanstalt Leipzig-Thonberg durch den Rat der Stadt.

Die Niederlage der Gegner der Regierarbeiten. Zur Beratung gelangte eine Eingabe wegen Abweisung aller Klempnerarbeiten an städtischen Grundstücken an das Wohnungsbauamt.

Stadtv. Kästner beantragte, die Eingabe auf sich beruhen zu lassen. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Stadtv. Kästner (Mittelst.) war der erste, der gegen die städtischen Regierarbeiten Sturm lief.

Stadtv. Kästner (Mittelst.) war der erste, der gegen die städtischen Regierarbeiten Sturm lief.

Stadtv. Kästner (Mittelst.) war der erste, der gegen die städtischen Regierarbeiten Sturm lief.

Stadtv. Kästner (Mittelst.) war der erste, der gegen die städtischen Regierarbeiten Sturm lief.

Stadtv. Kästner (Mittelst.) war der erste, der gegen die städtischen Regierarbeiten Sturm lief.

Stadtv. Kästner (Mittelst.) war der erste, der gegen die städtischen Regierarbeiten Sturm lief.

Stadtv. Kästner (Mittelst.) war der erste, der gegen die städtischen Regierarbeiten Sturm lief.

Stadtv. Kästner (Mittelst.) war der erste, der gegen die städtischen Regierarbeiten Sturm lief.

Stadtv. Kästner (Mittelst.) war der erste, der gegen die städtischen Regierarbeiten Sturm lief.

Stadtv. Kästner (Mittelst.) war der erste, der gegen die städtischen Regierarbeiten Sturm lief.

Stadtvorordnetenvorsteher Genosse Seger ersuchte Herrn Kästner, sich doch an die Tagesordnung zu halten.

Stadtv. Hagen (Rechtssoz.) wies als Berichterstatter auf die Vorzüge der städtischen Regierarbeiten hin.

Diese Ausführungen hielten Herrn Kästner nicht ab, nochmals gegen die Regierarbeiten zu polemisieren.

Herr Börner versuchte sich wieder über den Brief auszulassen, der sich mit den Klempnerarbeiten beschäftigte.

Der Ansturm der Vertreter des Bürgertums war vergeblich gewesen. Die Abstimmung ergab die Annahme des Ausschußantrags mit 36 gegen 28 Stimmen.

Zur Geltendmachung nahm Stadtv. Pastor Keremias (D-Nat.) das Wort. Er ging auf die Verlegung der nächsten Sitzung des Stadtvorordnetenkongresses ein.

Stadtvorordnetenvorsteher Genosse Seger betonte, er habe auf Wunsch größerer Kreise der Stadtvorordneten die Verlegung der Sitzung vorgeschlagen.

Damit mußte sich der Pastor zufriedengeben. Hätte er etwas mehr Kenntnis von den christlichen Feiertagen gehabt.

Es lag zur Beratung der Ratsbeschlüsse vor, die in drei- und viergeschossiger Bauweise geplanten Wohnungsbauten an der Elisabethallee.

Stadtv. Kästner (Mittelst.) nannte die Vorlage einen kleinen Hoffnungsstrahl, einen Wendepunkt im Wohnungsbau.

Stadtv. Kästner (Mittelst.) nannte die Vorlage einen kleinen Hoffnungsstrahl, einen Wendepunkt im Wohnungsbau.

Stadtv. Kästner (Mittelst.) nannte die Vorlage einen kleinen Hoffnungsstrahl, einen Wendepunkt im Wohnungsbau.

Bürgermeister Dr. Roth betonte, der Rat sei auch nicht im allgemeinen für den fünfgeschossigen Bau.

Stadtv. Kästner versicherte, das Wohnen in fünfgeschossigen Häusern sei ebenso gesund wie in viergeschossigen Häusern.

Stadtv. Hagen (Rechtssoz.) ersuchte, in diesem Falle dem fünfgeschossigen Bau zuzustimmen.

Der Antrag des Genossen Krüger wurde mit 35 gegen 31 Stimmen abgelehnt.

Zugestimmt wurde der weiteren Verlängerung des Vertragsverhältnisses mit dem Direktor Stolz-Sarrasani.

Zur Beratung gelangte ein Antrag des Rats auf Bewilligung eines Betriebskapitals von 3 Millionen Mark.

Stadtv. Börner (D-Nat.) das Rettende gegen die städtische Lebensmittelversorgung.

Stadtv. Kästner (Mittelst.) erklärte, man sei es gewohnt, derartige Beleidigungen, wie sie Herr Börner vorbringe, immer zu hören.

Stadtv. Kästner (Mittelst.) erklärte, man sei es gewohnt, derartige Beleidigungen, wie sie Herr Börner vorbringe, immer zu hören.

Stadtv. Kästner (Mittelst.) erklärte, man sei es gewohnt, derartige Beleidigungen, wie sie Herr Börner vorbringe, immer zu hören.

Stadtv. Kästner (Mittelst.) erklärte, man sei es gewohnt, derartige Beleidigungen, wie sie Herr Börner vorbringe, immer zu hören.

Stadtv. Kästner (Mittelst.) erklärte, man sei es gewohnt, derartige Beleidigungen, wie sie Herr Börner vorbringe, immer zu hören.

Stadtv. Kästner (Mittelst.) erklärte, man sei es gewohnt, derartige Beleidigungen, wie sie Herr Börner vorbringe, immer zu hören.

Stadtv. Kästner (Mittelst.) erklärte, man sei es gewohnt, derartige Beleidigungen, wie sie Herr Börner vorbringe, immer zu hören.



Stadtv. Börner fragte, wo das Obst von den Staatskräften geblieben sei. Gegen den Ankauf von Kartoffeln werde er sich nicht.

Stadtv. Frau Schumann (Komm.) sagte, weber der Großmarkt noch der Großhandel könnten billiges Obst verschaffen. Der Rat sollte zusammen mit dem Konsumverein bei den Produzenten kaufen.

Stadtv. Genosse Krüger führte aus, daß es auch dem Konsumverein nicht möglich sei, Kartoffeln einzukaufen. Nur wer ein deutschnationales Mitgliedswort aufweise, erhalte auf dem Lande Kartoffeln. (Pastor Xeremias zeigte bei diesen Ausführungen ein freudiges Gesicht.)

Stadtv. Kirmse verlangte Auskunft, wer Kartoffeln für den Rat einkaufe. In Ostpreußen seien Kartoffeln zum Preise von 15-10 M. für den Zentner zu haben.

Stadtv. Genosse Seidel schilderte die Schwierigkeiten des Kartoffelkaufs. Es sei ganz ausgeschlossen, daß es in Ostpreußen Kartoffeln für 15 M. gebe. Aus Allenstein habe man ihm geschrieben, nicht einmal für 45 M. seien Kartoffeln zu haben.

Stadtrat Dix gab bekannt, daß Güterdirektor Herzhleb Keyser in Ostpreußen 8000 Zentner Kartoffeln gekauft habe. Der Preis betrage aber nicht 35 M., sondern 72 M. an Leipzig.

Stadtv. Börner regte sich darüber auf, daß so viel über die Kartoffeln gesprochen würde. (Zuruf: Der Ankauf von Kartoffeln steht doch in der Vorlage!) Er vermieße die Antwort auf seine Frage, wo das billige Obst von den Staatskräften geblieben sei.

Stadtrat Hofmann versicherte, das billig eingekaufte Obst sei zu angemessenen Preisen verkauft worden. Auf Einzelheiten könne er jetzt nicht eingehen. Es würden aber die Ziffern noch mitgeteilt werden.

Die Abstimmung ergab die fast einstimmige Annahme der Ratvorlage. Allein Herr Börner stimmte gegen den Antrag! So gründlich war die Niederlage des bürgerlichen Mißmachers, daß er nicht wagte, in dieser Frage mit Herrn Börner gemeinsame Sache zu machen.

Bei dem Konto: Güter in Eigenbewirtschaftung, hob der Referent, Genosse Scheib, die großen Vorteile, die die Eigenbewirtschaftung der Güter für die Stadt bringt, besonders hervor und wies sie eingehend zahlenmäßig nach. Die Bedeutung dieses Kontos ist vom Genossen Scheib in einem längeren Artikel vor einigen Tagen in der Volkszeitung dargestellt worden.

Genosse Scheib brachte zum Schluß seiner Ausführungen das Bestreben der Ausschüsse zum Ausdruck, daß der Rat ohne vorheriges Befragen der Stadtvorordneten eine Betriebsabteilung des Güteramts geschaffen und diese an die Futtermittelverwertungsgesellschaft angegliedert habe. Er verlangte, daß die Betriebsabteilung so bald als möglich dem Güteramt angegliedert werde.

Stadtv. Kirmse befürchtete von der Betriebsabteilung nur eine unnötige Verteuerung der Produkte und griff den Güterdirektor wegen seiner Geschäftsführung an. Nach längerer Debatte wurde das Konto mit den vielen Abänderungsanträgen der Ausschüsse genehmigt.

Das Konto Friedhöfe, zu dem der Ausschuss gleichfalls eine große Zahl Abänderungsanträge gestellt hatte, gab dem Genossen Scheib als Berichterstatter Gelegenheit, in großzügiger Weise die einschlägigen Fragen zu erörtern. Er wies darauf hin, daß die KSP immer für die Kommunalisierung des Bestattungswesens eingetreten sei. Aus der Fülle der Einzelheiten ist hervorzuheben, daß eine Erdbestattung 121 M., eine Feuerbestattung aber nur 26.16 M. Aufschlag erfordere. Die Einäscherungen betragen im Jahre 1919 9.75 Prozent, 1920 13.2 Prozent der Todesfälle. Leider stehen die Arbeiter bei den Einäscherungen an letzter Stelle.

Die Grabpflege brachte einen Ueberschuß von 44 000 M. an. Der Verdienst der Privatunternehmer ist ein noch höherer, da sie ihren Arbeitern nicht die gleichen Löhne und Vorteile wie die Stadt gewährt. Genosse Scheib erhob deshalb auf neue die Forderung nach Uebernahme der gesamten Grabpflege in eigene Hände, da mit dem Jahre 1922 die mit Privatunternehmern geschlossenen Verträge ablaufen. — Auch die Gärtnerei erziele einen bedeutenden Ueberschuß, der durch die Uebernahme der Dekorationen in den Kapellen noch vermehrt wurde.

Zum Schluß seiner Ausführungen verwahrte sich Gen. Scheib dagegen, daß die schon für März dieses Jahres versprochene Vorlage über die Kommunalisierung des Bestattungswesens dem Kollegium noch immer nicht vorgelegt sei. Der Dezernent, Stadtrat Dix, erwiderte, daß die Vorlage in 14 Tagen fertig sein werde; sie habe sich verzögert durch die immerwährenden Preisveränderungen.

Stadtv. Xeremias wies noch darauf hin, daß es infolge der großen Zahl der Reparaturarbeiten in seiner Stadt mit dem Bestattungswesen so schlimm stehe wie in Leipzig. Er sah in dem Dresdner System die beste Lösung.

Genosse Scheib trat noch für eine bessere Befoldung der Gärtnereiarbeiter auf den Friedhöfen ein.

Bei der Abstimmung brachte das Kollegium zum Ausdruck, daß es die Heizung der Kapellen und Warterräume für dringend nötig hält.

Insolge der verpetrierten Zeit mußten drei wichtige Beratungspunkte von der Tagesordnung abgesetzt werden, zumal sich noch eine nichtöffentliche Sitzung anschloß.

### Das Dienstpersonal und die Stadtverordnetenwahl.

Ein auswärtiger Genosse schreibt uns hierzu folgendes:

Bei der Stadtverordnetenwahl in Leipzig am 13. November muß das größte Augenmerk auf das Dienstpersonal gelegt werden. Tausende von ihnen besitzen das Wahlrecht und niemand bekümmert sich so recht darum. Die meisten dieser Wählerinnen werden von ihren „Herrschäften“ mißbraucht, indem sie veranlaßt werden, bürgerlich zu wählen. Wo die „Herrschaft“ noch zu anständig ist, das zu tun, redet man der Emma oder Anna zu, gar nicht zu wählen, weil sie das doch nicht versteht und sie gar kein Interesse an solcher Wählerlei habe. — Was fehlt hier also? Nun, wie überall, umfassende und unermüdete Aufklärung! Diese muß aber erfolgen rechtzeitig und nicht in der letzten Minute. Politisch aufgeklärte Arbeiterinnen und -mädchen sollten hier sofort eingreifen und dafür sorgen, daß jede Köchin, jedes Haus- oder Stuben- oder Dienstmädchen aufgeklärt wird, um ihnen auseinanderzusetzen, wozu es sich bei der Wahl, insbesondere diesmal, handelt.

Hier winkt ein großer Erfolg! Die Hauptsache ist nur, geschickt und nicht die letzten Tage die Sache in die Hand genommen. Es ist geradezu eine Schande, daß noch Arbeiterkinder sind, daß ihre Kinder von den reichen bürgerlichen Leuten politisch mißbraucht werden. Es kann und muß deshalb ein Weiteres getan werden. Wie und was, will ich gleich sagen! Ich habe zwei Verwandte in Leipzig, wahlberechtigte Dienstmädchen. Sobald unsere Stimmzettel fertig sind, werde ich mit einigen schicken lassen. Den zwei Verwandten werde ich einen Brief schreiben, die Schöpfung näher schildern und jeder einen KSP-Stimmzettel gleich beilegen. Auch eine kleine Instruktion wegen der eventuellen Hineinbringung der „Herrschaft“ werde ich erteilen. — Und das, was ich tue, können tausende Arbeiter tun. Dann ist es aber auch ausgeschlossen, daß die eigenen Kinder der Arbeiter der Arbeiterklasse aus völliger Unkenntnis in den Rücken fallen. Die Leipziger Genossen und die Arbeiterklasse der ganzen Umgebung hat hier Hand in Hand zu arbeiten, um die Pläne der Ausbeuter und Reaktionskräfte gründlich zu durchkreuzen.

Darum wachet und kämpft, sondern handelt!

### Lehrer und Arbeiterschaft.

Am Dienstagabend sprach darüber zumest vor sozialistischen Interessierten im vollen Saale des Lehrervereins ein eingeladen von der Arbeiterschaft sozialdemokratischer Lehrer,

der Landtagsabgeordnete Lehrer Kratz unter gespanntester Aufmerksamkeit der Hörer, die sich zuletzt in langandauerndem Beifall auflöste. Er führte aus, daß die Lehrerschaft alle Erfolge reiflos der Arbeiterschaft zu verdanken habe. Das Freiheitsgesetz der sächsischen Volksschule sei nur mit Hilfe der Linksparteien unter dem erbitterten Widerstande selbst der Demokraten, z. B. des Schulmannern Dr. Borge und Jochen, zustande gekommen. Ihr Dr. Seifert verleihe die Meinung, daß bei den Wahlen zum Schulvorstande das partiellische System durchgeführt werden müsse. Jede Frage müßte letzten Endes hinaus auf das politische Gebiet. Nach Ansicht der bürgerlichen Gegner hätten nun die Linksparteien in der Frage der Kinderzulage verlagert. Damit werde trotz entgegenstehender grundsätzlicher und sozialer Bedenken eine lächerliche bürgerliche Agitation geführt. Obwohl es besser sei, wenn Gehaltsforderungen in Landtage von Nichtlehrern vertreten würden, hätten die sozialistischen Lehrerschaftsmitglieder doch jederzeit in Verbindung mit dem Sekretär des sächsischen Lehrervereins gestanden. Lehrervereine seien überhaupt kein Forum. In der diese sich etwa verantworten müßten; denn sie seien doch keine Lehrerkandidaten. „Wenn ich auf die politische Einschätzung der Lehrerschaft rechnen wollte, läge ich längst im politischen Straßengraben!“ Diese habe es überdies ständig abgelehnt, eine Kinderzulagepolitik zu treiben, die nur Spaltung in die Vereine brächte. Das ganze Gerede schleppe wir noch aus der Vergangenheit. 1918 machten die Bürgerlichen die prinzipiell richtige Politik der Erhöhung der Grundgehälter nicht mit. Die Lehrerschaft und die Leitung des sächsischen Lehrervereins haben damals Kräfte gesammelt. Wenn Sachsen dem Reiche alles nachmachen müßte, würde das den Lehrern in der Einrechnung ganz anders schaden. Sie sollten sich nicht einfangen lassen von solch billigen Redensarten der bürgerlichen Abgeordneten, die auf der einen Seite Vorkriegsbesoldungen heucheln, auf der anderen die Mittel verweigern, weil bei den verlangten Steuern nicht bloß der leicht fristbare Ertragswert, sondern die ganze Betriebsanlage herangezogen werden solle. Sobald die Steuern bewilligt sind, können auch die ganzen Schullasten reiflos vom Staate übernommen werden. Die Lehrer müßten sich also mit der Arbeiterschaft verbinden, mit den aufsteigenden Schichten, nicht mit den absterbenden, die absterben müssen auf Geheiß oder Verberb Deutschlands. Es liegt uns zentnerschwer auf der Seele, daß das Leben eines Lehrers zum Problem geworden ist; aber das des Arbeiters war es schon vor dem Kriege. Dadurch, daß wir lebend geworden sind, sind wir hoffentlich feinfühler geworden. Früher waren wir nur der verlängerte Arm der Herrschaft. Das Autoritätsprinzip lastete auf Kindern und Lehrern. „Wer sich den Helm aufgesetzt hatte, in den war ein fürnehmer Geist gefahren.“ Im Lehrerberuf darf es nichts von Beamtentum geben; er darf nicht nur auftragsgemäß arbeiten. Der Lehrer muß der große Revolutionär sein im kulturpolitischen Sinne. Der Gedanke der Demokratie und der Arbeit in der Schule führen zur Internationalen, deren Begriff nicht gleichbedeutend mit antinational ist. Grund und Boden in den Besitz der Allgemeinheit überführen, heißt die Massen vaterlandslosbend machen. In diesem Sinne sind wir national, aber nicht nationalistisch. Der Fortschritt der Kultur wird nicht von einem einzelnen Volke geboren, sondern, wie bei der internationalen Wissenschaft, aus einer Synthese heraus. Die Erde ist auch kein Besitz für ein Volk. Für diese Gedanken muß die Erziehung den Unterbau schaffen. Der Lehrer muß nur die Gedankenwelt des Sozialismus aus der Quelle, nicht aus bürgerlichen Extraktoren schöpfen. Das Schicksal des deutschen Volkes hängt davon ab, wie es sich zu diesen Gedankenengängen stellt. Die Lehrerschaft müßte der Kulturpionier dieses Programms sein. Sie ist die Arbeiterschaft, dann heißt die Lehrerschaft; im andern Falle ist auch ihr Los entschieden.

### Falsche Reichsbanknoten zu 100 Mark.

Von den Reichsbanknoten zu 100 Mark mit dem Datum vom 1. 11. 1920, die seit Anfang Januar d. J. dem Verkehr zugeführt wurden, sind jetzt Fälschungen aufgetaucht, die als solche durch das Fehlen des Wasserzeichens oder durch Abweichungen im Wasserzeichen wie auch an dem nur vorgezeichneten Faserstreifen leicht zu erkennen sind. Es wird daher nochmals darauf hingewiesen, daß die echten Noten dieser Ausgabe auf der Mitte der Rückseite einen kupferbraunen Faserstreifen tragen, der nicht in ausgedruckten Farbstrichen besteht, sondern aus Pflanzenfasern, die in das Papier eingelassen sind und sich mit einer Nadel lösen lassen müssen. Die echten Noten tragen ferner auf dem rechten und linken unbedruckten Rande ein Wasserzeichen \* 100 \* M. \* 100 \* M., das auf dem einen Rande in heller, auf dem andern in dunkler Ausführung erscheint. Gibt also eine 100-Mark-Note zu Zweifeln Anlaß, sei es durch Abweichungen im Papier, sei es durch unklare, verschwommene Druckausführung, dann prüfe man Wasserzeichen und Faserstreifen und wird so vor Verlusten geschützt sein. Vor Annahme dieser Nachahmungen sei also gewarnt!

Der Wahlschein für die Jungzogenen. Wer noch nach Aufstellung oder Auslegung der Wählerlisten nach Leipzig zugezogen ist, oder wer bis zum 5. November zuzieht, kann sich sein Wahlrecht sichern, wenn er sich einen Wahlschein verschafft. Wahlscheine werden bis zum 5. November auf dem Wahlamt, Neues Rathaus, ausgestellt. Der Wahlschein ist als Legitimation dem Wahlamt zu unterbreiten.

Postgebühren und Vororte. Ungeachtet der wiederholten Veröffentlichungen über den Geltungsbereich des Ortsverkehrs von Groß-Leipzig nach dem Gesetz über Postgebühren vom 22. 3. 1921 gehen bei den nicht zum Ortsbereich von Leipzig gehörigen Postorten Böhlitz-Ehrenberg, Großschlocher-Windorf, Leußitz, Markleeberg, Döhlitz-Gaußitz, Paunsdorf, Thella und Wahren immer noch zahlreiche nach der Ortstaxe freigemachte Sendungen ein, die den Empfängern nur gegen Zahlung der Ergänzungsgebühr ausgehändigt werden können. Es wird daher erneut darauf aufmerksam gemacht, daß Sendungen aus Leipzig nach diesen Orten und umgekehrt den Gebührenhöhen des Fernverkehrs unterliegen.

300 Prozent Mietssteigerung. Der Arzt Dr. med. Heinze, ein vielfacher Hausbesitzer, hatte am 20. Oktober eine Anzahl seiner Mieter wegen erneuter Mietssteigerung vor das Mieternichtungsamt laden lassen. Unter andern waren auch die Mieter aus den Häusern Neustädter Markt Nr. 5 und Bismannstraße Nr. 20 vertreten. Viele Häuser sind in einem trostlosen, geradezu verwahrlostem Zustande. Wenn man auf den Dellen fest auftritt, muß man befürchten, durchzubrechen. Der Vertreter des Herrn Dr. Heinze bezeichnet die Häuser selbst als Bruchbuden. Nach der letzten Mieterhöhung betrug die Steigerung schon 233 Prozent, trotzdem verlangte der Herr erneut 20 Prozent Steigerung. Der Mann müßte eigentlich wegen Wuchers bestraft werden. Am besten wäre es wohl, ihn zu verurteilen, daß er selbst einmal ein Jahr in diesen Häusern wohnen müßte.

Die Ungleichermäßigung. Das Finanzamt schreibt uns: Artikel 111 des Gesetzes über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn vom 11. Juli 1921 (Reichs-Ges.-Bl. S. 845) läßt die Ausgleichermäßigungen nur zu für den in der Zeit vom 1. August bis 31. Oktober gezahlten und bis zum 31. Oktober 1921 fällig gewordenen Arbeitslohn. In den Fällen, in denen die Ausgleichermäßigungen nicht voll durchgeführt werden konnten, d. h. in den Fällen, in denen der nach Abhebung der abgelaufenen Beträge errechnete Steuerbetrag von 10 vom Hundert geringer ist als die Ausgleichermäßigungen, kann nicht etwa eine nachträgliche Berücksichtigung der nicht ausgeführten Ausgleichermäßigungen in der Zeit nach dem 31. Oktober 1921 Platz greifen. Eine solche Regelung würde dem Gesetz widersprechen.

Mordversuch und Selbstmord! In der Nacht vom 2. d. M. früh gegen 1 Uhr, hat in einem Wohnhause in der inneren Stadt ein Ingenieur aus Bremen seine Geliebte, eine Sekretärin aus Schneidemühl, durch einen Revolvererschuss in den Kopf und die

linke Hand schwer verletzt und sich dann durch einen Schuß in den Kopf selbst getötet. Das junge Mädchen wurde nach dem Krankenzuge St. Jakob gebracht, während der Leichnam des Selbstmörders nach der Anatomie geschafft wurde. Ein vorausgegangener Streit soll die Veranlassung zur Tat gewesen sein. Die polizeilichen Erörterungen sind sofort eingestellt worden.

Ufflung, Erwerbslose und Kurzarbeiter! Alle Inhaber von Gutscheinen für Rappschleie (Tori) müssen dieselben wie folgt abholen: Freitag den 4. November, Köhninger Straße (Wah u. Co.), Sonnabend, den 5. November, Bennigsenstraße (Wah u. Co.). Die Rappschleie müssen aber bestimmt an den betreffenden Tagen in der Zeit von 9 bis 1 Uhr abgeholt werden. Die Ausgabe in den übrigen Ausgabestellen wird noch bekanntgegeben.

Der Arbeitslosenrat.

Allgemeines Arbeiter-Bildungsinstitut. Abt. 1, Bibliothek, Bibliothek. Sonntag, den 6. November: Besichtigung der Blindenbibliothek. Treffpunkt 10 Uhr am Buchhändlerhaus, Hospitalstraße.

### Lebensmittelliste für Freitag, den 4. November.

Für Händler.

Ausf. Weizenmehl: Bezugscheinentnahme. Ausgabe. 2 Zentner Weizenmehl werden bei der Firma Georg Werner in U.-Gohlis, Freiladebahnhof, am Chausseehaus, auf Gutscheine des Ortsamtes für Kriegserlöse abgegeben. Gutschein-Nr. 4250 bis 4300 von 8-12 Uhr vorm. Nr. 4301 bis 4350 von 1-4 Uhr nachm. Die Weizenmehl für die angegebenen Gutscheine sind unbedingt an dem genannten Tage abzuholen, da sie sonst verfallen.

### Arbeitslose, Kurzarbeiter und Fürsorgeempfänger!

Ab 4. bis 15. November 1921 Verkauf von Hammelfleisch (gute Qualität) zum Preise von 5.20 Mark das Pfund im Schlachthof täglich von 9 bis 3 Uhr. — Passend Geld und Papier ist mitzubringen. Der Arbeitslosenrat.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Aus dem Landtage.

Der Landtag trat gestern nach längerer Pause wieder zusammen. Der Präsident, Herr Fräyhof, hielt es wieder einmal für dringend notwendig, eine seiner unvermeidlichen politischen Erklärungen vom Stapel zu lassen und dann hinterher dadurch einen kleinen Standaal zu provozieren, daß er dem Kommunisten Stewert das Wort zur Geschäftsordnung verweigerte. Erst als er sah, daß seine geradezu unerhörte Verhöhnung der Geschäftsordnung auf allen Seiten mißfiel, torigierte er sich.

Es folgte eine längere Erklärung des Ministers Lipinski, dem es gelungen ist, den unumstößlichen Beweis für das Vorhandensein einer

### gegenrevolutionären Organisation nach Münchner Muster in Sachsen

und ihrer Finanzierung durch die sächsischen Industriellen zu erbringen. Den Reaktionen kam der Schlag sehr überraschend. Am Anfang suchten sie sich durch vereinzelte sache Wige über das Unangenehme der Situation hinwegzujubeln. Sie wurden aber immer betrübter, als sie die Schlüssigkeit des Beweismaterials erkannten.

Der lähmende Eindruck, den diese Enthüllungen auf der Rechten hervorriefen, beeinflusste die ganze Sitzung. Erst zum Schluß wurde es etwas lebhaft, als der Arbeitsminister den Unternehmern einige bittere Wahrheiten sagte.

Zunächst standen ein paar Regierungsvorlagen zur Beratung. Der Entwurf eines Sonntagsruhegesetzes wurde an den Rechtsausschuß gewiesen, nachdem von den bürgerlichen Fraktionen die Sorge um die Erhaltung der seelischen Erhebung, wie sich der reaktionäre Fuchs Rendtorff ausdrückte, gebührend zum Ausdruck gekommen war. In einem heftigen Widerstreit geriet die Seele des deutschen Volksparteilers Niehammer, der, um dem Volke die Religion und der Kirche ihre Schätze zu erhalten, sich möglichst viel freie Zeit eintrat, als Unternehmer aber Beschränkungen verlangte, damit Sonntags die Arbeiter keine Zeit bekommen zu ihren verdammten Demonstrationen und Umzügen.

Der Geschäftsbericht der Landesbrandversicherungsanstalt wurde dem Haushaltsausschuß B überwiesen.

Zu einer längeren Aussprache kam es dann über einige Anträge zur Unterstützung der Erwerbslosen und Sozialrentner und eine Vorlage zur Änderung der Rot der Kleinrentner. Den bürgerlichen Rednern lag besonders der letztere Gegenstand am Herzen, während ihr Interesse für die Erwerbslosen ziemlich kühl blieb. Für unsere Fraktion nahm Genosse Dönhardt das Wort, der lebhaft für die Erhöhung der Unterstützungssätze eintrat und die Befestigung einiger schlüssiger und unsozial wirkender Bestimmungen forderie. Bemerkenswert waren die Ausführungen des Arbeitsministers Jädel, der die Anträge unterstützte und die bisherigen Bemühungen des Ministeriums darlegte, wobei er den Unternehmern etwas derb auf die Hüften rief, was einige deutschnationalen Pflanzlein auslöste. Die Anträge wurden schließlich dem Ausschuss überwiesen. Unser Antrag, der die Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose und Sozialrentner forderie, wurde sofort angenommen.

### Autocinweisung des sächsischen Polizeipräsidenten.

Am Dienstag wurde im Beisein der zuständigen Referenten und Offiziere der Landespolizeiverwaltung der bisherige Ministerialrat Dr. jur. Paul Adolph durch Minister Lipinski in sein neues Amt eingeführt.

Der Minister betonte hierbei, daß die Aufgabe der Landespolizei sei, die Ordnung aufrechtzuerhalten und dem Gesetz Achtung zu verschaffen. Der Krieg habe eine Verwahrlosung der Rechtsbegriffe zur Folge gehabt, deshalb sei ein erhöhter Schutz der Republik dringend geboten. Die Revolution habe mit der Autokratie aufgeräumt und den Uebergang zu Demokratie und Gemeinschaftsarbeit aller ermöglicht. Diese Entwicklung werde von links und von rechts vielfach zu fördern versucht; von links in der Absicht, das Volk der Entwicklung schneller vorwärts zu treiben, von rechts, um es zurückzubrechen. Beides jedoch seien vergebliche Bemühungen, denn nicht Gewalt sei maßgebend, sondern die geistige Umstellung, Teuerung und Arbeitslosigkeit hätten weitere Beunruhigung in die Bevölkerung getragen. Die Polizei sei nicht dazu da, Krieg mit dem Volke zu führen, sondern mit dem Volke gemeinsam den ordnungsgemäßen Gang der Entwicklung zu sichern. Die Folgen des Krieges und der Nachkriegszeit hätten die Aufstellung der Landespolizei neben der „blauen“ Polizei veranlaßt. Sie sei zuerst militärisch organisiert gewesen, aber infolge des Diktats der Entente zivilen örtlichen Kommandos unterstellt worden. Die Folge sei eine völlige Umorganisation und die Schaffung des Gesetzes über die Verstaatlichung der Polizei mit der Wirkung, daß demnach in sechs Städten die blaue und grüne Polizei gemeinsam unter ein Kommando gestellt werden. Eine weitere Folge dieser Umorganisation sei, daß die Landespolizeiverwaltung nicht mehr eine zentrale Kommandogewalt habe, sondern zu einem Verwaltungsamt umgewandelt worden sei. General Reichardt habe die Landespolizei aufgestellt und sein möglichstes getan, um ihre Aufgaben zu fördern. Es sei ihm zu danken, daß er die notwendig gewordenen Umstellungen aus einer militärischen in eine zivile Verwaltungsbehörde durch seinen Austritt erleichtert habe.

Präsident D. Adolph führte u. a. aus, daß er jedes offene Wort begrüße, daß er jedoch ein Gewonnarbeiten hinter dem Rücken der Vorleser mit Entschiedenheit bekämpfen werde. Er sei völlig einsig mit Minister Lipinski, daß die Polizeiverwaltung nicht militärisch organisiert sein dürfe. Das bedeute jedoch nicht, daß



Die Disziplin aufgelöst werden müsse, denn auch innerhalb des Wirtens und zur Erfüllung der Aufgaben der Landespolizei sei Disziplin unbedingt notwendig.

Deutschnationaler Vorstoß gegen das Wirtschaftsministerium.

Den Rücktritt des Genossen Jäger von der Leitung des Arbeitsministeriums scheinen die Bürgerlichen zur Beseitigung des ihnen nicht genehmen Ministeriums benutzen zu wollen. Bekanntlich sind ihre früheren Versuche gescheitert. Jetzt glauben sie ihrem Ziele näher zu kommen.

Der Landtag wolle beschließen, 1. den Ministerpräsidenten zu ersuchen, die durch den bevorstehenden Rücktritt des Arbeitsministers freiwerdende Ministerstelle nicht wieder zu besetzen, 2. die Regierung zu ersuchen, in die Vorlage über das neue Ausschaltgesetz das bisherige Arbeitsministerium nicht wieder aufzunehmen und den Arbeitsbereich desselben mit einem andern zu vereinigen.

Auch dieses Mal werden die Bestrebungen der bürgerlichen Herrschaften an dem Widerstand der Arbeitervertreter scheitern.

Vorschuhforderungen der sächsischen Staatsbeamten.

Nach einer Meldung des Telesonion-Sachdienstes beantragte der Bund der sächsischen Staatsbeamten bei der sächsischen Regierung, entweder die sofortige Auszahlung des November- und Dezembergehältes zu veranlassen, mindestens aber an die Beamten der jetzigen Teuerung entsprechende namhafte Gehaltszuschüsse zu zahlen.

Staatliche Prüfung der Gewerbelehrer.

Zur Förderung der Gewerbelehrer-Ausbildung gedenkt, wie aus Dresden gemeldet wird, das sächsische Wirtschaftsministerium eine staatliche Prüfung für Gewerbelehrer einzurichten und eine Preisprüfungsordnung auf Grund besonderer Leitfäden zu erlassen.

Gemeinderatwahlergebnisse.

Neustadt bei Falkenstein. Bei der am Sonntag stattgefundenen Wahl erhielt die Liste 1 (Ortsgruppe der USP.) 117 Stimmen (5 Vertreter) und die Liste 2 (Bauern und Schmiedschmiedler) 88 Stimmen (4 Vertreter). Ein schöner Erfolg für unsere Genossen in Neustadt.

Werda bei Falkenstein. Bei der am Sonntag stattgefundenen Wahl zum Gemeinderat erhielt die Liste 1 („Parteilose“) 76 Stimmen, Liste 2 (Gutsbesitzer) 146 Stimmen, Liste 3 (Hausbesitzer) 140 Stimmen und Liste 4 (USP.) 90 Stimmen. Von annähernd 800 Wahlberechtigten haben nur 452 gewählt.

Delsdorf. Ein gefährlicher Brand entstand am Dienstagmittag in der Bogildischen Asphalt-, Dachpappen- und Teerproduktfabrik von Dr. Eier an der Untermärzgrüner Straße. In der Teerlöcherlei war die leicht entzündbare Masse beim Ueberlaufen in Brand geraten.

Meerane. Das Spieß mit dem Schießgewehr hat wieder einmal den Tod eines Menschen verschuldet. Ein neunjähriger Knabe bekam fälschlich eines Amunoes ein Jagdgewehr in die Hand, das seit Jahren unbenutzt war.

Werdau. Das Bezirkswohlfahrtsamt der Amtshauptmannschaft Werdau hat eine große Anzahl Brillen angekauft, um sie für die Absonderung von Lungenerkrankten an die Familien leihweise abzugeben.

Sohnsdorf. In den hiesigen Kohlenwerken sind der 20jährige Hermann Johann Groß und der 52jährige Werkmeister Nischold tödlich verunglückt.

Vimbach. Die Stadtverordneten beschloßen, den Gaspreis für Kleinrentner und Unterstützungsempfänger um 20 Prozent zu ermäßigen.

Wahren. Ein neuer Industriezweig ist in das durch seine Feinweberei weltbekannte Gewandetal eingezogen. Die Steine einer Quarzader, die das Tal durchzieht, werden zu Mischsteinen verarbeitet.

Völsnitz i. E. In der hiesigen Gegend soll jetzt die Schiefergewinnung wieder aufgenommen werden, da gegenwärtig der Schiefer hoch im Preise steht.

Aus der Umgebung.

Die U. N. A. bleiben der Lüge treu.

Nochmals die verschwundenen Gemeindeakten. Wir haben vor kurzem an dieser Stelle den Nachweis geführt, daß der am 18. Oktober in den Leipziger Neuesten Nachrichten veröffentlichte Artikel über das angebliche Verschwinden von Akten im Gemeinderat vorläufig von Anfang bis Ende erlogen ist.

Wir haben vor kurzem an dieser Stelle den Nachweis geführt, daß der am 18. Oktober in den Leipziger Neuesten Nachrichten veröffentlichte Artikel über das angebliche Verschwinden von Akten im Gemeinderat vorläufig von Anfang bis Ende erlogen ist.

Wir haben vor kurzem an dieser Stelle den Nachweis geführt, daß der am 18. Oktober in den Leipziger Neuesten Nachrichten veröffentlichte Artikel über das angebliche Verschwinden von Akten im Gemeinderat vorläufig von Anfang bis Ende erlogen ist.

Wir haben vor kurzem an dieser Stelle den Nachweis geführt, daß der am 18. Oktober in den Leipziger Neuesten Nachrichten veröffentlichte Artikel über das angebliche Verschwinden von Akten im Gemeinderat vorläufig von Anfang bis Ende erlogen ist.

Wir haben vor kurzem an dieser Stelle den Nachweis geführt, daß der am 18. Oktober in den Leipziger Neuesten Nachrichten veröffentlichte Artikel über das angebliche Verschwinden von Akten im Gemeinderat vorläufig von Anfang bis Ende erlogen ist.

Wir haben vor kurzem an dieser Stelle den Nachweis geführt, daß der am 18. Oktober in den Leipziger Neuesten Nachrichten veröffentlichte Artikel über das angebliche Verschwinden von Akten im Gemeinderat vorläufig von Anfang bis Ende erlogen ist.

Wir haben vor kurzem an dieser Stelle den Nachweis geführt, daß der am 18. Oktober in den Leipziger Neuesten Nachrichten veröffentlichte Artikel über das angebliche Verschwinden von Akten im Gemeinderat vorläufig von Anfang bis Ende erlogen ist.

Wir haben vor kurzem an dieser Stelle den Nachweis geführt, daß der am 18. Oktober in den Leipziger Neuesten Nachrichten veröffentlichte Artikel über das angebliche Verschwinden von Akten im Gemeinderat vorläufig von Anfang bis Ende erlogen ist.

glauben nicht, daß der laubere Herr unter Aufforderung nachkommen wird, sonst würde das gewerkschaftliche Leben in den U. N. A. stark eingeschränkt werden müssen.

Die U. N. A. schreiben, daß der Gemeindevorstand Nischmann mindestens sechs bis achtmal, obwohl mit Stimmenmehrheit zurückgewiesen, stets von neuem seine herausragende Anstellung auf seine Verweisung verweist.

Die U. N. A. schreiben, daß der Gemeindevorstand Nischmann mindestens sechs bis achtmal, obwohl mit Stimmenmehrheit zurückgewiesen, stets von neuem seine herausragende Anstellung auf seine Verweisung verweist.

Die U. N. A. schreiben, daß der Gemeindevorstand Nischmann mindestens sechs bis achtmal, obwohl mit Stimmenmehrheit zurückgewiesen, stets von neuem seine herausragende Anstellung auf seine Verweisung verweist.

Die U. N. A. schreiben, daß der Gemeindevorstand Nischmann mindestens sechs bis achtmal, obwohl mit Stimmenmehrheit zurückgewiesen, stets von neuem seine herausragende Anstellung auf seine Verweisung verweist.

Die U. N. A. schreiben, daß der Gemeindevorstand Nischmann mindestens sechs bis achtmal, obwohl mit Stimmenmehrheit zurückgewiesen, stets von neuem seine herausragende Anstellung auf seine Verweisung verweist.

Die U. N. A. schreiben, daß der Gemeindevorstand Nischmann mindestens sechs bis achtmal, obwohl mit Stimmenmehrheit zurückgewiesen, stets von neuem seine herausragende Anstellung auf seine Verweisung verweist.

Die U. N. A. schreiben, daß der Gemeindevorstand Nischmann mindestens sechs bis achtmal, obwohl mit Stimmenmehrheit zurückgewiesen, stets von neuem seine herausragende Anstellung auf seine Verweisung verweist.

Die U. N. A. schreiben, daß der Gemeindevorstand Nischmann mindestens sechs bis achtmal, obwohl mit Stimmenmehrheit zurückgewiesen, stets von neuem seine herausragende Anstellung auf seine Verweisung verweist.

Die U. N. A. schreiben, daß der Gemeindevorstand Nischmann mindestens sechs bis achtmal, obwohl mit Stimmenmehrheit zurückgewiesen, stets von neuem seine herausragende Anstellung auf seine Verweisung verweist.

Die U. N. A. schreiben, daß der Gemeindevorstand Nischmann mindestens sechs bis achtmal, obwohl mit Stimmenmehrheit zurückgewiesen, stets von neuem seine herausragende Anstellung auf seine Verweisung verweist.

Die U. N. A. schreiben, daß der Gemeindevorstand Nischmann mindestens sechs bis achtmal, obwohl mit Stimmenmehrheit zurückgewiesen, stets von neuem seine herausragende Anstellung auf seine Verweisung verweist.

Die U. N. A. schreiben, daß der Gemeindevorstand Nischmann mindestens sechs bis achtmal, obwohl mit Stimmenmehrheit zurückgewiesen, stets von neuem seine herausragende Anstellung auf seine Verweisung verweist.

Die U. N. A. schreiben, daß der Gemeindevorstand Nischmann mindestens sechs bis achtmal, obwohl mit Stimmenmehrheit zurückgewiesen, stets von neuem seine herausragende Anstellung auf seine Verweisung verweist.

Die U. N. A. schreiben, daß der Gemeindevorstand Nischmann mindestens sechs bis achtmal, obwohl mit Stimmenmehrheit zurückgewiesen, stets von neuem seine herausragende Anstellung auf seine Verweisung verweist.

Die U. N. A. schreiben, daß der Gemeindevorstand Nischmann mindestens sechs bis achtmal, obwohl mit Stimmenmehrheit zurückgewiesen, stets von neuem seine herausragende Anstellung auf seine Verweisung verweist.

Die U. N. A. schreiben, daß der Gemeindevorstand Nischmann mindestens sechs bis achtmal, obwohl mit Stimmenmehrheit zurückgewiesen, stets von neuem seine herausragende Anstellung auf seine Verweisung verweist.

Die U. N. A. schreiben, daß der Gemeindevorstand Nischmann mindestens sechs bis achtmal, obwohl mit Stimmenmehrheit zurückgewiesen, stets von neuem seine herausragende Anstellung auf seine Verweisung verweist.

Die U. N. A. schreiben, daß der Gemeindevorstand Nischmann mindestens sechs bis achtmal, obwohl mit Stimmenmehrheit zurückgewiesen, stets von neuem seine herausragende Anstellung auf seine Verweisung verweist.

Die U. N. A. schreiben, daß der Gemeindevorstand Nischmann mindestens sechs bis achtmal, obwohl mit Stimmenmehrheit zurückgewiesen, stets von neuem seine herausragende Anstellung auf seine Verweisung verweist.

Die U. N. A. schreiben, daß der Gemeindevorstand Nischmann mindestens sechs bis achtmal, obwohl mit Stimmenmehrheit zurückgewiesen, stets von neuem seine herausragende Anstellung auf seine Verweisung verweist.

wohl der Gemeinderat in Gundorf in seiner Mehrheit für eine Verhinderung war, hatten die Gegner in einer geschickt vorbereiteten Einwohnerversammlung eine größere Mehrheit auf ihre Seite gebracht. Ob die Mehrheit für diesen Beschluß sich der Tragweite ihrer Handlungswahl bewußt gewesen ist, möchte man stark bezweifeln, wenn man bedenkt, daß gerade diese kleinen Gemeinden unter den jetzigen Steuerverhältnissen nicht leben und nicht sterben können und überfall der Zusammenstufungsgebäude vorwärts schieben. Man gewinnt, wenn man die genauen Verhandlungen mit der Nachbargemeinde Gundorf miteinrechnet hat, den Eindruck, daß diese Gemeinde in Schönheit sterben will, denn an Futteraufgeben (siehe Schutzverhältnisse) ist doch nicht zu denken. Nun, lassen wir die Gemeinde hinsterben, bis eines Tages auch sie von der großen Stadtgemeinde Leipzig verschluckt wird. Die Verdrängenden werden bis dahin die Arbeiter, kleinen Häuser usw. bleiben. Der Vorstoß gab noch die Einwohnerzahl bekannt. Derselbe betrug am 30. September 1920 6089, am 30. September 1921 6124. Hierauf beschloß der Gemeinderat noch, die Gemeinderatswahlen am 27. November vorzunehmen und die Wählerlisten am 26. November zu schließen. Das Auslegen der Wählerlisten wird noch bekanntgegeben. Hierauf folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Pannsdorf. Jugendweisse und Freizeiter sind Begriffe, die auf manchen „Gottesdiener“ wie das rote Tuch auf den Stier wirken. Der hiesige Pastor Kriska scheint auch darunter zu leiden. Kürzlich hat er zu seinen Konfirmanden erzählt, bei der letzten Jugendweisse im Palmengarten sei „logar getanz“ worden und die Freizeiter seien „böse Menschen“. Es scheint diesem „göttlichen Herrn“ also doch nicht so gleichgültig zu sein, daß die Anmeldungen zur Jugendweisse und die Teilnahme am Vorbereitungsunterricht so zahlreich sind, sonst würde er darüber kein Wort verschweigen.

Allen Eltern ist das Zuhören einer solchen Unterrichtsstunde (Freitags 3-4 Uhr in der Schule) nur zu empfehlen, manche Mutter wird hierbei Gelegenheit zu einem Urteil über die „bösen Freizeiter“ bekommen.

Pannsdorf. Der Druckfehlerheiser hat uns in der Notiz über die Einrichtung eines Kinderspielfaules im Alten Gasthof einen bösen Streich gespielt. Er hat aus einer etwa 10 Jahre alten Person eine verwichene gemacht.

Tauscha. Die Stadtverordnetenwahlen finden am 11. Dezember statt. Wahlvorschläge sind spätestens bis zum 15. November beim Wahlvorsteher einzureichen.

Zwenkau. Die Stadtverordnetenwahl findet Sonntag, den 27. November, statt. Die Wählerlisten liegen vom 13. bis 20. November 1921 und zwar an den Sonntagen von vormittags 8 Uhr bis mittags 12 Uhr und an den Werktagen von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 6 Uhr im Rathaus - Polizeiwache - öffentlich aus. Einsprüche gegen die Wählerlisten können nur bis 20. November im Rathaus, Zimmer 4, schriftlich oder zu Protokoll eingereicht werden. Den Einsprüchen sind Beweismittel beizufügen. Als solche gelten Wohnungsbescheinigung, Geburtschein u. a. Da in den meisten Fällen sofort Entscheidung getroffen werden kann, empfiehlt es sich, die Einsprüche persönlich anzubringen. Es verjährt darum niemand, sich zu überzeugen, ob sein Name in der Wählerliste eingetragen ist, und wenn nicht, nach obiger Weisung zu verfahren.

Gerichtssaal.

Wegen Raubes ist am 7. Dezember v. J. vom Schwurgericht Leipzig der Metzger Alfred Wolf zu zehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrenverlust verurteilt worden. Er hat mit mehreren andern Mittätern in der Nacht zum 3. Mai 1919 einen Raubüberfall auf den Müller H. in Altenhain ausgeführt, indem er bewaffnet in das Haus des H. einbrang und ihm Sachen mit Gewalt wegnahm. Einen zweiten Raubüberfall der gleichen Art führte er gegen den Müller H. in Spergau aus. Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Wolf Revision eingelegt, diese wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Berksamungskalender.

- Donnerstag, den 3. November: Wählerversammlung, Neuer Gasthof, Gohlis 7 Uhr. Frauenvorstellung, Völsnitz-Ehrenberg, Große Eiche 1/8 Uhr. Metallarbeiter (Textilbranche), Volkshaus 7 Uhr. Konsumverein, Goldne Krone, Connewitz 7 Uhr. Proletarische Freizeiter, Kaffeegarten, Connewitz. Fußballvereinsverein, Schönefeld, Spielerschule 8 Uhr. Freitag, den 4. November: Wählerversammlung, Gathof Thonberg 1/8 Uhr. USPD, Wahren, Birkenhölzchen 1/8 Uhr. Metallarbeiter, Volkshaus 7 Uhr. Völsnauer aller Branchen, Volkshaus 1/8 Uhr. Freireligiöse Gemeinde Welt, Bürgergarten 1/8 Uhr. Freireligiöse Gemeinde Nord 1/8 Uhr. Proletarische Freizeiter, Frauen, Mehrer-Bereinshaus 1/8 Uhr. Verband der Lungenerkrankten usw., Volkshaus 7 Uhr. Tagesordnungen usw. in vorausgenannten Anzeigen ersichtlich.

Sportkartell.

Turnerisch-Sportliche Bühnenschau.

Der für Sonntag, den 6. November im Neuen Theater angelegte Wettbewerb für Turnen und Sport erfolgt im nächsten Monat, so daß sämtliche Parteien ihren Antrag hierauf abgeben können. Die hiesige Veranstaltung einem noch größeren Ausmaß zu erheben, hat der Vorstand der Turner und Sportler eine Entscheidung beschloßen. Diese findet am Mittwoch, den 16. November (Samstag), vormittags 10 Uhr, in der Oberhalle des Völsnauer Arbeitshauses, statt.

Die Gruppe: Probe der Preisbewerbung zum Bühnenschauturnen am 12. November im Gasthof am Ende in Leipzig findet am Sonntag, den 5. November, abends 7 Uhr, in der Schwimmhalle in Leipzig statt. Ausleitende Sitzung der Preisbewerbung. Programm: Freieren, der 11. November, abends 8 Uhr. Bühnenschauturnen; jeder fünftägig zur Bühne. Programme müssen schriftlich abgereicht werden. Als Preis wird für die Abgabe der Bühnenschauturnen bestimmt ein Betrag von 5000 Mark, der bei der Preisverteilung auf die Teilnehmer verteilt wird.

4. Preis, 1. Preis, 2. Preis, 3. Preis, 4. Preis, 5. Preis, 6. Preis, 7. Preis, 8. Preis, 9. Preis, 10. Preis, 11. Preis, 12. Preis, 13. Preis, 14. Preis, 15. Preis, 16. Preis, 17. Preis, 18. Preis, 19. Preis, 20. Preis, 21. Preis, 22. Preis, 23. Preis, 24. Preis, 25. Preis, 26. Preis, 27. Preis, 28. Preis, 29. Preis, 30. Preis, 31. Preis, 32. Preis, 33. Preis, 34. Preis, 35. Preis, 36. Preis, 37. Preis, 38. Preis, 39. Preis, 40. Preis, 41. Preis, 42. Preis, 43. Preis, 44. Preis, 45. Preis, 46. Preis, 47. Preis, 48. Preis, 49. Preis, 50. Preis, 51. Preis, 52. Preis, 53. Preis, 54. Preis, 55. Preis, 56. Preis, 57. Preis, 58. Preis, 59. Preis, 60. Preis, 61. Preis, 62. Preis, 63. Preis, 64. Preis, 65. Preis, 66. Preis, 67. Preis, 68. Preis, 69. Preis, 70. Preis, 71. Preis, 72. Preis, 73. Preis, 74. Preis, 75. Preis, 76. Preis, 77. Preis, 78. Preis, 79. Preis, 80. Preis, 81. Preis, 82. Preis, 83. Preis, 84. Preis, 85. Preis, 86. Preis, 87. Preis, 88. Preis, 89. Preis, 90. Preis, 91. Preis, 92. Preis, 93. Preis, 94. Preis, 95. Preis, 96. Preis, 97. Preis, 98. Preis, 99. Preis, 100. Preis.

Die Gruppe: Probe der Preisbewerbung zum Bühnenschauturnen am 12. November im Gasthof am Ende in Leipzig findet am Sonntag, den 5. November, abends 7 Uhr, in der Schwimmhalle in Leipzig statt. Ausleitende Sitzung der Preisbewerbung. Programm: Freieren, der 11. November, abends 8 Uhr. Bühnenschauturnen; jeder fünftägig zur Bühne. Programme müssen schriftlich abgereicht werden. Als Preis wird für die Abgabe der Bühnenschauturnen bestimmt ein Betrag von 5000 Mark, der bei der Preisverteilung auf die Teilnehmer verteilt wird.

Die Gruppe: Probe der Preisbewerbung zum Bühnenschauturnen am 12. November im Gasthof am Ende in Leipzig findet am Sonntag, den 5. November, abends 7 Uhr, in der Schwimmhalle in Leipzig statt. Ausleitende Sitzung der Preisbewerbung. Programm: Freieren, der 11. November, abends 8 Uhr. Bühnenschauturnen; jeder fünftägig zur Bühne. Programme müssen schriftlich abgereicht werden. Als Preis wird für die Abgabe der Bühnenschauturnen bestimmt ein Betrag von 5000 Mark, der bei der Preisverteilung auf die Teilnehmer verteilt wird.

Die Gruppe: Probe der Preisbewerbung zum Bühnenschauturnen am 12. November im Gasthof am Ende in Leipzig findet am Sonntag, den 5. November, abends 7 Uhr, in der Schwimmhalle in Leipzig statt. Ausleitende Sitzung der Preisbewerbung. Programm: Freieren, der 11. November, abends 8 Uhr. Bühnenschauturnen; jeder fünftägig zur Bühne. Programme müssen schriftlich abgereicht werden. Als Preis wird für die Abgabe der Bühnenschauturnen bestimmt ein Betrag von 5000 Mark, der bei der Preisverteilung auf die Teilnehmer verteilt wird.

Die Gruppe: Probe der Preisbewerbung zum Bühnenschauturnen am 12. November im Gasthof am Ende in Leipzig findet am Sonntag, den 5. November, abends 7 Uhr, in der Schwimmhalle in Leipzig statt. Ausleitende Sitzung der Preisbewerbung. Programm: Freieren, der 11. November, abends 8 Uhr. Bühnenschauturnen; jeder fünftägig zur Bühne. Programme müssen schriftlich abgereicht werden. Als Preis wird für die Abgabe der Bühnenschauturnen bestimmt ein Betrag von 5000 Mark, der bei der Preisverteilung auf die Teilnehmer verteilt wird.

Naturfreunde. Am 8. November: Wanderung durch die Gartenhäuser; Treffen 8 Uhr an der Endstation 1 in Wahren. - Parkstraßen: Sonntag, 8. November, Wanderung: Wahren - Baumgarten - Großschönberg. Mittwoch, 9. November, Vortrag: Was uns Mutter Natur erzählt. Wenige Leute.

Turn-Vereine. Achtung! Arbeiter-Turn- und Sport-Bund Bezirk Leipzig.

Für die am 6. November im Neuen Theater stattfindende Veranstaltung sind keine Programme mehr vorhanden, dieselben waren in den ersten Tagen der Herausgabe vollständig vergriffen. Um allen Wünschen gerecht zu werden, findet am

Mittwoch, dem 16. November (Bußtag) in der Oberhalle des Kristall-Palastes mit demselben Programm nochmals eine Turnerisch-Sportliche Bühnenschau

Einmal 1/10 Uhr. Nach. Beginn Punkt 1/11 Uhr. Programm am 5. Nov. findet am Montag im Arbeiter-Turnverlag, Fichtestraße 36, bei Turna, Weder, Rankhäder Steinweg 29, und in allen Turn- und Fußball-Vereinen zu haben. Freunde und Gönner der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung sind herzlich eingeladen. Der Bezirksvorstand.

Turnverein L.-Hofortstadt. Sonnabend, 5. November, großes Herbstfest verbunden mit turnerischen Darbietungen und Ball im Etablissement Albertgarten, 2. Anker. Einmal 1/10 Uhr. Auf 6 Uhr. Programme im Vorverkauf 2.00 Mk., an der Kasse 2.40 Mk. inkl. Kartensteuer. Es ladet freundlich ein. Turnrat und Vorstand.

Turnerbund Liebertwolkwitz. Sonnabend, 5. Novbr., altes Herbarfest. Programm: Freieren, der 11. November, abends 8 Uhr. Bühnenschauturnen; jeder fünftägig zur Bühne. Programme müssen schriftlich abgereicht werden. Als Preis wird für die Abgabe der Bühnenschauturnen bestimmt ein Betrag von 5000 Mark, der bei der Preisverteilung auf die Teilnehmer verteilt wird.



„Frühzeit“.

Ein Proletar-Autobiographie.

Von Oscar Maria Graf.

Nachdruck verboten.

12]

Auf der Suche. Eine illustrierte Zeitung brachte acht Aphorismen und be- zahlte fünf Mark. Ich war wie betrunken. Hoffnungen flogen auf. Pläne wurden wild. Ich schrieb sofort eine Anzahl Gedankensplitter, Aphorismen, Gedichte, und schickte sie an alle mög- lichen Redaktionen. Nichts wurde genommen. Geld und Eisen gingen zu Ende. Alles wurde spärlich. Die Verbindung mit zu Hause war abgerissen, Theres erklärte offene Feindschaft. Ich schrieb, schrieb. Ich muß etwas auf Lager haben, dachte ich, wenn die Redaktionen um weitere Entlohnungen bitten. Auowahl, Stoff!

Nächte hindurch schrieb ich. Unruhige Tage voll von Ver- zweiflung und Hunger. Und voll von Verlassenheit. Ich schrieb. Allmählich kam die Angst. Eine ungeheure Fremde liegt auf. Was tun? Sobald ich Lehres traf, fing das Gemitter an: „Du bist doch ein junger, gesunder Mensch! Arbeiten müssen wir alle!“ Ich ging allein, keinen Menschen kannte ich, keine Wirtschaft besuchte ich. Scheu durchstreifte ich die Warenhäuser, die Wäulzen, Ausstellungen, sah auf Anlagengänge und wartete auf einen Menschen. Aber niemand sprach mit mir. Also arbeiten. Und wieder ging ich nach Hause und schrieb. Unmögliche Aussätze häuften sich, Skizzen, Betrachtungen. Dann schrieb ich Briefe an namhafte Schriftsteller, jammerte. Manglwirbel, Tee, Brot!

Aber man muß ja leben und aushalten, dachte ich. Ich las Tolstoi und alle die Bücher, die mir Anna heimlich nachgeschickt hatte. Der Magen knurrte. Ich deklamirte laut im Zimmer und ging auf und ab. Arbeiten! Arbeiten! Unter mir war eine große Buchbinderei. Arbeiten! Ja, was denn? Was denn? Etwas Bücher? Das ging auf keinen Fall. Ich hatte noch nicht einmal die Gelehrtenprüfung gemacht, mußte also als Lehr- ling zu eintreten. Nein, das ging nicht. Jeden Tag gingen die Buchbinder aus dem lurrenden Haus, lachten und waren guter Dinge. Sie waren geborgen. Sie hat- ten was gelernt, verdienten Geld! Was tun! Was tun!

Wenn ich wenigstens einen Menschen fände, der mich irgend- wie in die Hand nehmen wollte! Neben mir wohnte ein Buchbinder. Er kam jeden Abend vom Geschäft nach Hause, kochte sich Kakao, trällerte ein Lied und ging hie und da wieder weg. Ich stellte es so an, daß ich mit ihm ins Gespräch kam. Ich klopfte bei ihm und erbat mir die Zeitung. Er öffnete, grüßte und lächelte mich freundlich an: „Oh, bitte!“ „Man möchte doch wissen, was es für Neuigkeiten gibt.“ sagte ich ganz gewandt, daß ich mich selber über mich wunderte. „Ja, ja, für Sie als Schriftsteller ist so was doch unbedingt notwendig“, redete der Mann weiter. Er suchte die Zeitungs- blätter zusammen und sagte wieder, als er sie mir reichte: „Es ist zwar lauter Schwundel, was da drinnen steht, aber man muß eben zwischen den Zeilen lesen können.“

„Ja, ja, Schwundel ist genug auf der Welt“, sagte ich mechanisch. Der Buchbinder griff nach einer Broschüre, die auf seinem Tisch lag und hielt sie mir hin. Es war Tolstois „Eskaverer un- serer Zeit“. Er fuhr fort: „Sehen Sie, der sagt die Wahrheit, darum wird er von der Welt als ein Wahnsinniger angesehen. Aber die, die nichts haben, wissen, daß er recht hat.“ Ich wurde rot. Das war irgendein bekannter Ton, irgend- etwas Verwandtes. Ich kannte das Blicklein und lächelte instin- tiv, daß der andre mich gern noch länger ins Gespräch ziehen wollte. Zugleich padte mich Neugier und Interesse. „Ja“, sagte ich auf einmal viel leichter und mit einem Anflug von Wärme, „wer glaubt aber an Tolstoi heute. Ein paar Leute und die können doch nichts machen gegen eine ganze Welt.“

Der Buchbinder sah mich vielsagend an: „Es müssen aber mehr werden, und wenn nur ein paar Menschen anfangen und vertreten diese Grundzüge und bringen es andern bei, was da drinnen steht, dann werden es viele, und wir haben die Verden- dung der Welt.“ Das verstand ich nicht. Dumm stand ich da, fragte verlegen: „Gibt es denn hier solche Menschen?“ „Gewiß!“, sagte der Buchbinder etwas gedämpft, „wir sind schon ziemlich viele hier. Auch die Syndikalisten sind bei uns. Wollen Sie nicht einmal mitkommen? Es wird Sie sicher inter- essieren.“ Ich war vollkommen dumm. Dann fragte ich: „Wie heißt man denn diesen Verein?“ Der Buchbinder lächelte wieder: „Das ist kein Verein. Das sind Anarchisten. Wir kommen alle freitags im Restaurant Glodenbach zusammen. Es ist da ein Diskussionsabend. Wald wird wieder eine größere öffentliche Versammlung sein. Wir wollen mit den Sozialdemokraten abrechnen. Das sind nur Bremser und Bureautanten, die die ganzen Arbeiter verdammen.“ Als er sah, daß ich staunend und dumm da stand, ging er wieder zum Tisch und nahm aus der Schublade eine zweite Bro- schüre, die er mir reichte. Da ist eigentlich alles drinnen, was wir wollen. Lesen Sie doch die Sache mal durch und wenn Sie dann Lust haben, dann kommen Sie doch am Freitag abends mit.“ sagte er dann und verabschiedete sich von mir. Ich ging in mein Zimmer zurück und las Landauers „Aufzug zum Sozialismus“. Das war die Bro- schüre, die mir der Buchbinder zugestekt hatte. Auf der letzten Seite standen die „Zwölf Artikel des Sozialistischen Bundes“, und darunter war ein blauer Stempel: Gruppe „Tat“, München. Aber da stand doch nichts von Anarchisten. Anarchisten, dachte ich und erinnerte mich undeutlich an Luccheni, den Mörder der Kaiserin Elisabeth von Oesterreich, an Bombenattentate und furchtbare Verbrecherverbindungen. Ich malte mir im Geiste schon einen dunklen, verborgenen Keller aus, sah vermurmelte Gestalten, die um das Schicksal dieses oder jenes Rüstlers wülfelten. Eine ungewohnte Spannung erfaßte mich, eine Neugier, die sich nicht einschleifen. Das mußte ich sehen. Sehr früh am andern Tage stand ich auf, ging auf die Straße und suchte das Restaurant „Glodenbach“. Während des Dahingehens er- standen schaurige Bilder in meiner Vorstellung: Bombenteller, verwegene Gestalten, Geheimtüren. Das war etwas Neues, etwas Unerhörtes. Das mußte man sehen haben. Los! Los! Ich war ganz heiß. Mit wahrer Eollwut suchte ich. Verflucht, wo war denn dieser verurteilte „Glodenbach“? Ich schritt einen Bach entlang. Die Sonne fiel schimmernd auf die gekrümmten Wellen. Draußen war eine kleine Anhöhe. Eine Friedhofsmauer zog sich lang hin. Ich sah rings- um. Nichts war zu sehen von einem Restaurant „Glodenbach“. Ein Schuhmann kam gemächlich des Weges. Ich ging auf ihn zu, nahm schüchtern meinen Hut ab und fragte harmlos: „Bittschön können Sie mir vielleicht sagen, wo hier die Anarchisten zusamen- kommen?“

„Wie?“ sagte der, die „Kriisten“? „Nein, die Anarchisten.“ sagte ich. Das Gesicht des Schuhmanns verwiderte sich, wurde steinern, unsmäßig. Er maß mich scharf, sagte schroff: „Kommen Sie mal mit!“

So, da hatte ich nun die Saugel. Das Herz fiel mir in die Hosen. Beinahe hätte ich aufgeweint. Ich wurde zur Wache ge- führt. Es roch in der Wachtube sehr nach Tabak. Etlliche Schul- leute sahen leger an einem Tisch, wandten sich phlegmatisch um, also wie elviraten und einer sagte zu meinem Polizisten: „Was ist denn mit dem?“ Der Befragte stoppelte ihm was ins Ohr und ging wieder fort. Ich stand verschüchtert da. „Kommen Sie mal her“, sagte der Wachtabende, „sehen Sie sich da hin.“ Hierauf nahm er einen Schreibblock aus der Tisch- schublade und begann zu fragen: „Wie heißen Sie?“ Ich ant- wortete. Wann ich geboren wäre, woher ich sei, was mein Vater sei und was ich für einen Beruf hätte. Ich gab Antwort auf Antwort und sah mich schon im tiefsten Kerker. Der Mann lächelte alles auf. Als er mit dem Fragen zu Ende war, sah er mich scharf an, drehte sich breit zu mir her, stülzte seine Arme in die Hüften und begann mich zu befehlen. „Wie sind Sie denn zu den Leuten ge- kommen?“ fragte er dazwischen wieder. Ich erzählte ihm alles, begann schon zu wimmern. Als er mich so hilflos sah, wurde sein Gesicht milder. Er klopfte mir sogar auf die Schulter, was mich ungemein sympathisch berührte. „Junger Mann“, sagte er, „Sie sind noch jung. Schauen Sie sich um eine anständige Stelle und halten Sie sich von dem licht- schenen Gesindel fern. Da kommen Sie nur ins Gefängnis. Das sind lauter Leute, die nichts arbeiten wollen und von allerhand unlaunteren Geschäften leben.“ Ich hatte ihm von meiner Schwester Theres erzählt, und daß ich einen furchtbaren großen Bruder zu Hause hätte und davongefahren wäre und nun nicht wüßte, was ich tun sollte. Er schrieb mir die Adresse des nächsten Arbeits- amtes aus und rief mir, dort hinzugehen, da bekäme ich sicher eine kleine Bureaufstelle oder sonst einen Posten usw. „So“, lächelte er dann, „geht diesen Sie wieder gehen. Werken Sie sich das, was ich Ihnen gesagt habe, und lassen Sie die Finger von solchen Scaaden.“

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Conan Doyle als Geistesheiler.

Der Autor des „Sherlock Holmes“ ist, wie man weiß, seitdem er im Krieg einen Sohn verloren hat, unter die Anhänger des Spiritismus gegangen. Er hat unlängst eine Reise durch Austral- ien gemacht und dabei spiritistische Vorträge gehalten; seine Ergebnisse legt er jetzt in Buchform vor. Wer indes erwartet, daß Conan Doyles Eindrücke aus dem zukunftsreichen Land den wesentlichen Bestandteil dieses Werkes ausmachen, wird sich eben- so sehr getäuscht finden, wie derjenige, der annimmt, daß der geistige Vater des Meisterdetektivs werde wenigstens bei der Schilderung und bei der Begründung der transzendentalen Wunder, die er er- lebt hat, und die das Buch füllten, einen Teil jenes Scharf- und Spürsinns ausweisen, den er für seinen Helben in so reichem Maß zur Verfügung hatte. Conan Doyle hat demgegenüber, was ihm als überflüssig erscheint, das Fragen und selbst das Wissen ab- geschworen und sich völlig dem Glauben verschrieben. So hält er, um ein Beispiel anzuführen, eine Vortagung mit Lichtbildern; plötzlich zeichnel sich auf dem weißen Schirm der ver- wischte Umriß einer Person ab, die Conan Doyle „von über- irdischem Licht umflossen“ erscheint. Der Operateur verflücht ihm auf seine Fragen, daß er an den Lichtbildern nicht die geringste Manipulation vorgenommen habe, und der Frager gibt sich damit zufrieden. Stehe da, ein Wunder! Ein andermal kann der Er- zähler Schlaf seines Aufenthalts in einem Hotel in Sidney keinen Schlaf finden; auf einmal nimmt er einen durchdringenden Aethergeruch wahr, die Augen fallen ihm zu, und er schläft ein. Nach etwaigen natürlichen Ursachen des Geruchs zu forschen, daran denkt er nicht. Es kann nichts anderes, als ein göttiger Geist gewesen sein, der aus der jenseitigen Welt gekommen ist, ihn Ruhe finden zu lassen. Von solchen Zeichen und Wundern reißt sich in dem Buch eines an das andere, von dem Heiligenschein an, oder vielmehr der „leuchtenden Aureole“, die das Haupt Conan Doyles auf einer Photographie umgibt, die er hat herstellen lassen, einer Erleuchtung, die weniger wunderläubige Gemüter darauf zurück- führen würden, daß etwas Licht in die Kamera gedrungen sein mag, bis zu dem Wunderhund und den Weibern, die Conan Doyle auf Neuseeland findet, wohin ihn die Mirakel begleiten. Der Hund kann nach der Aussage seines Herrn nicht nur zählen, wie das auch andere seines Geschlechts schon in europäischen Zirkussen vorgeführt haben, sondern er kann auch durch sein Willen die Ge- lsbunne angeben, die jemand in der Tasche hat. Bei Conan Doyle stimmt es zwar nicht — vielleicht überstieg die Zahl seiner Pfund- noten diejenige, bis zu der Fido zählen gelernt hatte — aber sein Glaube wird dadurch nicht erschüttert. Er vertraut auch der Heil- seherin, die organische Erkrankungen im Inneren des Körpers er- kennen kann, und die ihm versichert, ihn begleite der Geist des großen Naturforschers und Vorkämpfers des Spiritismus, Alfred Russel Wallace, und er ist aufs tiefste ergriffen, als eine andere ihm den Namen seiner Mutter zu sagen weiß, denn bald danach erzählt er seiner Mutter Tod, allerdings nicht durch die Geister, sondern durch einen ganz gewöhnlichen Brief. Doch genug! Das Angeführte genügt, um zu erkennen, daß dieses neue Werk Conan Doyles nicht so unterhaltend ist, wie seine früheren und daß es nicht einmal den Spiritisten Freude machen wird.

Vieder-Abend des ABZ im Kaufhausaal. Winterreise von Franz Schubert. Nicht so schnell wird man diesen Wiederabend ver- gessen können, da uns die Künstler, Herr Dr. Wolfgang Rosenthal (Gesang) und Herr Günther Ramin (Klavier), zum tiefstnsten Alterleben emporgereifen vermochten. Herr Dr. Rosenthal gehört zu den Konzertsängern, die nicht auf Pathos hinarbeiten. Er geht in dem Melodienreichtum auf und bringt den Zuhörer dadurch in eine innerliche Stimmung, die ein Vertiefen ermöglicht. So lauschten sie alle am Sonntag, hingerissen und beglückt und konnten alle die Schicksalschläge in der Winterreise mitfühlen! Innig durchfühlt lang der Künstler den Lindenbaum, Gestörnte Tränen, Der große Kopf, Freilicht usw., und mit edler Freude besetzt die munteren Vieder Die Post, Mut usw. Auch Herrn Günther Ramins Be- stimmung war ein herrlicher Erfolg.

1. Einheits-Sinfonie-Konzert (Philharmonisches Orchester unter Leitung von Herrn Otto Bidam). Dem größten Oratorium- Komponisten (Fr. Händel), dem Reformator der Oper (W. Gluck), wie dem Begründer der Harmonielehre (P. Rameau) war das Programm gewidmet. Gegen diese Programmzusammenstellung ist nichts einzuwenden, doch verlangen derartige Werke unbedingt viele Proben. Herrn Bidam soll durchaus kein Vorwurf gemacht werden, aber eines müssen wir von ihm verlangen: Wenn er vom Philharmonischen Orchester nicht genügend Proben bekommen kann, möge er die Hände von diesen Werken lassen. Am den alten Weistern hilflich gerecht zu werden, genügt es nicht, die Noten richtig zu spielen, sondern sie verlangen einen festen Aufbau, also sehr viel Studium. Auf alle Werke möchte ich nicht ein- gehen, nur im Concerto grosso von Händel tat mir das Herz weh, als ich das tiefschmelzende Largo ohne jegliches Mitempfin- den anhören mußte, so spielt man die alten Meister wahrlich nicht! In den drei Ballettskizzen fehlte der naive Esprit. Am besten

war noch die Ouvertüre zur Oper „Iphigene in Aulis“ von Gluck, Herr Hans Beder (Tenor), der für Herrn W. Eschner einge- sprungen war, sang die beiden Rezitativs und Arien zu voller Zufriedenheit.

Zweites Gewandhauskonzert. Zur Erinnerung des 25. Todes- tages von Anton Bruckner wurde seine 8. Sinfonie aufgeführt. Dieses Werk entstand 1885 und wurde nach einer Ueberarbeitung 1890 vollendet. Bruckner, der in seinen Werken Keuschheit, Natur und Religion vereinigt, verleugnet sich auch in diesem Werke nicht. Schon im ersten Allegro moderato-Satz führt er ein typisches Hauptmotiv durch. Das Scherzo ist echt fernig und im Trio erscheint eine träumerische Hornmelodie, die von Harfen- tönen begleitet wird. Einen der schönsten Sätze bildet das Adagio. Innige Gemütsruhe und Andacht durchfließt den ganzen Satz und von ergreifender Wirkung ist der Lobgesang der Tuben. Das Finale ist titanisch aufgebaut und Bruckner hat seine Themen darin kontrapunktlich wie in freier Phantasie meister- haft bearbeitet. Das Gewandhausorchester unter Leitung von Dr. A. Nitsch zeigte eine Virtuosität von höchstem Glanz. Nitsch dirigierte das Werk einfach genial. Herr Günther Ramin er- öffnete das Konzert mit der G-Dur-Organ-Phantasia von J. Seb. Bach. Ramin gehört zu den Organisten, die neben farbenreicher Registrierung auch mit tiefem Mit-Erleben ihr Kunst ausüben. Zu wünschen wäre, daß er uns auch öfter moderne Organwerke zu Gehör brächte.

Konzerte. Der letzte Beethoven-Blasin-Sonaten- Abend von Katharina und Otto Wödel war ein musikalischer Er- eignis. In den zwei Sonaten G-Dur, Op. 16 und A-Dur, Op. 47 (Kreuzer-Sonate) war jeder Satz sein abgeleitet, musikalisch wie innerlich durchlebt. Ueberhaupt hört man selten bei einer Dame solch kräftigen Strich und so energisches Spiel wie bei Frau Wödel-Wödel. Wie sie die Variationen aus der Kreuzer-Sonate spielte — läßt sich mit Worten gar nicht ausdrücken, ebensowenig das Presto. Schade ist es nur, daß Berantaltungen, in denen so wahre, hohe Kunst geboten wird, so schlecht besucht werden. Ein gutes Zeichen für die bürgerliche Gesellschaft ist das gerade nicht. — Unter ein- heimischer Opern-Bariton Herr Ernst Pajonny brachte für seinen Balladen-Abend auch sein Publikum mit. Dadurch war der Erfolg schon von vornherein gesichert und die vorgelegenen Blumen- arrangements konnten mit Begründung über ihren Preis ge- schüttet werden. Wir sind über Herrn Pajonny als Balladenfänger- ander Meinung. Als Opernsänger ist er ausgezeichnet, doch für einen Balladenfänger genügt nicht allein die Stimme, vielmehr muß auch inneres Erleben dabei sein. Keuschliche Dramatik und Effekthaserei allein genügen nicht. Edwische Balladen zu singen! Mit der Auffassung der Schlussstrophe aus Robert Schumanns Die beiden Grenadiere konnte man absolut nicht einverstanden sein. Frau Almi Pajonny begleitete mit viel Liebe, doch nicht ganz genug.

In Deutschen Buchgewerbehäusern sind gegenwärtig drei Ausstellungen zu sehen, die aus den Beständen der Techni- schen Sammlungen des Deutschen Buchgewerbeeruns stammen. Es handelt sich um die Technik der Notensetzerei (Notensatz und Notensatz), die Holzschneidekunst (Langholz und Holzstich) und um die vielseitigen Techniken der Griffelkünste (Stich, Kable- rung, Schabkunst usw.). Besonders die letztere Ausstellung dürfte weitaus die interessanteste und die kunstvollste, interessanter; denn es sind noch niemals die außerordentlich vielfältigen Verbe- ränge der Griffelkünste in so anschaulicher Form ausgestellt worden, als wie hier in den Deutschen Buchgewerbehäusern der Fall ist. Die Werdegänge sind nicht nur in Abbildungen zur Darstellung ge- langt, sondern das gesamte dazu gehörige Plattenmaterial ist ebenfalls mit ausgelegt. Auf vorherige Meldung hin werden seitens der Leitung der Technischen Sammlungen gern eingehende Erläuterungen und Erklärungen durch die Abteilungen gegeben. Das Deutsche Buchgewerbehaus ist geöffnet von vormittags 10 Uhr ununterbrochen bis nachmittags 4 Uhr; Sonntags von 11 bis 1 Uhr. Der Eintritt ist völlig kostenlos.

Expedition zur Bekämpfung der Schlafkrankheit. Die Vor- bereitungen, die die Gesellschaft zur Bekämpfung der Tropenkrank- heiten in England für eine Expedition zur Erforschung der Schlaf- krankheit trifft, nähern sich ihrer Beendigung, so daß man in baldige Ausreise der Expedition erwartet. Sie besteht aus drei Ärzten und zwei Therapeuten, diese sollen sich mit der Behandlung der von der Krankheit befallenen Tiere beschäftigen. Das ganze Unternehmen soll nämlich zunächst auf die Erforschung der Ver- handlungsarten der Krankheit ausgehen und das Problem der An- fangung und der Krankheitsursachen zurückstellen. Für diesen ersten Schritt ihrer Tätigkeit hat die Expedition schon zweieinhalb Jahre in Aussicht genommen. Die Untersuchungen sollen in drei verschiedenen Zentren der Suche mit Genehmigung und Unter- stützung der betreffenden Regierungen vorgenommen werden. Man erwartet die Ausarbeitung eines allgemeinen Systems der Schlafkrankheiten, der alle in der Gefährzone befindlichen oder sie betreffenden Personen unterworfen werden sollen. Die Expedition will zuerst in Uganda arbeiten und von da nach dem Kongogebiet gehen, wo ihr die belgische Regierung jede Unterstützung in Aus- sicht gestellt hat. Von da aus sollen die Untersuchungen auf Rhodesien und den Sudan ausgedehnt werden, wo eine heftige Epidemie wüthet. In Westafrika ist man bereits in ähnlicher Weise vorgegangen.

Eingelaufene Schriften.

Walter Hoffmann: Ludwig Richter als Maler. 200 51 Bildern in Kupferdruck. Verlag von Dietrich Reimer (Ernst Hofen) u. G. Berlin. Preis kart. 25 M., geb. 35 M. Lena Siein Schneider: Drei Lieber für Gelang und Piano. Nr. 1 Erwartung. Preis 3 M. Nr. 2 Du schlanke Birke. Preis 2.50 M. Nr. 3 Ich trage meine Liebe. Preis 2 M. Musikverlag Ricordi & Co., Leipzig, Breitkopfstr. 24. Toni Kellen: Russische Tragödien. Sonderheft der Zeit- schrift „Zeiten und Wälder“. Frankische Verlagsbuchhandlung, Stuttgart. Preis 4.20 M. Schuldirektor W. H. Pöhl: Jesus und wir. Ein kritischer Wort zur kirchlichen Dogmatik und ein Mahnruf zur Erneuerung des religiösen Lebens. Verlag von C. Heinrich in Dresden-A. Dr. Eugen Fischer: Plaidoyer vor einem Gerichtshof rechtlicher Menschen in Sachen der Kriegsgeld. Deutsche Ver- lagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W. 8. Unter den Linden 17/18. Preis 6 M. Die internationale kommunistische Werbe- wache vom 3. bis 10. November 1921. (Zugführten der Kom- munistischen Internationale 8.) Verlag Karl Hoop Nachf., Louis Cahnlien, Hamburg 8. Preis 30 Hg. Bei der Kasse des zweiten Parteitages der KPD. Abgehalten vom 22. bis 28. August 1921 in Tena. Frankes Ver- lag, G. m. b. H., Leipzig-Berlin. Gerhart E. C. B. Weirag zur Geschichte und Soziologie des Ruhrkampfes vom März-April 1920. Verlagsbuchhand- lung G. D. Baedeker, Wien a. Ruhr Preis 16 M. Klemmings Generalarten. Nr. 34. Freistadt Sachlen. Maßstab 1:300 000. Verlag Karl Flemming & C. T. Wistott u. G. Berlin W. 50. Preis 10 M.



# Organisierte Konterrevolution in Sachsen.

Am 2. November gab im sächsischen Landtage der Minister des Innern Lipinski vor Eintritt in die Tagesordnung folgende Erklärung ab:

Nach der Ermordung des Abgeordneten Erzberger erhielt der Minister des Innern Kenntnis von dem Bestehen einer Geheimorganisation in: Sachsen. Die im Verein mit zwei ausgewählten Beamten des Justizministeriums vorgenommenen Ermittlungen führten zu dem Ergebnis, daß in Bautzen Major Schneider Leiter einer Selbstschußorganisation für Ostschlesien ist, der Selbstschuß in zwei Polizeistädten eingesetzt war und Oberleutnant Broch der Landespolizei Führer eines solchen Polizeistädtes war. Die militärische Organisation ist eine glatte Fortsetzung der im Jahre 1920 von der „Dragsch“ und dem „Bürgerbunde“ in Dresden aufgestellten Selbstschußorganisation. Eine Reihe militärischer Leiter jener Organisation sind auch Leiter dieses Selbstschußes Ostschlesien. Oberleutnant Broch mußte seinen Dienst bei der Landespolizei quittieren.

Die Hausdurchsuchung in Bautzen förderte Material zutage, das auf die Spuren der Organisation der „Brüder vom Stein“ führte. Es ist festgestellt worden, daß am 6. Juli 1921 im Hotel Haupte in Leipzig die Aufführungsverammlung der Dragsch stattfand und die gleiche Versammlung die Gründung der Organisation der Brüder vom Stein vornahm. Die gesamte Organisation der vom Reichspräsidenten verbotenen Organisation Escherich in Sachsen ging auf die „Brüder vom Stein“ über, ihr Geschäftsmaterial, die Personen, die Geldquellen sind die gleichen wie bei der „Dragsch“. Nach einer Anordnung des Justizrats Escherich ist schon vor der Auflösung der Organisation Escherich Anweisung gegeben worden, die Organisation unter Verwendung des Namens fortzuführen. Der Verein wurde in Leipzig beim Amtsgericht in das Vereinsregister eingetragen. Das Polizeiamt hat die Eintragung nicht beanstandet.

Es ist weiter festgestellt worden, daß die „Brüder vom Stein“ Waffenlager in Sachsen angeammelt haben. Jüngst wurde in Dresden der Fortbildungsschullehrer Ebersbach, Leiter der Organisation „Dragsch“ und „Brüder vom Stein“ in Chemnitz, verhaftet, weil er 135 „Pistolen“ mit gefälschtem Bestellschein angeblich für Jagdscheinhaber in Dresden erworben hatte und sie in Sachsen vertreiben wollte. Die Gewehre wurden beschlagnahmt, Ebersbach verhaftet. Ein zweites Waffenlager hatte Ebersbach in Gundersdorf bei Frankenberg angelegt. Es wurden über 600 Infanteriegewehre und 4 Maschinengewehre am 27. Oktober beschlagnahmt.

Geldgeber der Dragsch und der Brüder vom Stein sind die Finanzaußschüsse der sächsischen Industrie, die als Mitglieder der Bürgerbünde bezeichnen.

Die Liga zum Schutze deutscher Kultur, Verein für Volkserziehung und ähnliche politische Organisationen arbeiten mit der Organisation der Brüder vom Stein Hand in Hand und erhalten ihre Mittel ebenfalls von den Finanzaußschüssen der sächsischen Industrie.

Die Gelder der Brüder vom Stein sind in Leipzig und Dresden in Höhe von ca. 700 000 Mark beschlagnahmt worden.

Hausdurchsuchungen in Leipzig ergaben weiter, daß die in München aufgestellte Nationalarmee „Brigade Ehrhardt“ auch in Sachsen eine Abteilung unterhält. Es ist festgestellt worden, daß die ganze Brigade Ehrhardt sich über Deutschland erstreckt, die Provinzen mit Namen bezeichnet sind und in Sachsen den Buchstaben M führt. Die Organisation gliedert sich in eine geheime Kampforganisation und eine Feme. Die Geheimorganisation für Sachsen ist im Klubgebäude der sächsischen Verbindung Saxonia in Leipzig, Elsterstraße, nach einer Zusammenkunft mit mehreren Mitgliedern sächsischer Verbindungen als „Leipziger Waffenverein“ gegründet worden. Seit Ende 1920 ist es der Verein „Organisation C.“. Diese Organisation ist identisch mit der in Baden aufgedeckten Geheimorganisation O. C. Zweck der Organisation ist, im Falle eines Unstimmigkeit die Massen niederzuhalten und die Einziehung einer nationalen Regierung herbeizuführen.

Die Feme hat den Zweck, Verbrechen, die diesen Bestrebungen entgegenstehen, zu bestrafen, unter Umständen durch Bestrafungen entgegenstehen, zu bestrafen, unter Umständen zu ermorden. Mit dieser Organisation hängt zusammen die „Kittlerstraße 106“, eine Jungorganisation in Leipzig. Aus den bisherigen Erörterungen ist festgestellt, daß der Kaufmann Krebs und der Sohn des Hofrats Seffner, Student Seffner, Leiter dieser Organisation waren, daß eine ständige Verbindung mit der Organisation in München aufrechterhalten worden ist und daß auch der im Nordprozeß Erzberger genannte Killinger und Heinrich Tilleßen mit Leipzig Verbindung gehabt haben und daß der Bruder von Tilleßen, Karl Tilleßen, der scheinbar Hörer an der Technischen Staatslehranstalt (Gewerbeakademie) in Chemnitz war, der Verbindungsorgan der Organisation C gewesen ist. Krebs und der Leiter Wegelein sind in den Minakleierlagen dieses Jahres mit Killinger und Tilleßen in Breslau gewesen. Anfang Mai dieses Jahres ist Kapitän Ehrhardt in Leipzig gewesen, in seiner Begleitung war Karl Tilleßen aus Chemnitz. Er mit Ehrhardt trafen mit einem gewissen Gladowski, Oberingenieur der Firma Krupp in Essen, in Leipzig zusammen. Als Legitimation dienten neue rote Zweimarkscheine, die auf dem ovalen Mittelbilde einen roten Stempel mit dem Winklerstich aufgedruckt erhielten.

Aus dem gefundenen Material ergibt sich, daß die Organisation die Befestigung der Weimarer Verfassung erstrebt, Russische herbeizuführen sucht und Versammlungen von Versammlungen zu lösen versucht, und Störungen in nationalitätlichen Versammlungen durch gewaltsames Aufstehen zu unterbrechen versucht. Ein solcher Vorgang spielte sich in jüngst bei der Goltzversammlung in Leipzig ab, wo eine geschlossene Gruppe junger Leute auf Zwischenrufer einging und ihnen Pfeifer ins Gesicht streute. Von Leipzig aus ist auch der Versuch gemacht worden, die inhaftierten Rappisten Volke und Dittmar zu befreien.

Die weiteren Erörterungen in Leipzig ergaben, daß der Sportverein „Silbernes Schild“ die Fortsetzung der aufgelösten militärischen Organisation der Zeitfreiwilligen darstellt. Dieser Sportverein, der dem Minister des Innern vom Polizeiamt in Leipzig als harmlos bezeichnet war, hat nach dem Ergebnis der Untersuchungen eine militärische Leitung, die sich in Wanderabteilungen gliedert. Der Leiter des Vereins stellt sich mit dem Bataillonsleiter der Zeitfreiwilligen; die Leiter der Wanderabteilungen decken sich mit den Kompanieführern der Zeitfreiwilligen-Bataillone und die Gruppenführer mit den Zugführern der Zeitfreiwilligen-Kompanien. Die Leitung selbst hat die Mitglieder im allgemeinen über den militärischen Charakter der Organisation im unklaren gelassen. Die Leitung hat den Verein geschlossen der „Dragsch“ angegliedert und wurde am 21. September der Beschluß gefaßt, den Sportverein der Organisation der „Brüder vom Stein“ geschlossen anzuschließen. Der Beschluß ist aber nicht ausgeführt worden, weil inzwischen der strafrechtliche Eingriff in die Organisation erfolgte. Beim Märzputsch und bei der Reichsausschuss sind die Vereinsmitglieder alarmiert worden und der Hauptmann Wille der Landespolizei, der zugleich Gruppenführer im Verein war, hat Mitglieder des Vereins zum Waffentransport herangezogen. Er ist von der Landespolizei ausgeschlichen.

Der Sportverein hat ein Jahr lang keine Mitgliedsbeiträge erhoben, obgleich er dem Geschäftsführer monatlich 2000 Mk. Gehalt zahlte. Diese Summen bezog er aus den Beständen der

Stiftungen für die Zeitfreiwilligen, die wiederum vom „Bürgerbunde“ in Leipzig beschafft worden sind. Geldgeber des Leipziger Bürgerbundes ist der Finanzaußschuß Leipziger Industrieller. Seit diesem Jahre wird erst ein Mitgliedsbeitrag erhoben, der bis zu 10 Mk. pro Jahr betragen soll, der aber nicht ausreicht, um die Einrichtungen der Geschäftsstelle zu unterhalten, so daß andre Geldgeber unterstützen müssen.

Die erlangten Mitgliederlisten und das andre gewonnene Material lassen erkennen, daß Brigade Ehrhardt, Organisation Escherich als „Brüder vom Stein“ zusammenarbeiten und daß eine geschlossene Organisation der Konterrevolution in Sachsen besteht.

Das Polizeiamt Leipzig ist angewiesen, die Auflösung der Vereine herbeizuführen. Sobald die Untersuchungen abgeschlossen sind, wird die Verhaftung der Beteiligten herbeigeführt werden.

## Der Selbstschuß in Ostschlesien und die Dragsch.

Zu dieser allgemeinen Erklärung sind wir in der Lage, erläuterndes Einzelmaterial in folgendem zu veröffentlichen.

Nach dem Rapp-Putsch wurde in Dresden die Organisation Escherich festgestellt, sie hatte einen vollständigen militärischen Aufbau und auch einen Mobilisationsplan aufgestellt. Zweifellos, um die Reichswehr im Falle einer Revolution von rechts zu unterstützen. Der Minister des Innern hatte eine Untersuchung eingeleitet und die Akten an die Staatsanwaltschaft abgegeben. Die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren gegen den Leiter des Bürgerbundes in Dresden, Dr. Gronau, ein. Die Beschwerde des Ministers des Innern wurde von der Staatsanwaltschaft durch Beschluß vom 12. Juli 1921 durch Staatsanwalt Stelzner verworfen. In der Begründung wurde ausgeführt, daß das Bewußtsein einer strafbaren Handlung nicht vorliege, weil die Beteiligten geglaubt haben, die Reichswehr zu unterstützen und daß diese ihr Vorgehen als schuldig billigen werde; daß die Maßnahmen nur vorbereitende Handlung seien; daß nur der Bedarf an Waffen, nicht aber der Bestand an solchen zu melden war und endlich, daß die Organisation Escherich nicht gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 verstöße.

In der neueren Untersuchung gegen den Major a. D. Schneider und Genossen in Bautzen wurde der Bestand einer Selbstschußorganisation Ostschlesien festgestellt. Diese Organisation hatte zwei Polizeistädte aufgestellt. Der Leiter eines dieser Städt war der Oberleutnant Broch der Landespolizei in Dresden, der deshalb seinen Abschied nehmen mußte. Der militärische Aufbau war fast der gleiche, wie der des Bürgerbundes vom Jahre 1920. Die Spuren der Untersuchung führten nach Dresden, und die Ermittlungen in Dresden ergaben, daß der Selbstschuß ausging in der Organisation der „Brüder vom Stein“. Die Feststellungen ergaben, daß die Organisation der „Brüder vom Stein“ die gerabe Fortsetzung der Dragsch in Sachsen und Sachsen-Mittelelbe ist.

Das erklärt die überraschende Bereitwilligkeit, mit der die Dragsch dem Auflösungsverlangen der Regierung nachkam, nachdem noch Anfang Juni 1921 Escherich selbst erklärt hatte, er lasse sich keine Organisation auf seinen Fall zerstören.

Für die Leiter der Bewegung war die von der Regierung geforderte Auflösung nichts als eine Umstellung auf die durch das Entente-Ultimatum geschaffene Lage. Eine Information der Oberleitung der Dragsch an alle Provinzen vom 8. Juni 1921 besagt, daß, obwohl eine offizielle Auflösung nicht zu vermeiden sein werde, die Arbeit, wie sie bisher geleistet worden sei, unter keinen Umständen aufgegeben werde. Für die Führer galt es demnach nur, die juristische Formulierung zu finden, um die Bekanntmachung vom 21. Juni 1921 betreffs der Auflösung der Dragsch zu umgehen. Diese Ansicht wurde auch in einem Schreiben des Pressescheffs der Dragsch in Leipzig, Dr. Uxhausen, an Major Kistemann vom 17. Juni 1921 zum Ausdruck gebracht. Es besagt: „Mit der Auflösung und Umstellung der Dragsch kann nun wohl als mit einer Lastfalle gerechnet werden. Jede bisherige Landesleistung wird sich also in einen entsprechenden Verein umstellen, wir also in den sächsischen und Sachsen-Mittelelbe Landesvereine, wobei ein besonderer Name noch gefunden wird.“

Am 6. Juli 1921 fand im Hotel Haupte in Leipzig die Auflösungsverammlung der Dragsch statt, und in derselben Versammlung wurde die Organisation der Brüder vom Stein gegründet. Leiter wurden die bisherigen Landesleiter der Dragsch, Geheimrat Dr. Wildhagen und Rechtsanwalt Dr. Daltz in Leipzig. Es wurde bestimmt, daß die bisherigen Kreis- und Bezirksleiter der Dragsch vorläufig die Stellen der Vorsitzenden der Kreis- und Bezirksleiter der „Brüder vom Stein“ übernehmen sollten. Ohne weiteres ist das Vermögen der Dragsch auf diese neue Organisation übergegangen. Den Vorsitzenden der Kreis- und Bezirksleitung stehen zum Anfang des neuen Vereins die ehemaligen Geschäftsführer auf drei Monate bis zum 30. September 1921 zur Verfügung. Der Gesamtbestand der Dragsch war am 15. Juli 1921 745 207,88 Mk. Am 21. Juli 1921 sind die Brüder vom Stein in das Vereinsregister eingetragen worden, ohne daß die Polizeibehörde irgendwelchen Einspruch dagegen erhoben hat oder auch nur in eine Erörterung darüber eingetreten ist.

Dem Sinne nach sind die statutarischen Bestimmungen der Dragsch auch in das Statut der Brüder vom Stein übergegangen. § 2 der Vereinsstatuten besagt unter Ziffer 5: „Auch fordert die Bundespflicht, den Mitbrüder in Not und Gefahr zu schützen und ihm zu helfen.“ Daß der Verein unter dem Geschäftswinkel militärischer Bestrebungen nur konterrevolutionäre Zwecke verfolgt, geht daraus hervor, daß er eine genaue Aufstellung über sämtliche in Leipzig zugelassene Kraftfahrzeuge fertigt, aber die Fahrzeuge der Konsumvereine und ähnlicher Organisationen, die nicht auf deutschnationalem Boden stehen, nicht aufgenommen hat.

## Die Brüder vom Stein.

Die Fortsetzung der verbotenen Organisation Escherich und ihre Weiterleitung in die Organisation der Brüder vom Stein.

Daß die „Brüder vom Stein“ eine Fortsetzung der Dragsch ist, geht aus folgendem hervor:

Durch die Bekanntmachung der Reichsregierung vom 24. 6. 21 (RGBl. S. 759) und die Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. 6. 21 (RGBl. S. 711) ist die Organisation Escherich aufgelöst worden. Diese besteht jedoch in Sachsen unter dem Namen „Brüder vom Stein“ weiter, was aus folgenden Tatsachen hervorgeht:

Die Geschäftsführer der „Brüder vom Stein“ sind fast überall dieselben wie die der Dragsch.

Die Geschäftsräume der „Brüder vom Stein“ sind fast überall dieselben wie die der Dragsch.

Die Schriftstücke der „Brüder vom Stein“ befinden sich unter denen der Dragsch.

Die Geschäftsführer der „Brüder vom Stein“ erhalten ihren Gehalt aus den vorhandenen Mitteln der Dragsch.

Der postliche Nachrichtendienst der „Brüder vom Stein“ ist derselbe wie der der Dragsch.

Die Gliederung des Vereins „Brüder vom Stein“ ist dieselbe wie die der Dragsch. (Kreise wie die Kreishauptmannschaften, Bezirke wie die Amtshauptmannschaften).

In den Geschäftsräumen der „Brüder vom Stein“ befindet sich das Material der Dragsch, insbesondere deren Mitglieder-

listen, die auch zur Werbung von Mitgliedern für den Verein „Brüder vom Stein“ verwendet werden.

In den Schriftstücken der „Brüder vom Stein“ wird von einem „Umschichten“ der Dragsch in den Verein „Brüder vom Stein“ gesprochen. In einem Schreiben der „Brüder vom Stein“ heißt es mit Bezug auf diese: „Unter dem neuen Namen“.

Die Gelder der Dragsch werden für die „Brüder vom Stein“ verwendet.

In der Gründungsversammlung der „Brüder vom Stein“ vom 6. Juli 1921 in Leipzig wurde ausdrücklich erklärt, daß die Gelder der Dragsch ohne weiteres auf die „Brüder vom Stein“ übergehen.

In dem Schreiben der „Brüder vom Stein“, Bezirk Ostschlesien in Dresden, vom 22. 8. 21 heißt es, daß die Reichsleiter der Dragsch an die Vereinskanzlei der „Brüder vom Stein“ (d. i. Leipzig) abzuliefern sind, und zwar durch Ueberweisung an das Bankgeschäft Meyer u. Co., Leipzig, Konto Krug.

In dem Schreiben der „Brüder vom Stein“, Kreis Ostschlesien, Dresden, vom 18. 8. 21 heißt es: „Es ist selbstverständlich, daß auch die „Brüder vom Stein“ den Gedanken der Notwehr von der Organisation Escherich übernommen haben.“

Hieraus geht hervor, daß die „Brüder vom Stein“ ebenso wie die Dragsch eine Selbstschußorganisation ist. Die Dragsch wurde aber deswegen auf Grund des § 1 des Gesetzes zur Durchführung der Artikel 177—178 des Friedensvertrages vom 22. 3. 21 in Verfolg der Annahme des Ultimatums der alliierten Regierungen vom 5. Mai 1921 auf Drängen der letzteren aufgelöst.

Auch gegen die Verordnung des Reichspräsidenten über das Verbot militärischer Verbände vom 24. Mai 1921 (RGBl. S. 711) verstößen die „Brüder vom Stein“.

Bei dem Major a. D. Schneider in Bautzen, Geschäftsführer des Bezirkes Bautzen der „Brüder vom Stein“, wurde folgendes Schreiben vorgelesen:

„Dresden, den 25. 8. 21.

Es wird ersucht, bis zum 15. 9. 21 darüber zu berichten (Karte 1 : 100 000 mit eingeschriebenen Zahlen), wieviel Leute aus den Orten beiderseits der Bahn Dresden—Görlitz in einer Breite von je 10 Kilometern zum Bahndamm zur Verfügung stehen.

Die Wichtigkeit des Schutzes der Bahn macht es nötig, dieser Aufgabe besondere Sorgfalt zu widmen und die jetzt verfügbaren Zahlen nach Möglichkeit zu vergrößern.“

Dieses Schreiben ist von dem Hauptmann a. D. Krieger, stellvertretender Geschäftsführer des Kreises Ostschlesien der „Brüder vom Stein“ in Dresden, signiert.

Ferner werden in dem Schreiben des Geschäftsführers Helfer des Kreises Ostschlesien der „Brüder vom Stein“ vom 25. 8. 21 Anordnungen zum Schutze der schlesisch-polnischen Grenze getroffen.

Weiter hat der genannte Hauptmann a. D. Krieger einen Plan für die Selbstschußformation in Ostschlesien für den Kreis Ostschlesien der „Brüder vom Stein“ aufgestellt und verhandelt.

In dem Schreiben des Geschäftsführers Helfer des Kreises Ostschlesien, Dresden, vom 25. 8. 21 an den Bezirkschef Schill des Bezirkes Freiberg i. Sa. heißt es: „Hauptmann Krieger hatte schriftlich von dem Bezirk um Ramsaufschutze derjenigen Herren gebeten, die bereit sind, erneut nach O. S. (s. gemeint Ostschlesien) zu gehen, sei es zur Abstellung Jagdforster, sei es zur Rekonstruktion zweier Polizeistädte, mit deren Aufstellung wir beauftragt sind.“

Die ungeheuren Kosten, die der Verein „Brüder vom Stein“ verschlingt — ein Geschäftsführer des Bezirkes erhält 1200 Mk. Gehalt, 300 Mk. Dienstaufwandsentschädigung und 300 Mk. Verheiratenzulage; der Geschäftsführer der Kreise erhalten bedeutend mehr; dabei wurden die Einkünfte vom 1. Oktober 1921 ab bedeutend erhöht — werden von der Industrie und Landwirtschaft aufgebracht. Die Geldsummen werden auf die Konten „Krug“ und „Institut für Heimatkunde“ beim Bankgeschäft Meyer u. Co. Leipzig, Thomaskirchhof, eingezahlt.

## Der Verein in Pirna.

Ueber den wirklichen Charakter der „Brüder vom Stein“ gibt folgender Bericht über eine Sitzung desselben in Pirna Auskunft. Daburch wird gleichzeitig bestätigt, was in dem übrigen Material noch unbesetzt geblieben ist.

Der Bericht lautet in seinen wesentlichen Teilen:

Am 19. Oktober 1921, 10 Uhr vormittags, fand in Pirna im Hotel „Zum schwarzen Adler“ eine Versammlung der Brüder vom Stein statt. Nach erfolgter Auflösung der Dragsch war es die erste Zusammenkunft der Mitglieder der früheren Dragsch, jetzt genannt „Brüder vom Stein“, Bezirk Pirna. Anwesend waren 30 Personen, davon 24 Landwirte aus der Umgebung von Pirna und Königsstein.

Der Vorstand besteht aus folgenden Personen:

- 1. Vorsitzender: Sanitätsrat Dr. Hud, Albersstraße 5.
- 2. Vorsitzender: Fabrik-Direktor E. Profeld, Kaiser-Wilhelm-Straße 23.

Schriftführer: Ober-Baurat A. Seifert, Wasserbauamt.  
Beistitzer: Gutsbesitzer Schiersand, Falkenhain.  
Geschäftsführer: Schubert, (M. Sch. 24) Friedrichswalde.

Ferner besteht noch ein Bezirksfinanzaußschuß Pirna dessen Schatzmeister ist Fabrikbesitzer (Stahmer) Heinrich Witte, Kaiser-Wilhelm-Straße 8, ferner gehören dazu Ober-Baurat Seifert, ein gewisser Krenz aus Pirna und ein Landwirt, dessen Name unverständlich war.

Das Geschäftszimmer der Brüder vom Stein befindet sich in Pirna, Hotel „Zum schwarzen Adler“, Zimmer 24.

Sanitätsrat Hud, der die Versammlung leitete, meinte, er sei zwar schon über 70 Jahre alt, doch gebe ihm der Gedanke, das deutsche Volk aus den Händen der Roten zu befreien, neuen Mut. Er wolle das in ihm gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen versuchen.

Man wolle hier keine Politik treiben, sondern für den Selbstschuß arbeiten. Es ginge nicht an, daß die rot verheerete Arbeiterschaft sich an dem Eigentum anderer vergreife. 100 000 Beamte haben wir jetzt zu füttern und die Roten schlüßten sich ganz wohl an der Futtergrube. Hinzu kämen noch die Post- und Eisenbahnbeamten, die auch weiß rot wären. Ein zweites Mitteldeutschland dürfe nicht wieder kommen, dies zu verhindern, sei der Zweck der Organisation.

Hierauf sprach Schubert, der Geschäftsführer des Bundes. Er führte aus, daß das letzte Vierteljahr ruhig verlaufen sei. Größere Zusammenkünfte hätten, weil man bisher nicht klar sehen konnte, wie sich die Verhältnisse entwickeln würden, nicht stattgefunden. Die Organisation Escherich ist am 27. Juni 1921 auf Befehl der Entente durch die Reichsregierung verboten worden, infolgedessen sei die Auflösung der Organisation und auch seine Umbildung als Geschäftsführer für den 30. September 1921 erfolgt. Bei seinen weiteren Arbeiten habe er müssen besonders vorsichtig sein, weil sonst das Zuthun für ihn offen gäranthen habe. In keiner Person hätte die rote Presse ein besonderes Interesse, das zeitigen die Veröffentlichungen von Schriftstücken von ihm in der unabhängigen und kommunikativen Presse. Ob diese durch Indiskretion oder Nachlässigkeit von Mitgliedern in diese Hände gelangt sind, wolle er nicht untersuchen. Daß die Dragsch weiter lebt, haben ja die Roten täglich an keiner Person gesehen. So sei ja nicht unbekannt, daß er auch für die deutschnationalen arbeite. Der Obergenosse Lipinski könne verbieten, was er wolle, für ihn zähle das nichts, keine politische Meinung könne er ihm nicht verbieten. Er arbeite im deutschnationalen Sinne weiter.



In nächster Zeit bekomme er ein Motorrad, dann könne er die Ortschaften besser besuchen und die Landwirte im Verein mit dem Major Köhler ausführen. Dieser Herr war mit an und wurde den Leuten als der Geschäftsführer der Deutschen Nationalen Volkspartei in Pirna vorgestellt.

Die rote Herrschaft sei nun bald vorbei, das jetzige Berlin ganz deutlich die Arbeiterhaftigkeit wird. Unser Krebschaden sei der 8-Stundenarbeit. Die Faulheit der roten Arbeiter sei geradezu grenzenlos. Das Kennwerk habe als erstes die 56-Stundenwoche wieder eingeführt. Nach den Anrufen habe man von 6000 Arbeitern nur 2000 wieder eingestellt und diese habe man sich aus der Masse ausgesucht. Bei den nächsten Streiks werden andere Werke diesem Beispiele folgen; denn nur durch Hunger sei die verheerende Arbeiterhaftigkeit zu bekehren.

Im Kreise Dresden der Orgel sei eine Misshandlung zu Hause gewesen. Dies habe er immer richtig erkannt und trotz mehrfacher Aufforderung habe er keine Gelder nach Dresden abgeführt. In Dresden sei sehr viel Geld verbraucht worden; im ganzen beträgt die in kurzer Zeit verbrauchte Summe 100 000 Mark. In Leipzig habe er festgestellt, daß man von Dresden aus einen Rittmeister (von Arschwitz) auf Rittergut Oberschlottwitz gegen einen Monatsgehalt von 2100 Mark angestellt habe, weil der Herr angeblich in einer bedrängten Lage gelebt habe. So habe dieser Herr über 14 000 Mark Geld bekommen, ohne daß er einmal im Besitze Pirna gesehen worden wäre. Solche Wirkhaft habe er nie mitgemacht, deshalb sei er auch von Dresden aus immer stark angefeindet worden. Aber der ganze Stab mit Dr. G r o n a u an der Spitze, habe müssen verschwinden. Aus dem Bezirk Pirna sei nie Geld nach auswärtig gekommen, alles Geld oder die Belege dafür sind vorhanden. Die Verwaltung des Geldes habe ja nicht er, sondern der Finanzausschuß gehabt, an dessen Spitze Herr Kersch gestanden habe. Bis auf einige kleine Unstimmigkeiten, die durch Herrn Keuter verschuldet wurden, sei alles in Ordnung gewesen. Auch Herrn Keuter habe er müssen von Dresden aus beschäftigen. Das Geld der Landwirtschaft sei eine gute Grundlage gewesen. Nachdem er die Industrie angegangen habe, für die gute Sache Geld flüssig zu machen, sei dies bereitwillig gesehen. Erst kürzlich habe Direktor Witte wieder 25 000 Mark von der Industrie locker gemacht, also Geld sei vorhanden.

Von jetzt an wird ein Mindestmittelsbeitrag von jährlich 8 Mark erhoben. Im Vergleich zum Opfermut der Arbeiterschaft sei dieser Betrag geradezu lächerlich. Die Arbeiter geben jährlich 300—500 Mark für ihre Organisation aus, und demnach müßten 300 Mark aufzubringen, für jeden Landwirt eine Kleinigkeit sein. Im Juli 1921 fand in Leipzig in dem Hotel „Hauße“ eine Auf Lösungssammlung der Orgel und zugleich eine Gründungsversammlung der „Brüder vom Stein“ statt. Die Leitung sei dieselbe geblieben, auch der Geist, nur der Name sei geändert. Landes hauptmann Escherich sei nach wie vor die Spitze und der all ersehnte Leiter der neuen Organisation. In anderen Staaten heiße die Orgel jetzt „Freie Deutschland“ oder ähnlich. Daß die Orga nisation „Brüder vom Stein“ genau wie die Orgel angegriffen werde, sei ja bekannt. In Leipzig habe die Staatsanwaltschaft, in der Hauptgeschäftsstelle und bei verschiedenen Mitgliedern und Angestellten, Hausdurchsuchungen abgehalten. Spittel gebe es eben überall.

In der Diskussion fragte ein Landwirt aus der Umgegend von Königsstein an, ob die „Brüder vom Stein“ eine Geheimorganisation sei, weil Ministerpräsident Bud in Dresden in einer Veramm lung gesagt habe: Er sei von allen Vorgängen in den Geheim orga nisationen unterrichtet. Hierzu erwiderte Schubert: „Bud weiß gar nichts, das sei eine alte Methode, den Gegner durch Geheimnerei zum Reden zu zwingen. Der Bund „Brüder vom Stein“ sei gerichtlich eingetragen und keine Geheimorganisation. Wenn nun nebenbei einige Mitglieder einen Kassenklub, Schützenverein oder selbst etwas gründen, dann sei das Sache für sich. Allerdings würden in solche Vereine nur erprobte Mitglieder aufgenommen. Solche Klubs können allerorts gegründet werden und gingen dem Verein „Brüder vom Stein“ nichts an.

#### Die Waffenlager der Orgel.

Die Polizeibehörde in Dresden beschlagnahmte einen Trans port von 135 Stück Büchsenbüchsen (umgearbeitete Infanterie gewehre). Als Eigentümer wurde der Fortbildungsschullehrer Ebersbach aus Chemnitz ermittelt, der mit einem gefälschten Schein eines Waffenhändlers von einem andern Waffenhändler die Gewehre ohne Bezahlung erworben hatte. Angeblich sollten die Büchsenbüchsen an Jagdschützen, die Ebersbach persönlich be kannt wären, abgegeben werden. Ebersbach wurde verhaftet und die Büchsenbüchsen beschlagnahmt. Die Ermittlungen in Chemnitz führten auf die Spur eines weiteren Waffenlagers, das Ebers bach in Gunersdorf bei Frankenberg angelegt hatte und das ebenfalls beschlagnahmt worden ist.

#### Finanzierung der Orgel.

Aus dem Bericht von Pirna und früheren Ermittlungen in Pirna und Leipzig ergibt sich, daß die im Frühjahr d. J. gegrün deten Finanzausschüsse die Geldgeber der Orgel und „Brüder vom Stein“ sind. Den Finanzausschüssen ist von der vierien Ab teilung des Ministeriums des Innern ohne Kenntnis des Mi nisters die Genehmigung erteilt worden. Geldmittenungen für Wohltätigkeitszwecke vorzunehmen. Angeblich geben die Finanzausschüsse keine Gelder für politische Zwecke. Nach der Verpflich tung des Geschäftsführers des Finanzausschusses in Leipzig sind aber Gelder gezahlt worden an den Leipziger Bürgerausschuß, die Liga zum Schutze deutscher Kultur und den Verein für Volkswirt schaft, Organisationen, die eine absolute politische Tätigkeit ent wickelt haben. Aus den Erörterungen gegen den Verein Sil ber ner Schild geht weiter hervor, daß der Geldgeber dieses Vereins der Leipziger Bürgerausschuß ist, so daß der Leipziger Bürgerausschuß nur als Vermittler für den Finanzausschuß Leipzig zur Finanzierung der Orgel erscheint. Der Finanzausschuß Leipzig ist im gleichen Gebäude mit dem Bürger aus schuß untergebracht. Aus dem Bericht von Pirna geht weiter hervor, daß der Finanzausschuß die „Brüder vom Stein“ finanziert. Es ist weiter festzustellen worden, daß der Finanzausschuß in Pirna den Bürgerlichen Parteien Gelder für die Durchführung der Stadtverordnetenwahl gegeben hat.

#### Verzeichnis der Finanzausschüsse Sachsens.

Abdorf-Marktneutirchen-Delesch: Kaufmann Ernst Paulus, Marktneutirchen, Oberer Markt 65.  
Annaberg: Kaufmann Emil Pähler, Syndikus Dr. Anorre, Markt 9.  
Bauhen: 1. Vorsitzender: Kommerzienrat Busch.  
Chemnitz: 1. Vorsitzender: Stadtrat Fiedler; Geschäftsstelle: Johannisplatz 16, III.  
Dippoldiswalde: 1. Vorsitzender: Gutbesitzer Max Heger, Oberortplatz; Stellvertreter Vorsitzender: Kaufmann Standfuß, am Bahnhof.  
Döbeln: Syndikus Mangel, Arbeitgeberverband, Nieder markt 14.  
Dresden-Meißen: 1. Vorsitzender: Konsul Erich Hartau, Dresden-A., Leubnitzer Straße 17; Geschäftsstelle: Dresden-A., Rinsdstraße 14.  
Fleißa-Frankenbergr: Hans Stephan, Fleißa, Bismarckstr. 30.  
Freiberg-Neßen: 1. Vorsitzender: Kommerzienrat Steche, Freiberg, Turnerstraße.  
Großenhain: Freiherr v. Rosow, Rittergut Strauch, Post Zabelitz, Leiter der Brüder vom Stein.  
Kamenz: 1. Vorsitzender: Kaufmann Oswald Schmidt, Kamenz, Bauher Straße; Stellvertreter Vorsitzender: Ober jörster Schreiber, Brauna bei Kamenz.  
Leipzig: 1. Vorsitzender: Hofrat Arno Keil, Leipzig-Gohlis, Stallbaumstraße 9/10; Geschäftsstelle: Leipzig, Lessingstraße 14, I. (Bürgerbund).

Leipzig-Land: Dr. Peters, Dehsh bei Leipzig, Dorfstraße 8.  
Löbau: 1. Vorsitzender: Alfred Müller.  
Maritzberg: Paul Wittig, Metallwarenfabrikant.  
Osch: Fabrikbesitzer M. Kopp.  
Pirna: 1. Vorsitzender: Fabrikbesitzer Dr. Ing. Zacharias, Kaiser-Wilhelm-Straße 1; Stellvertreter Vorsitzender: Rittergutsbesitzer v. Penz auf Zuckendorf bei Pirna. (Zwischen ver zindert; siehe Bericht Pirna).

Plauen i. Vogt.: 1. Vorsitzender: Oberjustizrat Dr. v. Petri- jomsky, Wilhelmstraße 3; Geschäftsführer: Friedrich Florey, West- straße 43, 1.

Werdau: Geschäftsführer: Richter, Reichenbacher Straße 87.  
Wurgan: Syndikus Dr. Schulz-Thomae, Lange Straße 18.

Zittau: 1. Vorsitzender: Fabrikbesitzer Otto Moras, Schiller- straße 7; Geschäftsstelle: Landwirtschaftslehrer Otto Reiche, Prinzenstraße 42b, 1.

Zwickau: 1. Vorsitzender: Fabrikbesitzer Oswald Badach; Geschäftsstelle: Regierungsplatz 10.

#### Verzeichnis der leitenden Mitglieder des Vereins Brüder vom Stein.

Die halbfertig genannten Namen sind die militärischen Leiter der 1920 in Ostschlesien unter Leitung des Dresdner Bürgerrats, Vor- sitzender Dr. Gronau, festgestellten Selbstschutzes, der strafrechtlich verfolgt, das Verfahren aber von der Staatsanwaltschaft eingestell wurde.

#### Mitenburg (S.-A.).

v. Anderten, Peter, Pohlhof, Kreisleiter. Tel.: 1875.  
Pinke, Pohlhof.  
Müller, Schuldirektor a. D., Koba.

#### Annaberg.

Bretschneider, Armin, Kaufmann, Fleischerplatz 4. Presse.  
Dr. Köhler, Rechtsanwalt, Markt. Tel.: 56. Chef.

#### Kuerbach i. B.

Reich, Chef.  
Streit, Major, Hausstraße 27.

#### Bauhen.

Hogberg, Rittergutsbesitzer, Gropwella b. Bauhen. Chef.  
Thurau, Orgelbaumeister, Wittener Str. 6. Leiter.

#### Berlin.

v. Jork, Berlin W. 30, Am Karlsbad 10. Tel.: Lühow 8106 und 3629.  
Schmidtsdorf, Berlin W., Ausbacher Str. 9, II.

v. Stegmann und Stein, Berlin W. 35, Am Karlsbad 10. Tel.: Lühow 8106 und 3629.

v. Wolf, Berlin-Halensee, Karlsruhe Str. 29. Tel.: Uhland 687d.

#### Borna.

Pippe, Bergdirektor, Stefanstr. 26. Tel.: 79. Finanzausschuß.  
Reiche, Buchdruckerbesitzer, Brühl 9. Tel.: 18.

Schreiber, Kurt, Regierungsbaumeister a. D., Markt 13. Tel.: 6.  
Wächter, Karl, Rechtsanwalt, Weitzstr. 18. Tel.: 188.

v. Woydt, Georg, Altenburger Str. 13 (bei Baumeister Döhler).

#### Burgstädt.

Kurisch, Fabrikbesitzer, Hartmannsdorf b. Limbach, Unterbezirks- Leiter Burgstädt.  
Hentler, Oberleutnant a. D., Braugut Hartmannsdorf bei Lim- bach, Unterbezirks-Leiter Burgstädt.

#### Charlottenburg.

Schneider, Hans, Kaiserdamm 103, II. (Reichshauptmeisterel.)  
Chemnitz.

Bach, Baurat.  
Ebersbach, Oberlehrer, Gutenbergstr. 30. Tel.: Chemnitz 2085.

Gulden, Hans, Stollberger Straße 30.  
Dertel, Oberpostsekretär, Rajenstraße 2, II.

Schuricht, Baumeister, Schopauer Str. 100. Tel.: 1400.  
Spangenberg, Hauptmann a. D.

Dr. Unger, Hohenzollernstr. 22. Tel.: 5265.  
Döbeln.

v. Carlowitz, Gersdorf bei Köhwein. Tel.: Köhwein 207.  
Preisliche, Schillerstr. 3. Tel.: Döbeln 39. Leiter.  
Kohberg, Trebanitz bei Fleißa.

#### Dippoldiswalde.

Krüßne, Obercarisdorf bei Dippoldiswalde. Chef.  
Dr. Binder, Stadtgut.

#### Dresden.

Endam, W., Bergrat, Dresden-A., Joh.-Georgen-Allee 25.  
Frenzel, Lehrer, Dresden-A., Chef.

Frhr. v. Frießen, Kurt, Dresden-A., Tiedstr. 23. Tel.: 17 553 (Korre- spondenzbureau Dato).

Dr. Gronau, Dresden-A., Reichsstraße 24 (Reichsbürgertrat) und Niederlöbnitz, Blumenstraße 12.

Hager, Oberleutnant, Dresden-A., Arndtstraße 15. Leiter.  
Hammer, Dresden-A., 8, Wilschmeinenstr. 14, II.

Hartau, Erich, Konsul, Dresden-A., Leubnitzer Str. 17.  
Heller, Meissen, Klausenweg 10. Tel.: 210 Meissen und Dresden-A.,

Sedanplatz 4, Verlag A. H. Müller. Tel.: 21 174.  
Heint, Dresden-A., Residenzstr. 8. Tel.: 13 888.

Heim, Major a. D., Dresden-A., Nürnberger Str. 9, I. Tel.: 28 562 und Dresden-A., Ferdinandstr. 5, I. Tel.: 21 671 (Nationaler Heimatbund).

Ritzner, Emil, Haus Herrenmühle bei Oberschlottwitz, Bezirk Dresden, Leiter J. b. E.  
Dr. Landeskröner, Dresden-A., Wallenhausstr. 20. Tel.: 14 682.

Pengelott, W., Dresden-Stadt, Chef.  
Maerker, General a. D., Dresden-A., Jägerstr. 14.

Müller, A. R., Verlag, Dresden-A., Sedanplatz 4. Tel.: 16 020. (Sellsch.-Meissen), (Hermann: 14 866 Meiss.).

v. d. Wörle, Oberleutnant a. D., Dresden-A. und Friedewald- Buchh., Mollkestraße, Villa Wärdenhof. Leiter.

Reich, Major, Viehla b. Kamenz. Leiter v. b. E.  
Reinhel, Dresden-A., Nürnberger Platz 3.

Tschammer, Wolf, u. v. Osten, Dresden-A., Kadettenkorps, Leiter.  
Vollert, Dresden-A., Hofbeinsstr. 24.

#### Fleißa.

Hauptmann, Hauptmann a. D., Blau b. Fleißa (I. Ja. Weißsch.).  
Frankenberg.

Effigie, Freiburger Str. 15. Chef.  
Ludwig, Guido, Mühlentstr. 4. Leiter.

#### Freiberg.

Dr. Schück, Chef.  
Zänker, Kandidat, Bund der Landwirte, Reithofgasse 1. Leiter

#### Gera.

Heidberg, Major a. D., Nordhausen, Geiersberg 10.  
Koeppel, Oberst a. D., Moritz-Semmelstr. 20. Tel.: Gera 618.

Ramminger, M. C., Bornauer Str. 5. Tel.: 3474.  
Glauchau.

Knosf, Turmstr. 20, III. (Schanzhaus Bauhütte).  
Großbothen.

v. Abendroth, Rittergut Kößern. Tel.: Großbothen 5.  
Grimma.

Gleisberg jun., Mühlensbesitzer, Großmühle 3. Tel.: Grimma 7.  
Aling, Rektor, Fürstenschule. Tel.: 37.

Hahmann, Hofstadt (Rittergut) b. Grimma. Tel.: Grimma 34.  
Dr. Schwab, Rechtsanwalt, Hennigstr. 12. Tel.: Grimma 311.

Wibb, Martin, Paul-Gerhard-Str. 29.  
Großenhain.

Ebert, Leutnant a. D., Albersstr. 25, pl. Leiter.  
Kosow, Frhr., v. Rittergut Strauch, Chef.

#### Halle a. S.

Kulturliga, Magdeburger Str. 11, I. Tel.: 6693 (Kurt Weber).  
Ruppe, Zintgarienstr. 6. Tel.: 4647.

Stadt und Land (Mitteldeutscher Volksbund a. B.), Presse-Abt., Alte Promenade 5, II. Tel.: 5012.

Wollenhauer (Adresse: Frau Käthe Wollenhauer, Artilleriestr. 5b. Tel.: 4407, Geschäftsstelle Halle, Oberbergamt, Zimmer 2, Fried- richstr. 13. Tel.: 5834, 4647.

#### Kamenz.

Hantsche, Prietich, Chef A.  
Kloß, Walter, Kamenz-Stadt, Chef Stb.  
Reich, Major, Viehla bei Kamenz. Leiter. (Siehe auch unter Dresden.)

#### Leipzig.

Berg, Geschäftsführer Zentralausschuß Arbeitgeber-Verbände, L.- Connewitz, Scheffelstr. 27. Tel.: 8527, 18 034, 14 064.  
Dr. Dalk, Robert-Schumann-Str. 2. Tel.: 6129. Gottschelstr. 27. Tel.: 799.

Dr. Dippe, Geheimrat, Ferdinand-Rhode-Str. 18, II. Tel.: 2924.  
Engler, Architekt, L.-Gohlis, Köhlerstr. 4a. Tel.: 11 076.  
Kurprinzstr. 3, I. Tel.: 6429.

v. Fink, Amtshauptmann, Zöllnerstr. 1. Tel.: 1135.  
Frenkel, Theod., Rabensteinplatz 2, II. Tel.: 9879 und Goldmar 13 839.

Frische (Bund deutscher Pfadfinder), Sedanstr. 18. Tel.: 1472.  
Zoologisches Institut 4634.

Frische, Liebertwollwitz, Bahnhofstr. 7. Tel.: 1.  
Frische, Erich, Meßdorf, L.-Gohlis, Pöhlstr. 12. Tel.: 50 280.  
Bürgerausschuß Tel.: 17 424. Lessingstr. 14. Tel.: 12 145.

Haffmann. Tel.: 14 064 (Berg). 18 054.  
Koll, Hofrat, L. Gohlis, Stallbaumstr. 9-10. Tel.: 50 789, 14 064, 18 054 (Zentralausschuß Arbeitgeberverbände). Finanzausschuß Lessingstr. 14.

Klemm, Christian u. Joseph, Beethovenstr. 14. Tel. 3738. M.  
Lieberth-Leden, Hans, Karl-Taubnitz-Str. 25. Tel.: 15 993. Ge- schäft: 14 068. Landeshaupmeister.

Liga zum Schutze der deutschen Kultur, Landesgruppe Leipzig, Sainstr. 20/21. Tel.: 15 677.

Meiners, Karl, Banddirektor, Gohliser Str. 26. Tel.: 3248.  
Dresdner Bank.

Meyer II, Frh., Rechtsanwalt, Kronprinzstr. 47. Tel.: 31 862.  
Gottschelstr. 27. Tel.: 799.

Meyer u. Co. Bankhaus, Thomaskirchhof 20. Tel.: 2105, 659, 18 563.  
Dr. Meyer, Max (Meyer u. Co.), Robert-Schumann-Str. 9. Tel.: 6933.

Müller, Poststr. L.-Gohlis, Artilleriestr. 6. Tel.: 4746. (Ober- postdirektion. Tel.: 6505).

Wimmer, Neumarktstr. 7, II. Tel.: Reichsversicherungsamt 1548.  
Bruchmann, L.-Gohlis, Kirchplatz 8. Tel.: Landesfinanzamt 1860.

Rachner, H., Marktstr. 3. Tel.: 4-4. 48 779. Tel.: 41 156.  
Rohr, Kriminaloberwachmeister, L.-Connewitz, Stadtr. 30. Zim- mer 122 Postelamt Leipzig.

Schickel, Kurt, L.-Gohlis, Meißnerstr. 3.  
Schmidt, Fernh., Banddirektor Südstr. 69. Tel.: 31 670.

Reiter, L.-Möden, Kirchbergstr. 23. Tel.: Landesfinanzamt 1860.  
Römer, Claus, Ferdinand-Rhode-Str. 14. Tel.: 11 280. M.

Rebel, L.-Lindenau, Demmerstr. 25. Tel.: Liga 15 677.  
Ridhagen, Wch., Justizrat, Ferdinand-Rhode-Str. 34. Tel.: 4830.

Dr. Wunderlich, Robannis, Landgerichtsdirektor, Wettiner Str. 7.  
Landgericht Harzstr. 11. Tel.: 11 734.

Schneiders, Kurt, Dehsh b. Leipzig, Städtelner Str. 10. Gott- schelstr. 11. Tel.: 2804.

Dr. Peters, Kurt, Dehsh, Dorfstr. 10. Tel.: 35 573. Bezirks-Bür- gerat Leipzig-Land.

#### Limbach.

Koner, Schützenstr. 8. Chef.  
Kammfer, Obersekretär, Höhensteiner Str. 68.

Schaarschmidt, Herbert, Bahnhofstr. 8. Leiter.  
Löbau.

v. Hofe, Major, Oberrunnersdorf b. Löbau. Anschrift: Geschäfts- stelle b. Landm. Bez. Verbände Löbau. Bahnhofstr. Leiter.  
Dr. Geisberg, Rittergut Unwürde bei Löbau. Chef

#### Marienberg.

Rasch, Chef.  
Schönherr, Ernst, Postfach 24. Leiter.

#### Meißen.

Schreiber, Gutbesitzer, Meißnisch b. Meissen. Chef.  
Werner, Hauptmann a. D., Löwengasse (Landw. Bezirksverband). Leiter.

#### Mittweida.

Dr. Harter, Oekonomierat, Neudörfchen. Chef.  
Michael, Scheibenstr. 75 (Leipzig 18, Köhlerstr. 8). Leiter.

Ranae, Oberpostsekretär, P.  
Kosher, W., Fabrikbesitzer, Schützenstr. 15. Tel.: 33. Unterbezirks- Leiter Mittweida.

#### Raumburg S.

Jo. J. Hensel, Markt 16. Tel.-Adr.: Becher, Raumburg, Ködner- straße 2a, I. P. L. S. N. Th.

Roser, Hauptmann a. D., Hofstr. 2, I. Anschrift: Major a. D. Moser, Raumburg, Bürgerartenpromenade.

#### Osch.

Fränkel (Firma Kopp und Haberland). Leiter.  
Kochmann, Rud., Postaut. Tel.: 66. Chef.

Dertel, Oberpostsekretär, P.  
Penig.

Reibe, Apotheker, Markt. Unterbezirksleiter Penig.  
Pirna.

Keuter, Hotel Schworzer Adler. Leiter.  
Schubert, Wohnung Friedrichswalde. Chef.

#### Plauen.

Reiser, Fabrikbesitzer, Lindenstr. 2. Chef.  
Reisold, Albertplatz.

Poetschmann, Franz, Postamtstr. 62.  
Rochlitz.

Dr. v. Schröder, Hohe Gasse 193.  
Hartmann, Lothar, Fabrikbesitzer, Bahnhofstr. 666. Unterbezirks- Leiter Rochlitz.

#### Schwarzenberg.

Haenichen, Regierungsrat Schwarzenberg, Amtshauptmannschaft. Chef.

#### Stollberg.

Kreher, Justizrat, Bahnhofstr. 8. Chef.  
Torgau.

Zander, Anschrift Frau Zander, Torgau, Domnickstr. 13. Tel.: 344.

#### Werdau.

Wieser, Paul, Zeppelinstr. 2.  
Richter, W., Katharinenstr. 6. Chef.

#### Witzsburg.

Wastian, Franz-Ludwig-Str. 9, III.  
Zittau.

Road, Hauptmann a. D., Am Park 8. Leiter.  
v. Sanderleben, Rittergut Burkardorf b. Zittau. Chef.

#### Zwickau.

Briz, Major a. D., Lutherstr. 3, II. Tel.: 2320. Ziebig b. Dessau, Am Georgengarten 18. Leiter.  
Dr. Heinrich, Rittmeister a. D., Schulgrabenweg 7.  
Leonhardt, Prokurist i. Ja. Rud. Heinrich, Schulgrabenweg 7. Vertretung.

Kothardt, Schumannstr. 1.  
Leißler, Friedrichstr. 3. Tel.: 500.  
Weiß, Paul, Johannstr. Schumannstr. 7. Tel.: 1046.



# „Sport- und Wanderverein“ Silbernes Schild.

## Eine Fortsetzung der Zeitfreiwilligen-Organisation.

Der Verein „Silbernes Schild“ ist aus dem Bataillon C des Zeitfreiwilligen-Regiments Leipzig hervorgegangen; er beschäftigt sich mit Turnen und Wandern. Allerdings geschieht dies in ganz zwangloser Weise, und nur die wenigsten von den 900 Mitgliedern nehmen daran teil. Den meisten ist an den zahlreichen Vergnügungen, die der Verein veranstaltet, gelegen. Parteipolitik wird nicht getrieben. Der Verein gehörte korporativ der Orgesch an und ist durch Beschluß der Vorstandssitzung vom 21. 9. 21 korporativ den „Brüdern vom Stein“ beigetreten, wovon die meisten Mitglieder aber nichts wissen.

### Gründung, Satzungen, sportliche Betätigung des Vereins.

Der Verein ist Mitte des Jahres 1920 in Leipzig als „Sport- und Wanderverein Silbernes Schild, E. V.“ gegründet und auf seinen Antrag beim Amtsgericht Leipzig, Abt. II, in das Vereinsregister eingetragen worden. Die Satzungen des Vereins sind vom Amtsgericht dem Polizeiamt unter dem 20./22. 9. 20 zur Entscheidung überhandt worden; das Polizeiamt hat nach einer Besichtigung des Vereinsvorsitzenden W. v. Kochow mit Beschluß vom 18. Oktober 1920 die Satzungen ohne Einspruch an das Amtsgericht zurückgegeben.

Im § 2 der Satzungen des Vereins Silbernes Schild ist festgelegt, „durch Abhaltung sportlicher Veranstaltungen, gemeinsame Wanderungen und Zusammenkünfte ein festes Band der Zusammengehörigkeit um seine Mitglieder zu schlingen und bei seinen Angehörigen die Liebe zur Heimat zu vertiefen.“ (Dieser Passus ist im Wortlaut auch in die Satzungen der Wanderabteilung I übergegangen.)

Im Gegensatz zu diesen Statuten hat sich ergeben, daß die Vereinsleitung auf die sportliche Betätigung der Mitglieder innerhalb des Vereins keinen entscheidenden oder doch wenigstens richtunggebenden Einfluß ausübte, daß sie vielmehr die Zeit und den Grad derselben den einzelnen Mitgliedern oder sich zwanglos bildenden kleinen Kreisen derselben überließ und gegen völlige sportliche Passivität großer Mitgliederkreise nichts unternahm. Das erscheint um so merkwürdiger, als die Vereinsleitung in anderen Dingen auf die straffe Handhabung einer zentralisierten Befehlsführung besonderen Wert legte.

### Organisatorische Gliederung und Führer.

Ueber die Gliederung des Vereins belegen die Satzungen in § 3 nur, daß die Organe des Vereins der Vorstand und die Mitgliederversammlung sind. Der Vorstand besteht (nach § 4) aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, dem Kassierer und vier Beisitzern. Von einer Gliederung des Vereins nach Abteilungen ist in den Satzungen des Vereins nichts zu ersehen. Erst in denen der Wanderabteilung I heißt es unter B) Organisation: „Der Wanderverein Silbernes Schild gliedert sich in vier Wanderabteilungen (I—IV), an deren Spitze ein selbständiger Leiter steht. Diese Abteilungen sind in je drei Wanderbezirke (A—C mit Zirkelleitern an der Spitze) eingeteilt, die sich wiederum aus mehreren Wandergruppen unter Obmännern zusammenschließen. Der Gesamtvorstand des Wandervereins S. S. Wanderabteilung I setzt sich zusammen aus:

- dem Abteilungsleiter,
- dem stellv. Abteilungsleiter,
- den drei Leitern der Wanderbezirke A—C und
- deren Stellvertretern,
- dem Kassierer und
- dem 1. und 2. Schriftführer.

Die Befugung der Vorstandsstellen der Wanderabteilung I erfolgt durch Bestimmung seitens des von der Leitung des Wandervereins eingesetzten Abteilungsleiters.

Zu den hier genannten Abteilungen I—IV ist später durch Hebertritt eines Herrn Arndt Thorer mit einer größeren Zahl von Anhängern (das sind die früheren Angehörigen der 6. Komp., Zug I des Zeitfem.-Regts. Leipzig) aus dem Westvorkadetten Sportverein) ehem. Bataillon B, 3. Inf.-Regt.) nach die Abteilung V hinzugekommen. Aus der Mitgliederliste des Vereins ist ersichtlich, daß der Eintritt der Abteilung V tatsächlich erst nach der Gründung des Vereins S. S. erfolgt ist. Diese Feststellung ist darum von gewisser Wichtigkeit, weil die späteren Darlegungen ergeben, daß die einzelnen Abteilungen des Vereins gebildet worden sind aus den entsprechenden Kompanien des Zeitfreiwilligen-Bataillons C.

Nach § 7 der Vereinssatzungen ist jedes Mitglied verpflichtet, den von dem Vorsitzenden und den Leitern der einzelnen Wanderabteilungen abgegebenen Weisungen Folge zu leisten und sich den vom Vorsitzenden oder Leiter einer Wanderabteilung zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Vereinsdisziplin erlassenen Anordnungen zu unterwerfen. Zu der Ausarbeitung solcher, jedem Mitgliede bekanntzugegebenden Richtlinien für Aufrechterhaltung der Vereinsdisziplin wird der Vorstand ermächtigt und beauftragt.

Der § 9 der Satzungen steht unter a und b den Ausschlüssen von Mitgliedern vor, die gegen Vereinssatzungen oder Anordnungen des Vorstandes oder ihrer Abteilungsleiter, sowie gegen den vor genannten § 7 verstoßen. Außerdem heißt es dort:

„Die vom Vorstande in dieser Beziehung getroffenen Maßnahmen bezw. Entscheidungen sind unanfechtbar und insbesondere der Nachprüfung im Rechtsweg entzogen.“

In einem Nachtrage zu den Vereinsstatuten heißt es weiter unter 2:

„Wird die Wahl eines neuen Abteilungsleiters notwendig, so ist der Gesamtvorstand zu benachrichtigen, der ein Mitglied zu dieser Wahl beauftragt.“

Die Wahl des betr. Abteilungsleiters unterliegt der Zustimmung des Gesamtvorstandes.“

Diese Bestimmungen zeigen einen vollkommen zentralisierten Aufbau der Führung des Vereins, die zerfällt in Vorstand (Bataillonführer) mit 4 (5) Abteilungsleitern (Kompanieführer) mit wieder je 3 Zirkelleitern (Zugführer).

Durch ergänzende Bestimmungen der einzelnen Abteilungen ist diese Zentralisation noch unterstrichen worden. So ist nach den Satzungen der Wanderabteilung I unter C/I die Mitgliedschaft von der Genehmigung des Abteilungsleiters sowie des Leiters des zuständigen Zirkels abhängig. Die weiteren Bestimmungen über Mitgliedschaft legen die Vereinsangehörigen in durchaus bindendem Sinne auf die Anerkennung einer straffen und einheitlichen Befehlsführung innerhalb des Vereins fest. Auch die Geschäftsordnung der Abteilung III hat unter „Aufnahme“ (§ 22) detaillierte Bestimmungen, wie sie in einem gewöhnlichen Sportverein nicht üblich sind und die darauf hinweisen, daß sie sich auf die Sicherstellung der Befehlsführung durch Auswahl der Mitglieder nach bestimmten Gesichtspunkten von vornherein beziehen, mithin der Verein durch sie die Voraussetzung des unbedingten Gehorsams seiner Mitglieder zum Zwecke der Erhaltung seiner Existenz ausbedenken will. („Die Aufnahme in den Verein kann nur erfolgen, wenn keine Stimme dagegen ist.“)

### Finanzierung des Vereins.

Darüber besagt § 8 der Satzungen:

„Da die zur Verrichtung der Vereinsausgaben nötigen Mittel von Sportfreunden bindend in Aussicht gestellt worden sind, wird bis auf weiteres ein Mitgliedsbeitrag nicht erhoben. Jedes Mitglied ist jedoch verpflichtet, falls der Verein dies beschließen sollte, zur Deckung der laufenden Ausgaben bis 10 Mark pro Jahr beizusteuern.“

Auch die Satzungen der Abteilung I vom Juni 1920 besagen, daß Mitgliedsbeiträge bis auf weiteres nicht erhoben werden.

Leutnant Wandram, früherer Geschäftsführer des S. S. und zugleich Abteilungsleiter des Bataillons C des Zeitfreiwilligen-Regiments, sagte über die finanzielle Lage des Vereins aus, daß

er sein Gehalt sowie die zur Geschäftsführung nötigen Mittel aus den Beständen des S. S. entnahm. Demnach verfügte der Verein über Vermögenseinkünfte, lange bevor die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen eingeführt wurde.

Es konnte bisher nicht festgestellt werden, wer eigentlich die eingehenden „Sportfreunde“ sind, die in den Satzungen genannt werden. Von ihnen ist innerhalb des Vereins, wie es sonst mit Erhaltern und Spendern getan zu werden pflegt, nicht gesprochen worden. Bestimmtere Hinweise, wie der Verein sich wirtschaftlich erhielt, brachten die Aussagen zweier Personen, wonach dem S. S. bei seiner Gründung Restbestände von Stellungen, die dem früheren Zeitfreiwilligen-Regiment gemacht worden waren — erstlich vom Leipziger Bürgerausschuß —, bei Auflösung des Regiments überwiesen wurden.

Erst im Sommer 1921 ist die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen beschlossen worden — nach einem Vorstandsbeschlusse vom 21. 9. 21 neuerdings ab 1. 10. 21 — und zwar in einer Höhe von 1 Mark pro Monat und Mitgliedsbeitrag. Weitere Mittel für die Geschäftsführung des Vereins sollen aus Veranlassung von Vergütungen gewonnen werden; doch sind diese, soweit sich das übersehen läßt, durchaus nicht so bedeutend, um die laufende Führung des Geschäftsbetriebes mit zu garantieren.

### Politische Einstellung des Vereins.

In den Satzungen des Vereins wird über politische Betätigung gesagt, daß jedes Mitglied bereit sein muß, für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im deutschen Vaterlande unter Anerkennung der Reichsverfassung einzutreten.

Wanderabteilung I. ergänzt dies durch folgende Sätze:

„Ferner betrachtet er es als seine Aufgabe, vorbereitend zu wirken für den zu bildenden Ortsklub im Rahmen der von der sächsischen Landesregierung gegebenen Richtlinien.“

### Verhältnis des Vereins zur Organisation Eherich bzw. „Brüder vom Stein“.

Die vorerwähnte politische Einstellung stellt den Verein S. S. unverkennbar auf den Boden der Organisation Eherich (Brüder vom Stein). Es ist erwiesen, daß der Verein an die Orgesch angeschlossen war und daß er nach dessen Auflösung mit den „Brüdern vom Stein“ in gleichartige Beziehungen getreten ist. Nach den vorgelegten Papieren steht fest, daß der Geschäftsführer von Carlomihl informierende Vorträge über die „Brüder vom Stein“ in einzelnen Abteilungen des S. S. gehalten hat und daß auch Vespörungen leitender Personen vom S. S. mit solchen der „Brüder vom Stein“ haranguierten haben, die schließlich ihr Ergebnis fanden in der Resolution der S. S. vom 21. September 1921, in der nach vorausgegangenem gleichlautendem Beschlusse der einzelnen Abteilungen der korporative Anschluß an die „Brüder vom Stein“ unter Entbindung von allen finanziellen Leistungen beschlossen wurde. Die Absendung des Beschlusses wurde allerdings durch das Eingreifen der Behörden verhindert.

Die „Brüder vom Stein“ haben durch Uebernahme einer der Mitgliederstärke entsprechenden Anzahl von Beitrittsformularen für Einzelmitglieder den Verein S. S. in die Organisation Eherich bzw. „Brüder vom Stein“ aufgenommen, aber doch als Einzelmitglieder in ihrer Organisation zu tunen lassen so, wie es vordem schon bei der Orgesch der Fall gewesen ist.

Die Erörterungen über die Finanzierung und das Verhältnis zum Zeitfreiwilligen-Regiment Leipzig weisen folgende Linie nach:

### Leipziger Bürgerausschuß (Zeitfreiwilligen-Regiment)

Orgesch bzw. Brüder vom Stein (Sportvereine: Silbernes Schild, Kornblume, Westvorkadetten Sportverein, Verein Wanderlust 1920 usw.)

Die Finanzierung als die wirtschaftliche Grundlage und Ermöglichung der Existenz der Organisation (hier Silbernes Schild) gibt auch zugleich den Schlüssel für deren Zweck und Ziele, die hier übereinstimmen mit denen der Orgesch bzw. Brüder vom Stein, deren Identität im Punkte ihrer Zwecke und Gesonheiten mit den Bürgerausschüßbestrebungen im Allgemeinen (hier Leipziger Bürgerausschuß) feststeht.

So betrachtet, sind der Silberne Schild und die anderen aus dem ehemaligen Zeitfreiwilligen-Regiment hervorgegangenen Sportvereine niemals eine selbständige Organisation gewesen, sondern immer nur ein Instrument des Leipziger Bürgerausschusses (b. i. Orgesch/Brüder vom Stein).

### Verhältnis des Vereins zum ehemaligen Zeitfreiwilligen-Regiment Leipzig.

Die persönlichen und finanziellen Zusammenhänge des S. S. sind teilweise schon in den vorhergehenden Abschnitten nachgewiesen.

Nach Aussage des Leutnants Wandram ist der Verein S. S. im Schoße des Zeitfreiwilligen-Regiments entstanden, noch ehe an eine Auflösung des Zeitfreiwilligen-Regiments gedacht werden konnte. Er bestand im Regiment seit etwa November 1919 als ein 10er Zirkel gleichgearteter Angehöriger der Formation. Erst nach Auflösung des Zeitfreiwilligen-Regiments fand die Gründung als mit Statuten versehene und behördlich eingetragene Organisation statt. Anfänglich bestand der Verein entweder nur aus Zeitfreiwilligen, oder solchen Personen, die, zwar zu alt zum aktiven Dienst im Zeitfreiwilligen-Regiment, doch mit dessen Kreisen in enger Fühlung standen.

Daß der Verein S. S. nur die direkte Fortsetzung des Zeitfreiwilligen-Regiments ist, wird auch durch die Angabe des oben schon genannten Herrn Thorer bewiesen, daß die Abteilung V des S. S. (früher im Westvorkadetten Sportverein) zunächst lediglich „aus seinen Leuten des 1. Zuges der 6. Komp. des Zeitfreiwilligen-Regiments“ bestand, aus einem Briele des genannten Herrn vom 18. Juli 1921 an den B. S. S. weisen noch nachstehende Absätze die Identität des Zeitfreiwilligen-Bataillons C. mit dem S. S. (und die anderer Zeitfreiwilligen-Bataillone mit gleichartigen Sportvereinen) nach:

„Bei dem Austritt der heutigen Abt. V. des B. S. S. aus dem Westvorkadetten Sportverein hatte ich, zugleich für meine Leute, die Verpflichtung übernommen, keine weiteren Mitglieder des B. S. S. zum Austritt aus demselben zu veranlassen. Diese Verpflichtung ist selbstverständlich auch eingehalten worden. Dagegen habe ich es durchaus für zulässig gehalten — und tue dies auch heute noch — Leute für den B. S. S. zu werden, die bisher noch keinem derartigen Vereine angehört, ohne Rücksicht auf die Lage ihrer Wohnung. Denn das Prinzip der regionalen Einteilung galt doch wohl nur zur Zeit des Zeitfreiwilligen-Regiments, wurde allerdings auch damals nicht streng eingehalten.“

3. dürfte das „Blagowjerskerstrassenviertel“ infolge der Ereignisse wohl das Verborgene sein, das in erster Linie dem früheren 1. Zug der 6. Komp., der jetzigen 5. Abteilung des B. S. S. zuzieht. Denn der 1. Zug der 6. Komp., dessen ihm zugewiesenes Gebiet das Blagowjerskerstrassenviertel war, ist i. Zt. fast restlos dem B. S. S. beigetreten.“

In einem Schreiben der „Brüder vom Stein“ vom 9. September 1921 wird von „den Vorstehenden der in Leipzig bestehenden v. i. e. r. Turn- und Sportvereine“ gesprochen. Da es in Leipzig eine große Anzahl von Sport- und Turnvereinen gibt, hier aber nur ausdrücklich von denen vier die Rede ist, kann es sich nur um eine ganz bestimmte Kategorie handeln. Es besteht kein Zweifel, daß hier nur die Rede ist von jenen vier Vereinen, in die die vier Bataillone des Zeitfreiwilligen-Regiments nach dessen Auflösung übergegangen sind und von denen einer bestimmt der S. S. ist.

Der Verein S. S. ist die Fortsetzung des Bataillons C. und zwar ist durch Stichproben bei den Berechnungen festgestellt worden, daß die Mitglieder des B. S. S. — soweit sie überhaupt Zeitfreiwillige waren —

- der Abteilung I Angehörige der 9. Komp.
- der Abteilung II Angehörige der 10. Komp.
- der Abteilung III Angehörige der 11. Komp.
- der Abteilung IV Angehörige der 12. Komp.

des ausgefallenen Zeitfreiwilligen-Regiments Leipzig waren. Die Abt. B. S. S. gehörte — wie der angeführte Brief Thorer besagt — ursprünglich zum Bataillon B. (6. Komp., 1. Zug) des Zeitfreiwilligen-Regiments und ist nur infolge persönlicher Differenzen Thorer aus dem Westvorkadetten Sportverein in den B. S. S. übergegangen. Diese Ueberweisung in der Aufstellung der beiden Organisationen zeigt sich auch bei den Führerpersönlichkeiten, wenn auch hier nicht vollkommen lückenlos. Hier einige Beispiele:

Mitglied	Zeitfreiwill. Regiment V. S. S.	Führer	Komp.	Abt.
Mitglied				
Leutnant Wille			10. Komp.	II. Abt.
Leutnant Kaupach			10. Komp.	II. Abt.
Leutnant Gugel		Zugführer	10. Komp.	II. Abt.
Leutnant Lange, Alfred		stellv. Führer	11. Komp.	III. Abt.
Leutnant Köster		Führer	11. Komp.	III. Abt.
Leutnant Krebs, Martin		Führer	12. Komp.	IV. Abt.
Leutnant Wehner			12. Komp.	IV. Abt.

Die Vereinskanzlei S. S. ist zugleich Abwicklungsstelle des Bataillon C. des Zeitfreiwilligen-Regiments. Ferner ist die Fernsprechnummer (35 055) des Bataillons C. später vom S. S. übernommen worden.

### Selbstschußbestrebungen innerhalb des Vereins — Befassung mit militärischen Dingen — Alarmierungen.

Unter den Papieren des Vereins sind Nachweisungen gefunden worden, die unter Verwendung eines Buchstabenkürzels Meldungen über Mitgliederbestand, getrennt nach Waffengattungen, darstellen und die auf eine Anordnung „Bezirksleitung Nr. 24 vom 24. September 1920“ an eine bisher unbekannt gebliebene Stelle in bestimmten Zeitwischenräumen erstattet wurden.

Außerdem wurden zwei Listen vorgefunden, enthaltend Mitglieder von zwei dem S. S. angeschlossenen studentischen Verbindungen mit Angabe der militärischen Waffengattung.

### Gliederung des Vereins nach militärischer Art.

Der Verein ist in Wanderabteilungen identisch mit den Kompanien des Bataillons C. und Wanderzirkel, identisch mit den Zügen dieser Kompanien eingeteilt.

Während des Bestehens des Zeitfreiwilligen-Regiments sind Alarmierungen ohne Anwendung eines Deckbegriffes erfolgt. Aus Anlaß der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 hat eine Alarmierung der Angehörigen des damals schon in der Auflösung befindlichen und als aktives Instrument nicht mehr in Frage kommenden Zeitfreiwilligen-Regiments stattgefunden bzw. war sie nach einem vorliegenden Befehlsentwurf beabsichtigt. Bei dieser Einberufung ist ein Stichwort „Generalversammlung“ zur Verwendung gekommen, das nach dem Wortlaute der Aufforderung nur „Alarm“ bedeuten kann. Dieser Begriff „Generalversammlung“ (also dieses Wort in einer bestimmten übertragenen Bedeutung) findet sich auch in Schriftstücken des Wandervereins S. S. vor. In den Satzungen der Wanderabteilung I heißt es unter 4.)

„Zur Teilnahme an den vom Verein gegebenen Veranstaltungen sind die Mitglieder verpflichtet, ganz besonders gilt dies für die von der Vereinsleitung einberufene „General-Versammlung“.“

In der Abteilung IV. des Vereins sind Formulare folgenden Wortlauts zur Verwendung gekommen:

„Es werden hiermit gebeten, zu der am . . . . . stattfindenden Generalversammlung zu erscheinen.“

### Die National-Armee. G. Ehrhardt.

Nach Auflösung der Marinebrigade Ehrhardt („M. B. E.“) blieben die Angehörigen dieser Formation in losem Zusammenhang, bis April 1921 die Organisation C entstand. C bedeutet Kapitän. Die Satzungen der Organisation sind dieselben wie die der badischen Geheimorganisation, also auch die Neme ist darin enthalten. Die O. C. (Organisation C) ist über ganz Deutschland verbreitet und zerfällt in Bezirke, die die Buchstaben A bis W tragen. Sachsen führt den Buchstaben M.

### Exemplar Nr. 12. Die militärische Organisation.

Zweck: 1. Erhaltung einer zuverlässigen Truppe in Brigadenstärke, die eingesetzt werden kann bei roten Aufständen, bei äußeren politischen Bewidlungen.

2. Teilsaktionen, mit oder ohne Wissen der Regierung, wenn es die nationalen Interessen erfordern.

3. Lokale Stoßtruppe zur sofortigen Verstärkung der Polizei, Reichswehr oder sonstiger Ordnungstruppen.

4. Lokale Stoßtruppe zum Schutze nationaler, zur Sprengung antinationaler Veranstaltungen. Unmöglichmachung eckhafter Theaterstücke, Personen usw.

5. Erhaltung der Wehrfähigkeit und Erziehung der Jugend zum Waffengebrauch.

6. Allgemeine Stärkung der Widerstandskraft, des Bekenntnisses in der Bevölkerung.

Siehe hierzu die Erläuterungen.

Ganz geheim, darf nicht aus den Händen der Vertrauensleute kommen, keine Ganz- oder Teilschrift.

„O. C.“

### Nichtlinien.

1. Schaffung einer Nationalarmee. Dazu Grundlage durch Zusammenfluß nationaler Männer jeder Volksschicht.

2. Ziele dieser Armee: Die Orgesch ist defensiv und hat passive Ziele. Wir wollen offensiv sein und haben aktive Ziele. Diese sind:

a) Kampf mit jedem Mittel gegen alle Elemente, die auf internationalen Boden sehen. Dazu gehören in erster Linie die Internationales, vorläufig die überwiegende Zahl der Sozialdemokraten, fast alle Juden, Teile der Demokratie, soweit sie der Richtung Berliner Tageblatt und Frankfurter Zeitung angehören, die Teile des Zentrums, denen päpstliche Interessen vor den vaterländischen stehen und Teile der Großindustrie, die nur an Gewinn denkt, gleich, ob dabei Volk und Vaterland Schaden nehmen.

b) Aufrütteln der nationalen Kreise des Volkes zur Aktivität, insbesondere auch der Arbeiter. Hierzu Fühlung mit ihnen suchen und sie von der jüdischen Führerschaft abziehen.

c) Schaffung einer Truppe, die bei unerwarteten außenpolitischen Ereignissen, falls Reichswehr versagt oder nicht ausreicht, sich einer nationalen Regierung, selbst einer Regierung, die im gegebenen Augenblicke die Nationallehre wahreren will, zur Verfügung stellt. Solche Fälle können sein: Widerrechtliche Besetzung Österreichs durch die Polen, des Ruhrgebietes durch die Franzosen, Unterdrückung der Deutschen in Rußland und Böhmen und andre unvorhergesehene Fälle, bei denen Deutschlands National-ehre und Zukunft auf dem Spiele steht.

d) Arbeit durch Tat, Wort und Schrift an einem Zusammenschluß der durch die Entente unterdrückten Völker zwecks Zerstörung des Versaillescher Friedensvertrages. Hierzu reihe ich zunächst Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien, Rußland, Oesterreich bedarf dazu einer innerpolitischen Erneuerung und Vereinigung, ebenso Preußen. Rußland wird im Frühjahre andre Mächte haben. Diese müssen deutsch orientiert sein, sonst ist Deutschland rettungslos verloren und zerfällt. Zusammenschluß zunächst wirtschaftlich das Weitere erweist sich von selbst.

e) Kampf gegen die jüdische Interniertheit vor dem Auslande und der Entente. Mehr nationaler Stolz gegen die Länder, die uns auf dem Schlachtfelde nicht besiegen konnten.

Wir werden bei der Abschließung des Weltkrieges, der noch lange nicht abgeschlossen ist, die Sieger sein, wenn wir wachsam sind und entschlossene nationale Arbeit leisten.

f) Anspannung von Kräften zur Erfindung ganz neuer Kampfmittel, da wir mit den bisherigen unterlegen sind und bleiben. Der deutsche Geistesgeist in der Jugend muß wach



macht werden für diese Sache. Es muß etwas Unwiderstehliches sein, z. B. elektrische Fernwirkung auf Explosionsstoffe. Die Gebiete dürfen Chemie, Elektrotechnik, Naturwissenschaft und Medizin sein.

3. Kustfärende Arbeit unter der Arbeiterschaft. Versprechungen der November-Revolutionäre: Friede, Arbeit, Brot, das Gegenteil erreicht. Preise 5-10 hoch seit 1918, Schieber und Wucherer kuppig wie nie, Korruption täglich zunehmend, Macht des Kapitals nicht gebrochen, sondern gestärkt und aus nationalen Händen in internationale oder Zuhänder gegangen. Kaufkraft des Beamtentums in riesiger Zahl, Zusammenbruch des sozialistischen Programms in Anhalt, Oesterreich und Deutschland.

4. Wir sehen Arbeitern mit unserm Fühlen und Denken näher als diese wissen und glauben. Gleiche Ziele, was nichtstehenden, schmarotzenden Kapitalismus betrifft, Kampf gegen Schieber, Wucher, Bestechung, Anteil des Arbeiters in geeigneter Form an den Neuwahlgewinnen, Gleichberechtigung jedes Mannes in gleichem Alter als deutscher Staatsbürger in jeder Beziehung, Sozialisierung dazu reifer Betriebe, jedoch nicht in dem Augenblicke, wo unsere Wirtschaft vor dem Zusammenbruch steht.

5. Soziale Fragen lassen sich nur im nationalen Rahmen lösen.

6. Propaganda für Anschluß aller deutschvölkischen Landesteile, besonders Oesterreich. Völkische Frage muß sehr betont werden.

7. Wir müssen uns den nationalen Teilen der Arbeiterschaft wertvoll und begehrenswert machen, so daß sie uns womöglich an Stelle ihrer bisherigen Führer nehmen. Der Arbeiter wird wissen, daß wir nicht betrügen oder uns Vorteile verschaffen, sondern nur nationale Ziele und damit Wiedergeburt unsres Volkes erstreben.

8. Engen Anschluß an Parteien vermeiden, ja kein Parteiprogramm.

9. Führung mit deutschvölkischer und ähnlich gerichteter Presse. Erfassung und Zentralisierung ähnlicher Bestrebungen wie die unsre.

10. Werbetätigkeit. Nur entschlossene, opferbereite Männer, die, wenn es sein muß, handeln, keine Männer, denen der Patriotismus erst nach 11 Uhr abends, insolge Alkoholenusses, zu Bewußtsein kommt.

11. Propaganda gegen Völkerbund. Solange wir ganz ohnmächtig, wollten man uns nicht, wo ein launhaftes Erwachen kommt, will man den guten Michel wieder einfangen mit internationalen Völkereiden pp. Keine Judenmache.

12. Arbeit darf nicht programmatisch erfolgen. Schlussfolgerungen müssen sich von selbst ergeben. Gedanke muß gewissermaßen aus dem Volke heraus geboren werden.

13. Nachrichten, Erfahrungen, Tätigkeitsbericht, Mitgliederzahlen pp. laufend hergeben.

14. Der Gedanke hat bei andern Stellen bereits Wurzel gefaßt und es wächst die Anhängerzahl stark.

**Erläuterungen.**

Zu 1. Die Führung und Stab der Truppe (Brigade) arbeitet in Permanenz. Sammelpunkt bleibt, falls kein anderer Befehl erfolgt, der mündlich bekannt gegebene. Aufruf zum Sammeln erfolgt nur bei großen roten Aufständen, wenn Reichswehr und Stab allein nicht Herr zu werden scheinen, im Einverständnis mit der betreffenden Landesregierung. Den Zeitpunkt nicht zu verpassen, ist Sache der Führung. Aufruf erfolgt ferner bei außenpolitischen Verwickelungen, wenn Reichs- oder Landesregierung Aufstellung legaler oder illegaler freiwilliger Verbände anordnet oder gestattet - Brigade unterstellt sich als eigener Verband der Reichswehr. Es dürfen nur Männer in die Brigade, die entschlossen sind, die keinerlei Hemmungen irgendwelcher Art in sich tragen, die bedingungslos dem Führer gehorchen, die brutal genug sind, rücksichtslos durchzugreifen, wo sie eingesetzt werden. Als Unterführer kommen nur Offiziere in Betracht, die Kriegserfahrung und Erfahrung im Straßenkampf mit aufrührerischen Massen haben, vor allem, die eine Haupterfahrung aus der Praxis besitzen: „Nicht verhandeln, sondern schießen und rücksichtslos beschleichen.“ Innerhalb der Brigade eine Stoßtruppe aus tüchtigen, sporttreibenden Elementen, die erforderlichenfalls gewalttätige Unternehmungen ausführen, unbedrängt um Folgen und eigene Verluste. Deshalb möglichst junge Männer, die keinen Anhang haben und denen niemand weiter nachtrauert.

Die Waffen sind in genügender Zahl bereit gestellt, ebenso Munition. Reisekosten werden ersetzt, vom Tage des Eintreffens freie Verpflegung und Lohnung.

Zu 2. Diejenigen, denen ihre Tätigkeit jederzeit ein vollkommen gestaltet, sind listenmäßig besonders zu führen. Es können Fälle eintreten, wo einige hundert oder weniger entschlossene Männer vorübergehend gebraucht werden. Die Fälle können sehr vielfältig sein, sei es, um eine Sache in Gang, ins Rollen zu bringen, sei es, um eine rasche Tat zu vollbringen. Solche Fälle können z. B. sein: Die Frechheiten der Franzosen gehen ins Grenzgebiet, alles Nachgeben hat keinen Sinn, man ermordet, organisiert diese Hunde durch Schuß oder Gift, jedes Mittel ist recht. - Deutsche werden bedrängt, umgebracht, z. B. Oberstleuten, Regierung kann sich zum Schluß nicht entschließen. Heimliche Stoßtrupps gehen hin, greifen bei Standarten blutig ein, schaffen

Nädesführer und Heher beileite. Note Tellaustände stehen mit Sicherheit vor der Tür. Stoßgruppen sammeln sich unter irgend einer Maske an bedrohlichem Ort, greifen führend ein, sobald die Notizen zur Gewalt übergehen, reihen dadurch Ordnungselemente mit sich, stärken Widerstandswillen. Sache dieser Gruppen ist es, den Führern und Hehern ihre Handwehr für alle Zukunft unauffällig zu legen. Leitung hierbei besonders veranlagte Offiziere, die der Führung jederzeit zur Verfügung stehen. - Eine Reihe weiterer Fälle sind denkbar.

Diese Gruppen müssen privat mit Pistolen und versteckt zu tragenden Waffen ausgerüstet sein, wo Mangel, wird die Organisation Abhilfe versuchen.

Reisekosten, Verpflegung pp. wie zu 1.

Zu 3. Bei lokalen Unruhen in der Stadt oder im Bezirk kann der Fall eintreten, daß die Polizei zu schwach ist, Reichswehr nicht zur Verfügung steht. In einem solchen Falle muß von der Organisation Verstärkung angeboten, ja sogar aufgedrängt werden. Es ist dies wichtig, weniger der lokalen Ordnung wegen, sondern hauptsächlich um die Gruppe in Erscheinung treten zu lassen, Führung mit Dienststellen zu haben, den Ordnungselementen Rückhalt zu bieten, kurz gesagt, diejenigen zu sein, mit denen die andern rechnen müssen. Auf diese Weise wird für unsre Sache Propaganda gemacht. Es erfordert naturgemäß vom Führer sicheres Auftreten, Selbstbewußtsein, politische Klugheit, und wenn es Ernst wird, Entschlossenheit, Mut und Verantwortungsbewußtsein.

Zu 4. In den stark mit linksablässigen Elementen durchsetzten Städten sind Vorträge nationaler Männer insolge Störung häufig unmöglich. Wo unsre Organisation vertreten ist, muß sie bei solchen Gelegenheiten geschloßen auftreten, sich mit dem Redner vorher in Verbindung setzen und rücksichtslos jeden Schreier und Störenfried zur Ruhe bringen und aus dem Saale werfen. Ist das einige Male gemacht, so riskiert es die Gegenpartei nicht mehr. Umgekehrt müssen Versammlungen antinationaler Redner, Friedensapostel usw. demart geübt werden, daß ihnen die Lust zu weiterem Reden verneht. Auf eine gesunde Keilerei muß man es dabei natürlich ankommen lassen. Niemand dürfen jedoch dabei Schußwaffen oder blanke Waffen gebraucht werden. Zur Führung der Volksmoral - das Gefühl der Schweinerei ist dem größten Teil des Volkes schon abhanden gekommen - Sprengung von widerlichen Theaterstücken, Auspöfeln unmoralischer Vorträge usw. Zu all solchen Veranstaltungen gehört jedoch eine außerordentliche Disziplin innerhalb der Gruppe, vorherige genaue Besprechung. Während zum Beispiel bei öffentlichen Versammlungen ziemlich gewalttätig vorgegangen werden kann mit dem üblichen Schlägertrupp: „Was, Sie wollen mir eine unterhauen“, muß bei Sprengung von Theaterstücken pp. durch Pfaffen, ununterbrochenes Klatschen, dauerndes Rufen: „Weiter spielen“ usw. gewirkt werden. Sonderanweisung mündlich durch erfahrene Herren. Niemals darf von vornherein bemerkt werden, daß die Störenfriede zusammengehören oder nach gemeinsamem Plan handeln. Solche Ergebnisse Schweigen die Organisation außerordentlich zusammen und werben.

Zu 5. Die heranwachsende Jugend ist der Dienstpflicht nicht mehr unterworfen, sie lernt daher keine Disziplin mehr, all die Werte, die die militärische Erziehung des Volkes mit sich brachte, gehen allmählich verloren, die Wehrfähigkeit schwindet. Hier müssen wir eingreifen. Auf Wäntstlichkeit und Disziplin bei Besprechungen halten. Bildung von Schützen, Jagd-, Sport- oder sonstigen Vereinen. Unter dieser Firma müssen die jungen Männer die einfachsten Grundübungen machen, wie sie der Soldat braucht. Dazu gehört besonders die Schießlehre, um auf jeden Fall zu verhindern, daß Rückwärtige weiter vorn Stehende anschleichen. Ferner Schießübungen mit Feilmunition und Handhabung des Gewehres 98 und der Parabellumpistole. Die Durchführung muß je nach den Verhältnissen den einzelnen Leitern überlassen bleiben. Es geht jedenfalls nicht, daß bei Ausstellung der Truppe Männer kommen, die schon längere Zeit in der Organisation sind und keine Ahnung vom Waffengebrauch haben. Mit der Kenntnis von einer Waffe hebt sich unwillkürlich der Geist des Widerstandes und Wehrhaftigkeit. Dieser Zweig unsrer Organisation darf keinesfalls vernachlässigt werden. Wir müssen für unsre idealen Ziele persönlich Opfer bringen.

Zu 6. Durch unser Auftreten, sei es wie in obigen Punkten kläglich, sei es in der Wahn, sei es auf der Straße oder bei irgendwelchen Zusammenkünften, muß allgemein die Widerstandskraft, der Befehrmutter, die Angriffsbewußtheit, der persönliche Mut in den guten Teilen unsres Volkes geweckt und gestärkt werden. Wo etwas los ist, müssen wir da sein, immer Führer sein, immer die Initiative ergreifen.

So werden wir zunächst lokal, dann in immer größerem Umfange in den Sattel setzen, ein Machtfaktor, mit dem alles andre zu rechnen hat.

Für die wörtliche Abschrift gez. Ender.

**Die Münchener Mörderzentrale in Leipzig.**

Im Mai 1920 wurde im Hause des Corps Saxonia in der Elsterstraße nach einer Sitzung der Verein „Leipziger Waffering“ gegründet. An der Gründung nahmen teil Mitglieder des Corps

Arkon, der Parocla, der Suevia, der Zittavia und des Corps Thüringia. Der Verein bezweckt: Wiederaufbau des Vaterlandes, Ausgleich der Klassenunterschiede, Zur-Verfügung-Stellung bei Unruhen in dem Sinne, wie es die ehemaligen Zeitfreiwilligen getan haben. Dem Verein treten sofort 25 Personen bei. Leiter wurde der Sohn des Hofrats Dr. med. Seffner, der Student Karl Max Edgar Seffner. Die Zusammenkünfte des Vereins fanden in den Räumen des Vereins für nordische Kultur in dem Hause der Elsterstraße 28 im Dachgeschoß statt. Im Dezember 1920 ging der Verein über in die Organisation C. Die Statuten dieses Vereins stimmten überein mit denen der in Baden aufgedeckten Geheimorganisation. Die Organisation sollte linksradikal niederhalten und danach streben, die Regierung mit Fachleuten (einer nationalen Regierung) zu befehlen.

Eine Abteilung des Vereins bildete die Fremde. Sie sollte den Zweck haben, Leute, die der Fremde verfallen waren, zu bestrafen oder zu ermorden. Die Mitglieder mußten sich durch Handschlag zum Treueid verpflichten und mußten auch einen Verpflichtungsgeldes unterschreiben. Leiter dieser Gruppe C war der Kaufmann Krebs.

Im Juli 1921 fuhr Seffner nach Jena, um mit der Jenaer Studentenschaft über den Anschluß an die O. C. zu verhandeln. Diese Verhandlungen verliefen sich, weil die Jenaer Studentenschaft bereits bei der Reichsfahne Oberland vertreten war, die noch schärfere Bestimmungen über die Form hat, als die Organisation C.

Am 6. August 1921 forderte Krebs Seffner auf, ein Automobil zu beschaffen, um mit dessen Hilfe die verhafteten Boldt und Dithmar zu befreien.

Unter der Leitung von Wegelin bildete sich die Jungmannschaft der O. C., von der mehrere Mitglieder auch der Ritterschaft Zöllern angehörten. Die Jungmannschaft machte des öfteren Marschübungen.

Es ist festgestellt worden, daß Wegelin mit der Münchener Zentrale in Verbindung stand. Während der Pfingstfeiertage war Seffner mit Wegelin im Auftrage von Krebs in Breslau. Sie sollten sich an Killinger wenden. Gegenüber Killinger legitimierten sie sich mit einem Kurierchein (einem neuen Zweimarktschein in Rotdruck, auf dessen großes Ovalfeld ein roter Stempel der Brigade C (Ehrhardt?) mit dem Wiltigerstempel gedruckt war). Killinger stellte auch Heinrich Tiffelen, den späteren Mörder Erzbergers, vor. Karl Tiffelen, der Hörer der Gewerbeschule in Chemnitz war, ist ebenfalls in Leipzig gewesen und war Verbindungsmann der O. C.

Anfang Mai 1920 war Kapitän Ehrhardt in Leipzig, der auch Wolf, Feißh und Erich genannt wurde. In Begleitung von Ehrhardt befand sich Karl Tiffelen aus Chemnitz und der Oberingenieur Gladowski von Stupp in Essen.

Aus der Darlegung geht hervor, daß eine innige Verbindung zwischen der Gruppe München und der Gruppe Leipzig bestanden hat.

**Telegrammschlüssel.**

Obn. 351. Bericht. M., den 7. VII. 1921.

1.) Lage und unser Verhalten zur 363,18 456,29 Frage ist noch un-  
ändert. Vorbereitungen zur Begegnung eines neuen 395,17 44,9  
Polen auslaufes  
Ober schellen fünf laufend  
sind getroffen. Für uns sind in 363,18 456,29 für 176,12 513,8  
Mann Waffen bereit fünfzehn amei  
324,38 568,23 64,28 gelegt. Kritische Zeit 176,12, bis 599,27 und  
zwanzigsten  
599,21 c. VII. 21.

Nähere Anweisungen für das Verhalten während dieser Zeit erfolgen später.

Geheim Akten Stück Staats Sekrelärs  
2.) Es ist uns ein 185,11 15,18 502,23 des 492,11 473,8 für innere  
Ordnung  
369,18 Berlin in die Hände gekommen, aus dem hervorgeht, daß  
Reichs Regierung Organismus weiß  
die 424,13 423,21 über unseren 369,26 nur soviel 575,11, daß  
Bezirks Leitern  
sie befehlt. Herr Wolf spricht allen 71,21 310,7 wegen der guten  
Behelm Haltung  
185,11 213,18 keine Anerkennung aus.  
Bezirks Leiters Halle

3.) Anschrift des 71,21 310,7 H. Hermann Schaum, 213,3.  
Bezirks Leiters Hamburg  
Anschrift des 71,21 310,7 C. Herrn Walter, 213,21, Mühlendamm

**Hausfrauen, verlangt nur**  
**Dr. Deffer's Backpulver**  
das altbewährte

**Ähnliche Bekanntmachungen.**

**Taucha. Stadtverordnetenwahlen.**

Die vom Ministerium des Innern genehmigten Ortsregeln über die Wahlen der Stadtverordneten und der Ratsmitglieder liegen 14 Tage lang im Rathause - Zimmer 4 - zur Einsichtnahme aus. Die Stadtverordnetenwahl findet am 11. Dezember 1921 statt. Alle die Wahl betreffenden Angelegenheiten regelt der Wahlkommissar mit dem Wahl-ausschuss. Der Wahlausschuss wird gebildet aus den Herren: Bürgermeister Dr. v. Dellbrück als Wahlkommissar, Stadträte Franke, Käther, Sommer und St. W. Kisten.

**Martrandstädt.**

Die Ausgabe der neuen Protokolle erfolgt Freitag, den 4. November 1921 in den bekannten Ausgabestellen gegen Vorlegung der Ausweis-karte in der Zeit von 10-12 Uhr vormittags und von 2-4 Uhr nachmittags.  
Martrandstädt, 2. 11. 21. Der Stadtrat.

**Gemeindevertreterwahlen in Wiederitzsch**

Die nach der Bekanntmachung des Gesamt-ministeriums vom 28. Juni 1921 angeordneten Gemeindevertreterwahlen finden  
**Sonntag, den 27. November 1921 von vorm. 10 Uhr bis nachm. 7 Uhr statt.**  
Stimmberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, die am Tage der Wahl das 20. Lebensjahr vollendet und am Tage des Ab-schlusses der Wahlen im Gemeindebezirk ihren wesentlichen Wohnsitz haben, insoweit sie nicht nach dem Wahlscheib vom Stimmrecht ausge-schlossen sind.  
Zu wählen sind 12 Gemeindevertreter in all-gemeiner, allgemeiner, geheimer und direkter Wahl nach dem Grundsatze der Verhältniswahl mit gebundenen Listen. Wählbar sind alle Wahl-berechtigten.  
Zur Ausübung der Wahl wird der Ort in 2 Stimmbezirke eingeteilt:  
Der 1. Stimmbezirk umfasst: Bahnhofstraße, Deschauer Str., Schulstraße, Leichstraße, Haupt-straße, Lindenbäcker Straße.  
Wahlzimmer: Neuer Gasthof, Wiederitzsch.  
Wahlvorsteher: Herr Gemeindevorstand Schiefer.  
Stellvertreter: Herr Lanerhalter Ernst Klebs.  
Der 2. Stimmbezirk umfasst: Altpfischstraße, Albert-Dorfel-Str., Bräufeldstr., Fobelmüser Str., Schmidstr., Blücherstr., Stenkerstr., Körnerstr., Feldstraße.  
Wahlzimmer: Krells Schankwirtschaft.  
Wahlvorsteher: Herr Sekretär Hugo Krone.  
Stellvertreter: Herr Buchdruck-Obermeister Emil Heine.  
Die aufgestellten Wählerlisten liegen vom 5. November bis zum 13. November 1921 im Ge-meindeamt zu jedermanns Einsicht während der üblichen Geschäftsstunden - Sonntags von 11 bis

1 Uhr - öffentlich aus. Einsprüche gegen die Wählerlisten sind bis spätestens zum 13. Nov. 1921 beim Gemeindevorstand schriftlich oder zu Pro-tokoll anzubringen.  
Der Abschluß der Wählerlisten erfolgt am 19. November 1921. Nach Abschluß der Wähler-listen ist eine weitere Aufnahme von Wählern un-terboten.  
Bis spätestens zum 12. November 1921 sind beim Gemeindevorstand Wahlvorläufe in Listen-form einzureichen. Die Wahlvorläufe müssen von mindestens 15 zur Ausübung der Wahl be-rechtigten Personen unterzeichnet sein. Die Unter-zeichner haben gleichzeitig einen für weitere Verhandlungen bevollmächtigten Vertreter zu benennen. Die Wahlvorläufe sollen mindestens soviel Namen, als Personen zu wählen sind, je-doch nicht mehr als die doppelte Anzahl Namen, enthalten. Die Vornamen der Bewerber sind nach Vor- und Zunamen, Stand oder Beruf zu bezeichnen und in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen. Die Aufnahme eines Bewerbers auf mehrere Wahlvorläufe ist unzulässig.  
Mehrere Wahlvorläufe können miteinander verbunden werden. Die Verbindung muß von den Unterzeichnern oder ihren bevollmächtigten Vertretern spätestens am 20. November 1921 beim Gemeindevorstand schriftlich erklärt werden. Ver-bundene Wahlvorläufe können nur gemeinschaft-lich zurückgenommen werden.  
Das Stimmrecht ist persönlich auszuüben. Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem Kennzeichen versehen sein, sie sollen von mittelhartem Schreibpapier sein. Einwendungen gegen das Wahlverfahren sind bis 11. Dezember 1921 bei der Amtshauptmann-schaft anzubringen.  
Wiederitzsch, am 2. November 1921.  
Der Gemeindevorstand.

**Allgemeine Ortsrentenkasse Martrandstädt**

Die neu gewählten Ausschussmitglieder werden hiermit zu einer

**ordentlichen Ausschusssitzung**

auf Freitag, den 16. Dezember 1921, abends 8 Uhr in Herdes Restaurant, hier, Schlei-der Straße, eingeladen.

**Tagesordnung:**

- 1. Wahl des Vorstandes.
  - 2. Wahl eines Ausschussvorsitzenden.
  - 3. Wahl von drei Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung 1921.
  - 4. Genehmigung des Vorantrages für 1922.
  - 5. Mitteilungen des Kassenvorstandes.
- Es haben zu wählen, die Vertreter der Ar-beitgeber 3 Vorstandsmittelglieder, die Vertreter der Verhätigten 6 Vorstandsmittelglieder, sowie je die doppelte Zahl Ersatzmänner.  
Die Mitglieder des Ausschusses werden auf-gefordert, bis zum 18. November 1921 beim Vor-stand Wahlvorläufe einzureichen; sie müssen von mindestens 3 Ausschussmitgliedern unter-zeichnet sein. Später einsehende Vorläufe werden nicht berücksichtigt. Die ausgelassenen Wahlvorläufe liegen an unserer Geschäftsstelle, Martrandstraße 26, zur Einsichtnahme der Be-teiligten aus.  
Die Stimmenabgabe ist an die zugelassenen Wahlvorläufe gebunden.  
Martrandstädt, am 1. November 1921.  
Der Kassenvorstand.  
L. Buchholz, Vorsitzender.

**Sparkasse Wahren.**  
Geschäftszeit von 8 bis 42 Uhr.



Gewerkschaftsbewegung.

Aus der italienischen Arbeiterbewegung.

Vor einigen Tagen wurde aus Italien gemeldet, daß die Metallarbeiter Liguriens in den Ausstand getreten sind.

Die italienische Metallindustrie macht seit mehreren Monaten eine sehr schwere Krise durch.

Wie in den andern Ländern, so ist auch in Italien das Unternehmertum der Ansicht, daß um die Lage der Metallindustrie zu verbessern und die Arbeiterschaft beschleunigen zu können, das wirksamste Mittel die Lohnkürzung sei.

Die Unternehmerverbände haben schon im Sommer dieses Jahres die bestehenden Tarifabkommen gekündigt mit dem Ziel, eine Lohnkürzung von ungefähr 8 Proz pro Tag einzutreten zu lassen.

Der italienische Metallarbeiterverband hat in einer außerordentlichen Tagung zu dem bevorstehenden Kampf Stellung genommen.

Es wurde dann eine Kommission gewählt, die sich zu gleichen Teilen aus Kommunisten und Sozialisten zusammensetzt und die den Kampf leiten soll.

Weiter hat der italienische Gewerkschaftsbund beschlossen, vom Industriebund und von der Regierung zu verlangen, daß die bestehenden Abkommen verlängert werden, und zwar in Anbetracht der anhaltenden Steigerung der Kosten für den Lebensunterhalt.

eine Gewinnreduktion der Industriellen vorausgehen soll.

Die Einigkeit der italienischen Metallarbeiter, die trotz der verschiedenen Anschauungen bisher musterhaft war, und ihr Festhalten an den bewährten Grundsätzen gewerkschaftlicher Taktik hat nach kurzer Zeit zu einem vollen Erfolg geführt.

Damit ist die Gefahr zwar hinausgeschoben, aber noch nicht endgültig beseitigt. Beide Parteien werden zu neuen Kämpfen rufen.

Der „Verband der Lebens- und Genussmittelarbeiter“ kommt nicht zustande.

Die Verbände der Bäcker, Fleischer und Brauereiarbeiter veranstalteten am 9. Oktober d. J. eine Abstimmung über die Frage, ob an Stelle der drei Berufsverbände eine umfassende Industrieorganisation geschaffen werden soll oder nicht.

Table with 4 columns: Abstimmung, Bäcker und Konditoren, Brauer und Metzger, Fleischer und Metzger. Rows include Abstimmung am 1. Okt. 1921, Abstimmte insgesamt, Mit Ja, Mit Nein, Ungültig, and Von je 100 Mitgliedern beteiligten sich an der Abstimmung.

Danach haben sich die Bäcker und die Fleischer mit Mehrheit für die Industrieorganisation entschieden, die Brauer aber dagegen.

Das Ergebnis der Abstimmung wird jeden Freund einer gesunden Weiterentwicklung der Gewerkschaftsorganisationen mit Trauer erfüllen. Es zeigt, daß leider die Mehrheit der Mitglieder noch weit entfernt ist von jener Reife der Anschauungen, die gebietet, das Vorwärtswende zu ergreifen, auch wenn anfänglich hier und da einige kleine Unbequemlichkeiten in Kauf genommen werden müssen.

Das Abstimmungsergebnis muß von den Verbandsinstanzen reflektiert werden. Aber wenn die Verbandsleitungen ihre Aufgabe richtig erfüllt haben, werden sie das Ergebnis nicht als etwas Unabänderliches für alle Zeit Feststehendes betrachten, sondern dann werden sie durch Aufklärung und gewerkschaftliche Schulung der Mitglieder dafür sorgen, daß in absehbarer Zeit doch noch die Industrieorganisation für das Lebens- und Genussmittelerwerb geschaffen werden kann.

Fünfter ordentlicher Verbandstag der Bankbeamten. Im Ministeraal im alten Kriegsministerium fand am Sonntag der 5. ordentliche Verbandstag des allgemeinen Verbands deut-

licher Bankbeamter statt, zu dem Delegierte aus allen Teilen des Reiches, sowie Vertreter der Gewerkschaften und der Bankbeamten-Verbände Deutsch-Ostpreußens und der Tschecho-Slowakei erschienen waren.

In einer Resolution wurde die Reorganisation des Afabundes begrüßt und der Verbandsvorstand beauftragt, sich auch in Zukunft der Weiterentwicklung der Internationale der Bankangestellten tatkräftig anzunehmen.

Weiter wurde eine Resolution angenommen, die sich zum Prinzip der reinen Gewerbeorganisation bekennt, weil nach Ansicht des Verbandstages nur durch sie die Machtstellung der Arbeit im Bankgewerbe gefördert werden kann.

Zur Steuerpolitik beschloß der Verbandstag eine Resolution, in der u. a. zum Ausdruck kommt, daß die notwendigen Steuern zur Instandhaltung des Reichshaushaltes einschließlich der uns auferlegten Reparationskosten nicht nur durch eine solche Belastung der breiten Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger beschafft, sondern daß endlich die bestehenden Klassen zur Besteuerung herangezogen werden.

Wie die Kommunisten die Einheitsfront herstellen wollen. Bekanntlich findet am 6. und 7. November in Magdeburg der erste Reichs-Betriebsrätekongress des Bergarbeiterverbandes statt.

Wie werden wir zu einem Erfolg auf diesem Kongress kommen? Erstens muß, um überhaupt an einen Erfolg zu glauben, versucht werden, die Einheitsfront der Bergarbeiter herzustellen.

Diese Einheitsfront soll nun hergestellt werden, indem am Tage vor dem Kongressbeginn nach Magdeburg eine Sonderkonferenz der kommunistischen Betriebsräte einberufen wird.

Der Kampf soll also nicht gegen die herrschaftsklüsternden Berggewaltigen, sondern gegen die „gewerkschaftlichen Tiere“ geführt werden. Das alte Lied: die Kommunisten propagieren, wie immer, den Kampf der Arbeiter untereinander.



Modehaus Jordan & Co. Leipzig, Petersstraße 28

Wollen Sie Geld sparen, so decken Sie umgehend Ihren Bedarf in Textilwaren. — Preise steigen enorm! Durch direkte Groß-Einkäufe sind wir in der Lage, zu Reklamepreisen solange Vorrat reicht, billigst zu verkaufen

Table listing various clothing items and their prices, including Sportkragen, Pa. Flanell-Schlafanzüge, Trikot-Hemden, Serviteurs, Pa. Herren-Haarfilzhüte, and Damen-Handschuhe.

Mengen-Abgabe vorbehalten. — Wir bitten möglichst die Vormittagsstunden zu Einkäufen zu benutzen.



Mit einem ähnlichen Versuch scheiterten sie auf der Generalversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes in Gießen kläglich und noch bedrückender werden sie in Magdeburg abgelehnt. Nur Kiel oder Göttinge bilden die eigene Klasse; der Kampf der im Verband der Bergarbeiter organisierten Bergarbeiter richtet sich gegen die Kapitalgewaltigen, und da ist die Einheitsfront dringend nötig. Wer diese böswillig zerstückelt, stellt sich von selbst außerhalb der Organisation.

**Arbeitseinstellung in der Teigwarenfabrik der Großkaufmanns-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. in Gröbba.**  
Am 21. Oktober haben die in genannten Betriebe beschäftigten 94 Arbeiter und Arbeiterinnen mit Zustimmung der Gewerkschaftsleitung, des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands, die Arbeit eingestellt, weil, wie es in Bekanntmachungen in der Verbandszeitung und in der Volkszeitung für Weissen heißt, die Großkaufmanns-Gesellschaft sich geweigert habe, „ein Tarifverhältnis zu schaffen“.  
Tazu teilt die GGG. mit, daß sie im Einvernehmen mit allen zuständigen genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Instanzen in ihren Fabrikbetrieben die allgemeinen Reichstarifverträge nur so eine Konkurrenzfähigkeit der GGG.-Fabrikbetriebe und der Konsumvereine, die die genossenschaftlichen Eigenfabrikate vertreiben sollen, denkbar ist. Daß die Reichstarifverträge der verschiedenen Industrien nicht sämtlich gleichmäßige Lohn- und Arbeitsbedingungen enthalten, kann die Großkaufmanns-Gesellschaft nicht ändern. Mit dieser Tatsache müssen sich auch die Arbeiter ihrer Betriebe abfinden, wenn mehrere GGG.-Fabriken an einem Orte liegen und insofern die in den verschiedenen Fabriken tätigen Arbeiter zu unterschiedlichen Bedingungen arbeiten müssen. Für die Teigwarenfabrik der Großkaufmanns-Gesellschaft ist der Industrie-Reichstarifvertrag seit seinem Bestehen durchzuführen. Verlangt wurde zwar verschiedentlich, daß an dessen Stelle der mit dem Transportarbeiter-Verband abgeschlossene Sondertarif für Konsumvereine oder ein Sondertarif für die Teigwarenfabrik treten sollte. Aus obengenannten Gründen konnte jedoch diesem Wunsch nicht entsprochen werden. Bei Verhandlungen im März d. J. wurden weitere Zugeständnisse gemacht, insbesondere bezüglich Ferien und § 616, die erheblich über die Bestimmungen des Industrie-Reichstarifvertrages hinausgingen. Nach diesen erweiterten Zugeständnissen ist bisher auch verfahren worden. Neuerdings eingereichte Forderungen auf noch weitere Ausdehnung der Ferien und des § 616 WGB, mußten abgelehnt werden und führten zur Arbeitseinstellung. Die genossenschaftliche Eigenproduktion wird also lahmgelegt, obwohl die Forderung nach verlängerten Ferien augenblicklich völlig gegenstandslos ist. Nach wie vor aber die Forderung bezüglich § 616 WGB (Fortzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen) kein Objekt eines gewerkschaftlichen Kampfes gegen ein Genossenschaftsunternehmen sein. In Krankheitsfällen wird die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn gezahlt, und zwar nach vierjähriger Tätigkeit bis zur Dauer von drei Wochen. Bei längerer Krankheitsdauer tritt der Unterstützungsfonds, zu dem die Arbeiterbeiträge fließen, ein. Dieser Fonds leistet, in Wirklichkeit, nach dieser Darstellung der Tatsachen wird jeder objektive Denker sicher zugeben, daß noch niemals frivoler die Stilllegung eines Genossenschaftsbetriebes herbeigeführt worden ist als in diesem Falle.

**Zur Lohnbewegung im Fleischergewerbe.**  
In der bürgerlichen Presse stimmt die Innung ein bewegtes Klagespiel an. Die Fleischergehilfen (gemeint sind natürlich die Gelben) hätten keine Differenzen mit ihr. Diese wehrten sich im Gegenteil gegen die Maßnahmen des Zentralverbandes. Dann schwafelt die Innung etwas von Koalitionsfreiheit und Vaterland.  
Der gelbe Fleischergehilfenbund leistet der Innung die besten Dienste. Nicht umsonst werden die Arbeitgeber diesem Vereinen ihre Unterstützung zu. Dafür muß natürlich der gelbe Fleischergehilfenbund seinen Geldgebern dankbar sein. Schon damals, als die organisierten Fleischer die Kontinuität des Fleischergewerbes forderten, ließen sie Sturm dagegen. Bei dem Streik der Lodenfleischergelben im Frühjahr 1920 machten die Gelben sogar die Streikbrecher. Bei allen Lohnverhandlungen, so auch bei der jetzigen, mußten sie auf Geheiß der Innungsführer die Lohnbrüder machen. Die organisierten Fleischergehilfen lassen sich durch derartige Mäxchen nicht täuschen, zumal sie genau wissen, daß der Protest nur von einem bejahrten Element ausgeht, daß die Bundesmitglieder davon gar nichts wissen und daß selbst die Mehrzahl der Bundesmitglieder mit unserm Vorgehen einverstanden ist.  
Arbeiter! Hausfrauen! Unterstützt weiter die organisierten Fleischergehilfen.  
Betriebsräte der größeren Werke, in denen sich Kantinen befinden, kontrolliert die Lieferanten, ob sie bewilligt haben.  
Zentralverband der Fleischer u. B. Deutschlands.

In der Dienstags-Nummer der Leipziger Volkszeitung wurde berichtet, daß der Fleischermeister Eilers in der Senefelderstraße seinem Gehilfen nur 30 Mk. Wochenlohn bezahlt. Dazu teilt uns der Vater des in Frage stehenden jungen Mannes mit, daß sein Sohn nicht als Gehilfe anzusprechen sei. Dieser solle vielmehr bei Herrn Eilers noch nachlernen, da er in seiner Lehrstelle gar nichts gelernt habe. Die 30 Mk. seien nur als Kostgeld anzusprechen.

**Berammlung der Leipziger Steinseher.**  
In der am 26. Oktober im Volkshaus stattgefundenen Versammlung wurde Stellung genommen zur Lohnbewegung. Der Reichstarifvertrag sieht vor, daß von Vierteljahr zu Vierteljahr die Löhne neu geregelt werden, falls in den Kosten der Lebenshaltung eine wesentliche Veränderung eingetreten ist. In diesem Falle muß von einer Seite 14 Tage vor Quartalschluß der Antrag dazu gestellt werden. Unser Antrag vom 1. 4. auf Neuregelung der Löhne wurde von Unternehmerseite abgelehnt mit der Begründung, daß die Voraussetzung dazu fehle. Am 15. 6. hatte es den Anschein, als wenn ein Stillstand, ja stellenweise ein kleiner Rückgang der Lebensmittelpreise eingetreten wäre, weshalb ein Antrag auf Neuregelung der Löhne unterbleiben ist. Aber gleich nach dem 1. Juli setzte eine in diesem Maße noch nie eingetretene Preistreue ein, so daß wir uns gezwungen sahen, an unsere Arbeitgeber den Antrag auf Gewährung einer Teuerungszulage zu stellen, zumal bereits im Baubereich, wo die Arbeitsbedingungen weit günstiger liegen als bei uns, eine Lohnzulage gewährt worden war. Unsere Unternehmer lehnten jede Lohnzulage und jede Verhandlung unter Berufung auf den bestehenden Tarif ab. Auch den Antrag unseres Geschäftsführers auf Gewährung einer Teuerungszulage lehnten die Herrschaften ab.

Die Sitzung des von uns angerufenen Tarifamtes wurde durch das Fehlen des Herrn Reichsarbeitgeberverbandsvorsitzenden Schwabach-Leipzig vom 25. 8. auf den 6. 9. verschleppt. Die Sitzung des Tarifamtes am 6. 9. kam zu folgendem Entschluß: „Mit Rücksicht auf die eingetretene außergewöhnliche Verteuerung der Lebenshaltung ist überall da, wo seit dem 1. Juli die Löhne nicht neu festgelegt sind, in Verhandlungen einzutreten und die Löhne neu festzulegen und wenn irgend möglich, den erhöhten Lohn schon an den auf dem 6. 9. folgenden Lohnstag zur Auszahlung zu bringen.“ So eilig hatten es aber unsere Leipziger Unternehmer nicht. Erst zum 12. 9. erhielt unsere Tarifkommission eine Einladung zu neuen Lohnverhandlungen, aber dieser Termin wurde zum 14. 9. hinausgeschoben. Es wurde die Forderung erhoben, das, was im Baubereich bewilligt worden ist, auch uns zu gewähren, und zwar ab 1. 7. 40 Pfg. und ab 1. 9. 1.10 Mk. pro Stunde. Nach langem Feilschen und Schachern erklärten sich die Unternehmer bereit, uns ab 16. 9. eine Lohnzulage von 1.50 Mk. pro Stunde zu gewähren mit der Bedingung, daß das Angebot bis 31. 12. 1921 Gültigkeit hat.  
Dieses Angebot lehnten unsere Kollegen einstimmig ab und beschloßen, den Schlichtungsausschuß anzurufen. Erstens verlangten sie eine Nachzahlung von einem weiter zurückliegenden Termin und zweitens waren sie gegen eine Ausdehnung des Angebots über den 30. 9. hinaus. Am 4. 10. tagte der Schlichtungsausschuß, der uns eine Lohnzulage von 1.50 Mk. pro Stunde ab 9. 9. zusprach. Ab 1. 10. seien die Löhne neu festzulegen. Ein dahingehender Antrag ist rechtzeitig von uns gestellt worden.  
Obwohl wir mit dem Ergebnis des Schlichtungsausschusses nicht zufrieden waren, stimmten wir dem Ergebnis zu. Anders die Unternehmer. Sie lehnten den Spruch ab, versuchten aber auf Hintertreppen zu ihrem Ziele zu kommen. So fuhr Herr Reichsverbandsvorsitzender Schwabach nach Berlin zum Vorsitzenden des Steinfegerverbandes und erzielte dort die Zustimmung des Herrn Schenke, daß die Leipziger Steinseher sich mit dem vom Schlichtungsausschuß zugesprochenen Lohnsatz bis 31. 10. zufriedengeben haben. Der Verbandsvorsitzende Schenke veranlaßte unsere Präsidialvorsitzenden Hoyer, an den Arbeitgeberverband ein in diesem Sinne gehaltenes Schreiben zu senden. Vom Gesamtverband, der inzwischen von der Sache erfuhr, wurde die Zurücknahme des Zugeständnisses verlangt. Durch die Maßnahme der Bauarbeiter und weil die Konjunktur im Baubereich besser wurde, belamen es doch einige der Herren mit der Angst zu tun und sie fehlten in ihrer Organisation durch, daß nun doch die Sache etwas schneller ging. Wir wurden ersucht, in weitere Verhandlungen zu treten. Auf unsern Antrag fand am 20. 10. eine Sitzung statt, welche die Löhne vom 1. 10. bis 31. 12. neu festlegte.  
Die am 26. 10. stattgefundenen Versammlung der Leipziger Steinseher nahm das Angebot an und beschloß, wegen der Nachzahlung vor dem 1. 10. den Demobilisierungskommissar anzurufen. Nach den Abmachungen beträgt der Lohn für Steinseher pro Stunde ab 1. 10. 0.75 Mk., ab 18. 11. 1.00 Mk., für Hammer pro Stunde ab 1. 10. 0.50 Mk., ab 18. 11. 1.05 Mk., für Hilfsarbeiter pro Stunde ab 1. 10. 0.40 Mk., ab 18. 11. 0.85 Mk.  
Weiter wurde beschlossen, an die Unternehmer den Antrag zu stellen, für die sozialen Wohlfahrts-Einrichtungen pro Stunde 40 Pfg. abzuführen. Ferner wurde beschlossen, von jedem in unserem Beruf über sechs Wochen Arbeitenden zu fordern, zu unserer Organisation beizutreten. Auf folgenden Antrag wurde einstimmig angenommen: „Müssen Überstunden oder Sonntagsarbeit geleistet werden und beträgt diese mehr als zwei Stunden in der Woche, so ist die entsprechende Zeit am folgenden Tage zu feiern. Bei Nichtbefolgung ist das Ausschlußverfahren einzuleiten. Regenstunden dürfen nicht nachgeholt werden.“  
Nach einem Hinweis des Kollegen Schulte auf die bevorstehende Stadtverordnetenwahl wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.  
Zentralverband der Steinseher.

**Der Leipziger Betriebsrat, Nr. 9, bringt für Betriebsräte und Funktionäre sehr wertvolle Ratschläge.**  
Neben diesen andern heben wir den Artikel: „Frauenarbeitsarbeit hervor. Weiter vergleichen wir den ausführlichen Bericht über die Kartellversammlung vom 29. 9. 21. Entscheidungen in Streitfragen des Arbeitsrechts, den monatlichen Versammlungskalender für die Betriebsräte und Funktionäre usw., verschiedene statistische Arbeiten, zum Beispiel Spinnenlöhne der Arbeiter und Arbeiterinnen in Leipzig, Mitgliederbewegung in den Leipziger Gewerkschaften, 3. Quartal 1921, Arbeitslosigkeit in den Leipziger Gewerkschaften, Ende September 1921.  
Der Leipziger Betriebsrat erklärt damit immer mehr seine Aufgabe als Nachschlagewerk für Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre.  
Der Leipziger Betriebsrat ist zu beziehen durch alle Filialen der Leipziger Volkszeitung, Gewerkschaftsbureau, sowie durch das Gewerkschaftsamt Leipzig, Gerberstraße 1, IV., Zimmer 101. Preis der Nummer 50 Pfg. Durch die Post bezogen pro Quartal 1 Mark.

### Sächsischer Landtag.

73. Sitzung. — Mittwoch, 2. November.  
Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Präsident Fröhderf eine Erklärung ab, die gegen die  
**Tellung Oberstleutnants**  
protestiert. Die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen sei durch diesen Willkürakt völlig in Frage gestellt. Deutschland wirtschaftlich niedergeworfen, sei ohne Zweifel der Zweck dieser brutalen Tat. Ein Reichszustand werde die Zerschlagung Oberstleutnants niemals werden. Die obersteleutnantliche Bevölkerung bleibe deutsch trotz alledem. Die Lage Deutschlands gebiete, daß die Parteien ihre Gegensätze nicht auf dem Rücken und zum Schaden des Volkes austragen.  
Minister des Innern Spinozzi gibt eine Erklärung ab, die wir an anderer Stelle abdrucken.  
Abg. Siwert (Komm.) beantragt, die Erklärung des Präsidenten in einer der nächsten Sitzungen zu besprechen. Ueber diesen Antrag wird der Kammerpräsident entscheiden.  
Ein Gesuch über Sonntagsruhe wird nach kurzer Aussprache dem Rechtsausschuß, der Geschäftsbericht der Landes-Brandversicherungsanstalt dem Finanzausschuß überwiesen.  
Zu einem Antrag des Abg. Dr. Wagner und einer Anfrage des Abg. Arzt,  
**Einfuhrverbot für Spitzen**  
bezt., erklärt Wirtschaftsminister Felsch, daß zu dieser Frage Verhandlungen im Reichswirtschaftsministerium schweben. Er bittet

von einer Besprechung abzusehen und stellt in Aussicht, in dem Ausschüsse ausführlich zu berichten, wenn die Verhandlungen abgeschlossen sind.  
Die Besprechung wird ausgesetzt.  
Finanzminister Heldt begründet die Vorlage über die  
**Vinderung der Not der Kleinrentner**  
und ersucht, diese möglichst schnell zu verabschieden. Der Entwurf will die vorhandenen Staatseinrichtungen in den Dienst der Fürsorge für die Kleinrentner stellen und die bereits vorhandenen Fürsorgeeinrichtungen den Erfordernissen entsprechend gestalten.  
Abg. Ellrodt (Komm.) begründet den Antrag zur  
**Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützungssätze.**  
Die Regierung habe zwar schon bei der Reichsregierung eine Erhöhung beantragt, jedoch nicht in der Höhe, wie dies die Vertretungen der Erwerbslosen wünschen. Schnelle Hilfe sei nötig. Beim Reich gehe alles zu langsam.  
Weiter begründet er einen Antrag  
**Einstellung von Arbeitern in Staatsbetrieben bezt.**  
Es existieren Bestimmungen, wonach Arbeiter über 45 Jahre in Staatsbetrieben nicht angestellt werden. Diese müssen natürlich fallen.

Abg. Dönhardt (USP.) begründet den Antrag der unabhängigen und der sozialdemokratischen Fraktion, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß mit Rücksicht auf die fortgesetzten steigenden Preise für die notwendigen Lebensmittel die Unterstützungsätze für die Erwerbslosen, sowie die Bezüge der Sozialrentner schnellstmöglich entsprechend erhöht werden.  
Abg. Bogt (D. Vp.) beantragt Ueberweisung der Kleinrentner-Vorlage an den Rechtsausschuß.  
Nach einigen Ausstellungen des Abg. Jäger (Dnat.) zur Kleinrentner-Vorlage erklärt Arbeitsminister Jäger, daß, so weit das Arbeitsministerium einen Einfluß hat, Ueberweisung des Alters von 45 Jahren kein Grund zur Nicht-Einstellung in Staatsbetrieben sein soll. — Was die Erwerbslosen-Anfrage der Kommunisten betrifft, so sei dieser ablehnend. Die Landesregierung habe in dieser Beziehung noch keine Schritte beim Reich unternommen, sondern das Arbeitsministerium habe beim Reichsarbeitsministerium Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze auf täglich 18 Mk. beantragt. Im allgemeinen habe die Regierung viel für die Erwerbslosen getan. Allein für Koststandsarbeiten seien 21 Millionen Mark verausgabt worden, für Umschulung von Arbeitern 138 824 Mark. All dies sei unter heftigen Kämpfen erreicht worden. Die planlose, von den Unternehmern mit Vorliebe geübte Ueberstundenarbeit sei durch eine Verordnung verhindert worden. Der Minister brandmarkt stark (unter Lärm rechts) die Praxis der Unternehmer, wichtige Produkte nach dem Ausland zu verkaufen. Die Arbeitslosigkeit sei das Fundament für die Unternehmer, auf dem sie die Konjunktur ausnützen können.  
Ministerialdirektor Dr. Hänel erklärt, daß den Arbeiterrentnern eine einmalige Teuerungszulage von 1000 Mk. gewährt werden soll. Er weist darauf hin, daß die Sorge für die Arbeiterrentner Sache des Reiches sei.  
Frl. Seidler vom Arbeitsministerium trägt statistisches Material zur Erwerbslosenfrage vor.  
Es sprechen noch Frau Abg. Salinger, Abg. Mintwih und Abg. Grube.  
Abg. Ehardt (Dnat.) behauptet, daß es viele Arbeitslose gibt, die nicht arbeiten wollen, und macht Front gegen die Verordnung des Arbeitsministeriums gegen die Ueberstundenarbeit.  
Arbeitsminister Jäger legt die Notwendigkeit dieser Verordnung klar und weist die Behauptung des Abg. Ehardt zurück, daß viele Erwerbslose nicht arbeiten wollen.  
Frau Abg. Wittner (SP.) teilt sich für die Sozialrentner ein. Zuerst müßten diejenigen bekämpft werden, die die Lebensmittel verteuern.  
Abg. Frl. Dr. Hertwig (D. Vp.) wundert sich, daß gerade die Kommunisten in ihrem Antrag für weibliche Erwerbslose eine niedrigeren Unterstützungsatz festsetzen. Auch hier müßte Gleichstellung der Frauen mit den männlichen Erwerbslosen gefordert werden.  
Abg. Ellrodt (Komm.) unterstreicht die Ausführungen des Arbeitsministers zur Ueberstundenfrage; im übrigen nimmt er gegen die Regierung Stellung.  
Arbeitsminister Jäger teilt den Ausführungen verschiedener Redner entgegen und betont nochmals, daß letzten Endes die Erwerbslosenfrage Sache des Reiches sei.  
In der Abstimmung wird das Kleinrentnergesetz dem Haushaltsausschuß A überwiesen. Der unabhängige und sozialdemokratische Antrag bezt. Erhöhung der Bezüge der Sozialrentner und Erwerbslosenunterstützung wird angenommen. Die übrigen Anträge gehen an den Haushaltsausschuß B.  
Nächste Sitzung Donnerstag, den 3. November, nachm. 1 Uhr.

### Quittung Nr. 4.

Freiwillige Beiträge für die Gemeinderatswahlen gingen ein:  
Liste 275: 89.50, 276: 10.—, 358: 92.50, 359: 00.—, Feld 5 50, 113: 83.—, Emma 10.—, Klub der Anzuehrenden, gefälliges Beisammensein am 22. 10. 67.35, 539: 92.—, Fritz Meyer 30.—, 184: 76.50, Werkstätte II der Leipziger Straßenbahn Liste 178: 20.—, 108: 91.50, 77: 38.—, 88: 24.—, Betriebsrat der Firma Gustav Töche auf die Listen 102: 30.—, 103: 27.—, 104: 33.— und 105: 23.—, 283: 68.—, Eichenhobau Grobmann und Frosch Liste 284: 30.—, 235: 47.—, 294: 98.—, 298: 115.—, Belegkassent Paul Funte und Co., Böhlich-Ehrenberg Liste 331: 198.—, Belegkassent der Firma Flemming, Peuß, Liste 342: 125.50, Koller bei Weiß u. Wähler 45.—, Ungenannt 5.—, Schneider der Firma Bamberger und Herr 68.50, Kantor und Lager Konsumverein L. Wagwitz Liste 360: 282.—, Spamerische Buchdruckerei durch Franke auf die Listen 160: 31.—, 161: 22.—, 162: 74.—, 163: 83.—, 164: 36.—, 165: 21.—, 166: 44.—, 167: 49.— und 175: 55.50, Brüderlichkeit 30.—, Riege Turnerkunst, Turnverein L. Oststadt 20.—, Städtische Berufsfeuerwehr auf Liste 717: 413.50, Schmidt-Klinger-Wäsel 30.— Mk. Bis jetzt eingegangen 9165.51 Mk. Czrus.

### Quittung Nr. 5.

Für die Opfer der Oppauer Explosionskatastrophe gingen im Sekretariat Groß-Leipzig ein: Personal der Städtischen Gartenverwaltung, IV. Inspektion 178.—, Feld 20.—, Städtische Arbeiter und Arbeiterinnen der Markthalle 104.—, Fritz Meyer 30.—, Sparverein Gemütlichkeit, L. Kleinschoder 145.—, Ungenannt 10.— Mk. In der Quittung Nr. 4 ist zu streichen: Männerchor Harmonie, L. Kleinschoder, Extrator 52.70 Mk. Dieser Betrag war für das hungernde Rußland bestimmt und ist dort in der Quittung Nr. 14 enthalten. Czrus.

Sächsische Keks-Konfitüren-Fabrik  
**Feinster Mürbkeks**  
aus reinem Weizenmehl  
1/4 Pfd. 3.—, 1/2 Pfd. 6.—  
Ernst Schneider, Leipzig, Windmühlenstr. 42

**Zur Aufklärung! Preiserhöhung in Schuhmacher-Arbeiten**  
Infolge fortgesetzter Erhöhung der Lederpreise sieht sich die Schuhmacher-Innung gezwungen, die Preise für alle Schuhmacher-Arbeiten den gestiegenen Leder- und Materialpreisen entsprechend zu erhöhen.  
Bei dem hochwertigen Material empfiehlt es sich, die Arbeiten nur dem **gelernten Fachmann** zu übertragen. Wer Schuhmacher-Arbeiten an **Fischer** zur Ausführung überträgt, hat nicht die Gewähr für sachgemäße Verarbeitung des teuren Materials und einer entsprechenden Tragdauer der Stiefel.  
**Schuhmacher-Innung zu Leipzig.**

**Billige Fleisch- und Wurstwaren!**  
Geräucherter Speck . . . . . 20.00 Mk.  
Knaus- und Jagdwurst . . . . . 14.00 Mk.  
Salami- und Zerkelwurst . . . . . 15.00 Mk.  
Polnische und Metzweil . . . . . 16.00 Mk.  
Brettwurst und Blutwurst . . . . . 13.00 Mk.  
Reberwurst und Würme . . . . . 12.00 Mk.  
N. frisches vollfleisch. Hammelfleisch 9 u. 11 Mk.  
**Markthalle, Galerie** linke Seite **Stand 65.**

**Leipziger Bücher-Ramisch-Halle**  
Burgstraße 22-24, gegenüber dem Thüringer Tor.  
Willkürlichste, Unterhaltungs- und Jugendliteratur.  
Große Auswahl, Billige Preise, kein Kaufzwang, 1. Antauf von Büchern außer Zeitdrucken u. Schulbüchern.

**Refer der Volkszeitung**  
besitzt Euch bei Einkäufen auf die Inserate in Eurer Zeitung.



# Knorr Hafermehl

gibt wohlschmeckende, leichtbekömmliche und nahrhafte Speisen für jedermann für klein und groß, jung und alt. Gesunde, Kranke und Schwache

**Moderno Damen-Mäntel**  
Mutterkürde  
Kaufen Sie wirklich billig  
**Beethovenstraße 11, I.**  
am Amtsgericht  
**Heinrich Pöhle.**  
Geöffnet von 9-6 Uhr.

**"Goldner Helm"**  
L-Eutritzsch Inh.: Max Sonntag Straßemb. 16  
Jeden Freitag und Sonntag: **Der vornehme Ball**  
Original-Jazz-Band  
Die eleganteste **DIELE** des Nordens  
Der große Saal ist noch einige Sonnabende frei.

**Westendhallen**  
L.-Blagwitz, Althochstraße 41, Straßemb. 2, 3, 5, Tel. 40665  
**Modernster Saal Leipzigs**  
Freitag und Sonntag **Die beliebten Ball-Feste**  
im renovierten Festsaal. Persönl. Leitung: Karl Schumann.

**Papiermühle**  
Fernruf 8261. Straßembahn 5, 6, 19.  
Morgen Freitag 7 Uhr, Sonntag 5 Uhr  
**FEINER BALL.** Erstklassige Musik  
Stelzner-Orchester

**Tanz-Palast Sächsischer Hof**  
Leipzig-Schö., Löbauer Straße 2, Straßembahn 17  
Das tonangebende Ballhaus  
Jeden Freitag 7 Uhr: **Elite-Tanz-Abend**  
Orchester Reinhold Neumann, 2 Kapellen, persönl. Leitung  
Jazz-Band (Original-Doppel-Besetzung)  
Fernruf 61356

Sie sparen viel Geld wenn Sie Ihren Bedarf bei mir bedenken. Neue u. getragene **Reidgs- u. Wäsche** für Herren, Damen und Kinder, sowie **Möbel aller Art** (Spottbillig)  
Kohlsch. Obermann-Str. 4 (Laden).  
Besuch Sie bitte in 5 Minuten.

**P. P.**  
Der werten Einwohnerschaft von **Böhlitz-Ehrenberg u. Umgegend** zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich die **Zahnpraxis** von Herrn **Dr. Rich. Krüger, Böhlitz-Ehrenberg, Leipziger Str. 71** (Haltestelle der Außenbahn am Gemeindegang) übernommen habe. — Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, nur **indefollose Arbeit** zu liefern und bitte das Vertrauen, welches meinem Vorgänger entgegengebracht worden ist, auf mich zu übertragen.  
Hochachtungsvoll  
**Alexander Franz Hagenguth, Dentist**  
früherer Assistent in einer der größten Praxen von Leipzig und Cöthen i. A.  
Sprechzeit: 10-1 Uhr und 2-5 Uhr.  
Bei vorheriger Anmeldung auch zu jeder anderen Zeit.

**Pantheon**  
Dresdner Str. 20 Fernspr. 15057  
Freitag u. Sonntag **Großer Elite-Ball**  
Sonntagabend Herbstvergnügen, d. G.-V. Kultur. Gäste willk.

**Urban**  
der gute Schuhputz  
In Dosen überall erhältlich.  
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg

Fabriklager Zeißighaus Neumarkt 18  
Vertreter: Kurt Prüfer. Fernsprecher 15 815.

**Nachtfalter**  
Hainstraße 18  
Allabendlich **7 1/2 Uhr**  
**Kabarett.**

## Kleiner Anzeiger

**Arbeitsmarkt**  
**Maurer**  
werden sofort eingestellt. Baugeschäft **Arno Müller,**  
Leusisch, Eisenbahnstraße 17.

Selbständige  
**Monteure**  
für Hochbau, Krane und Verladebrücken zu baldigem Eintritt gesucht.  
**ATG** ALLGEMEINE TRANSPORTANLAGEN-GESELLSCHAFT M.B.H. MASCHINENFABRIK LEIPZIG-GROSSZSCHÖCHER

**Stahlkessel-Graveur und Ausmeister**  
stellt ein  
**Emil Göbel, Connewitz, Meusdorfer Straße 65.**

**Tüchtige selbständige Schmiede**  
in größerer Zahl stellt für dauernd noch ein  
**Gesensschmiede Th. Blass, Selbhornsdorf bei Zittau (Sa.).**

Gesucht werden nach Kleinstadt Bayerns (schöner Gebirg mit billiger Lebensweise), tüchtige, erfahrene, ledige  
**Systembauer**  
gelernte Uhrmacher oder Feinmechaniker für alle Arten elektrischer Meßgeräte. Zahlung nach Tarif. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und Alter unter **P. 46** an die Expedition d. Blattes.

Wir suchen für unsere Abteilung Eisenbau für sofort  
**3 ältere Schlosser** für Bau von Nahförderern  
**4 Elektromonteure**  
**3 ältere Schlosser** für den Bau von Lauf- und Drehkränen u. Elektro-Hängebahnen u.  
**2 tücht. Kranführer**  
**ATG** ALLGEMEINE TRANSPORTANLAGEN-GESELLSCHAFT M.B.H. MASCHINENFABRIK LEIPZIG-GROSSZSCHÖCHER

**Mühlenschaufelwerk**  
durchaus selbständig, sowie  
**1 Tischler** (sauberer Holzarbeiter) für sofort gesucht.  
**H. Göbel, Mühlenschaufelwerk**  
Leipzig-Gohlis  
Gohliser Straße 22.  
**Tüchtigen Maschinen-Zurichter**  
stellen ein  
**Rosentraug & Co., Wahren.**

**Portefeuiller**  
KarntnogenarbeiterInnen (perfekt)  
**Stepperinnen** (lernende) sofort  
**Portefeuiller-Behring**  
Düren 1922 suchen  
**Kirchhof & Homann**  
Hobensallernstraße 5a  
**Tüchtiger Schleifer**  
für Helluloid sofort gesucht  
**Weisbrod & Co.,**  
Cöthen-Leipzig.

Wir suchen für unsere Abteilung LOKOMOTIVEN-BAU tüchtige  
**Kessel-Schmiede**  
die in der Bearbeitung von Kupfer- und Feuerbüchsen bewandert sind, bei hohem Lohn  
**ATG** ALLGEMEINE TRANSPORTANLAGEN-GESELLSCHAFT M.B.H. MASCHINENFABRIK LEIPZIG-GROSSZSCHÖCHER

**Sellulose- oder Gummischleifer**  
süd. Engelmann & Co., Bismarckstr. 10.  
**Jüngerer Laufburche**  
gesucht.  
**Dräger Hartmann**  
Friedrichstraße 9.  
**Berufliche Weberzieherinnen**  
für Karntnogen sof. gesucht.  
**Robert Grosse,**  
Weißmannstr. 2.  
**Perfekte Zigaretten-Kasten-Arbeiterinnen**  
sucht **Hafemann Nachf.,**  
Karl-Heinrich-Platz 45.  
**Lumpen-SortiererIn**  
gesucht. Zu melden  
**Gohlis, Craushaarsstraße 5.**  
Größ. Schulmädchen u. Aufwart. gef. Henrichstr. 30, II. r.

**Spottpillig!**  
Getragene und neue **Ulster Schläpfer Anzüge**  
**Hosen**  
Militär- getreift u. schwarze Arbeiter- nur prima Qualitäten u. a. familiäre Schuhwaren kaufen Sie wie altbekannt beim billigen **Kanner**  
nur Eisenbahnstr. 5.  
Habe keine Füllalen.

**Berkaufe**  
Der Weg lohnt in das Schuh- warengeschäft  
**Dresdner Straße 63, I.**  
Zu bill. Preisen verb. noch v. herrs. Dam., Kind-, Stiefel, Halbhuhe low. Billigantoff u. Hauschuhe in gr. Auswahl

**Spottpillig!**  
Ausschnelden!  
**Anzüge**  
Paletots, Schläpfer Cutaway, Gehrock spottbillig, bar und Teilzahlung!  
**Marlin Hahn**  
**Johannisplatz 8**  
(hinter d. Kirche) und **Demmeringstr. 72, II. I.**  
u. Lange Str. 10, I.

**Habe neu und getragen Anzüge à 180.— Mark**  
**Hosen auffallend billig**  
**Ulster 150.— Mark**  
nur aus prima Stoffen  
**Gummimäntel Joppen, ... Schuhe usw.**  
**Kanner Eisenbahnstraße 5.**  
Habe keine Füllalen.  
**Totalausverkauf!**  
Wegen Geschäftsaufg. verich herrs. u. Damen-Garderobe, 300 Paar Mil.-Halbschäfte, Damen- und Herren-Schuhe für Händler, en gros, endetail spottbill. Seeburgstr. 26, Lad.

**Spottpillig!**  
Ulster u. Winterüberzieher, getragen, verkauft billig  
**Karl-Friedrich-Gasse 6, Laden.**  
**Reelles Christlich Etagengeschäft**  
noch billige Preise  
Anzüge, Hosen  
Joppen, Westen  
Paletots, Schläpfer  
Prima Boden-Mäntel  
nur bei **Räte Thiene**  
Soerenstraße 10, I. Etg.  
Kein Laden.  
Herren-Ulster 350 Mark, 9.  
Wurmer Str. 193, II. links.  
Wint.-Anz., wen getr. mod.,  
m. Fig., b. v. v. Jopferstr. 53, III. r.

**Spottpillig!**  
**Anzüge**  
\* Neu und getragen von feinsten Kavalieren kaufen Sie auffallend billig, auch sämtliche Schuhwaren nur beim **billigen Kanner**  
nur Eisenbahnstr. 5.  
Habe keine Füllalen.

**Spottpillig!**  
Neue bessere **Sattel-Anzüge**  
kauft man bei **Walter Fritzsche**  
Bessere Herren-Konfektion  
**Kurprinzstraße 22.**  
**Anzüge**  
Manchester-Joppen feldgrau .. Manchester engl. Leder verkauft billig  
**Barth**  
Grosse Fleischergasse 1.

**Gelegenheitskäufe!**  
in neuen und getragenen **Anzügen, Schläpfen, Paletots, Ulster, Hosen** sowie **Damen-Anzügen u. Kinder-Anzügen** jeder Art, **Reis- und Bettwäsche** zu billigen Preisen  
**3. Start, Sternwartenstr. 1**  
Ede Köpfler.

**Umsonst**  
Ihr Suchen, wenn getragene, auch neue **Schläpfer u. Ulster Anzüge**  
Militär- getreift u. famtl. **Hosen u. Joppen**  
Schuhe u. Stiefel sind am billigsten nur bei **Kanner**  
**Wurzner Str. 15 a.**  
**Winter-Joppen**  
neu, ab 125 Mark.  
**Ulster, Paletots**  
Friedensw., sehr gut erhalt.  
**Spottpillig!**  
a. verl. L. R. Frommannstr. 12  
L. R. Henrichstr. 4.  
Von Herrschaften wenig getr. so gut wie neu, u. neue herrs. Dam. u. Kind-Garderobe aus feinst. Stoff, bergelt, lauf. Sie, wie altbekannt, gut u. bill. nur b. **Kanner**, **Reichenstr. 14, II. r.**  
Sie kaufen billig!  
Herr- u. Kind-Gard. Handt., Schürz., Bus., Kleider, Zettelosen usw.  
**Peter Kuntzschtr. 64, III.**

**Spottpillig!**  
Neu u. getr.  
**Hosen**  
Militär-, gestreift, schwarze, alle Arbeiterhosen in Riesenauswahl auch alle Schuhwaren kaufen Sie nur beim **billigen Kanner**  
nur Eisenbahnstr. 5.  
Habe keine Füllalen.

**Telephon 10401.**  
Große Auswahl in nur herrschaftlich getragenen **Kleid., Blus., Mänt., Röck.** und dergl. **Frieda Claus,**  
Windmühlentr. 45, I. Etage.  
Beltragen, groß, aterb., bill. zu verk. **Körnerstr. 53, II. I.**  
**Teppich, 1,80x2,25 Meter,**  
75 M. **Beumaer Str. 4, II. I.**  
Sofa, Stuhl m. M., Tisch, Stuhl, Bettw., Gard., Stör., 4. Domb. b. **Karlsh., Antonienk. 46, I. r.**  
**Kleiderstr., 2. Tür., Tisch, Bettst., m. M., Aufwandsstück,** verkauft **Moltkestr. 58, II. I.**  
**Kleiderstr., Tisch, Kleiderstr., Tisch, b. M., Schmiedestr. 7, II. I.**  
**Kleiderstr., bill., v. 5-7 Uhr.**  
Kind, Dreilindenstr. 22, II. r.  
**Alte, Schalkimmer, Kommode** v. El. **GutsMuthstr. 10, I. I.**  
**Zwei Reformbetten, v. 215 u. 230 M., Kapellenstr. 9a, II. I.**  
**W. H. Rab., v. 400 u. 5-7 M.,** Sta., **Karl-Döring-Str. 24, I. I.**

**Maurer**  
-Werkzeuge u. -Kleidung  
-Soden, -Hilse, -Schürzen  
-Anker, -Weißbärten,  
-Hubretter und -Sägen,  
-Hämmer, -Kellen, -Mehlsäbe, -Wagen, alle Ersatzteile, Reparaturen  
**Eckardt, Sophienstr. 10.**

**Obstbäume, Beeren,**  
Apfel, Birnen, Kirschen, Pflaumen  
Pfirsich, Wein, Rosen, hoch u. niedrig,  
Ziersträucher, etc. Riesenvorräte  
**bill. Friedrich, L.-Gohlis,**  
Viertelwoh u. verl. **Pariser Str. 1.**

**Jetzt ist es Zeit**  
Ihre Lumpen, Zeitungen, Felle, Bücher, Mosch-Papier, Neutuch, Wollfaschen, sowie Eisen- u. Metallabfälle zu verkaufen. Auf Wunsch wird abgeholt. — **Telephon 51591.**  
**Robert Schöllner**  
Leipzig-Gohlis, Craushaarsstr. 5.

**Winnmachs., Wringwälsen,**  
neu u. abtr., verl. bill. **Fabrikradhaus, Kreuzstr. 46, S. I.**  
b. **Räder, n. h. Kohlgarten,**  
straße 44, II. Ein- u. Vertauf.

**Kaufgejuche**  
**Kaufe Herren-Garderobe,**  
Militär-Sachen i.  
Gehrock, Anzüge, Betten,  
Bett- u. Leinw., Leibhausch.,  
Militär-Stiefel und Schuhe,  
Hut, Hanfische Gasse 6, pt.  
Straßenbahn b. **Battensberg,**  
**Gehrock-Anzüge** und alle  
Herren-Garderobe **kauf** stets  
**Johannisplatz 8 (h. d. Kirche)**  
u. **Demmeringstr. 72, II. I.**  
In Ehepaar **sucht** verich. abtr. **Möbel** aus **Preusat.** Off. unt.  
**O. 45 Exp. d. Bl., Tauchaer Str.**

**Mußbaum-Biano**  
zu kaufen gesucht. **Schneider,**  
Brandvorwerkstraße 2, I.  
**Biano** gegen **Kaffe** gefucht.  
**Sophienstr. 31, I. Tel. 10278 I.**  
**Taschen-Uhren** **fahrt**  
**Uhrmacher Urban**  
Spezialist für Reparaturen  
**Wächterstraße 26.**

**Bermischte Anzeigen**  
**Warnung!** Warne hiermit  
jedermann, mein **Frau Anna**  
**Waeberich** ab **Leonhardt** zu  
borgen, da ich für nichts auf-  
komme. **Sodastück** voll  
**Herrn Waeberich, Lindenan,**  
**Hund angel.,** ihm, abtr u. wlt.  
**Wot Abauh, Knaust 20, III. r.**  
**Intelligente Tischler** **sucht**  
intelligenten **deutschen** **Herrn**  
wofers **gegenfeit.** **Konvert.**  
Off. unt. **N. 44 a. d. Exp. d. Bl.**

**I. Berleib-Institut**  
seiner Gesellschafts-Anzüge  
**I. Kindermann**  
Neumarkt 1. 1 Trepp.

**Verleih-Haus**  
eleg. Grad- u. Gesellschafts-  
Anzüge an all. Feiertag.  
**J. Lippmann**  
Gohlisgärten 9, I. I.

**Gämtliche Uhr-Reparaturen**  
gut und preiswert  
**Felbin & Wlwa**  
**Veterstr. 44, Großer Weier,**  
I. a. Weltläuge **geg. Schlacht-**  
**ziege** zu **verkaufen.**  
Lind., **Ablandstraße 6, II. I.**

**Einkauf roher Felle**  
**Gebr. Weinzwieg**  
Brühl 7.



